

12.2014/01.2015

**AKTUELL**

|                             |    |
|-----------------------------|----|
| Abfall, Chemie & Emissionen | 8  |
| Globalisierung & Eine Welt  | 11 |
| Klima & Energie             | 11 |
| Konsum & Verbraucherschutz  | 15 |
| Landwirtschaft & Gentechnik | 16 |
| Naturschutz & Biodiversität | 18 |
| Tierschutz & Ethik          | 21 |
| Umweltpolitik & Umweltrecht | 21 |
| Verkehr & Tourismus         | 23 |
| Wasser & Meere              | 24 |
| Wirtschaft & Ressourcen     | 26 |

**VERBÄNDE**



|                          |    |
|--------------------------|----|
| DNR intern               | 37 |
| Aus den Verbänden        | 37 |
| Ehrenamt                 | 38 |
| Preise & Ausschreibungen | 38 |

**SERVICE**

|           |    |
|-----------|----|
| Termine   | 40 |
| Impressum | 40 |

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 41  
Schwerpunkt: Ernährung und Biodiversität

**SPEZIAL**

**EU-Tendenzen zur Deregulierung**

Seite 29 bis 36

**THEMEN DES MONATS**

Klimawandel

**Das System Erde ist aus der Balance**

**In einer Art Kettenreaktion könnte sich die Erderwärmung unumkehrbar beschleunigen**

Seite 2

Bodenschutz

**Böden sind eine Lebensgrundlage**

**Ohne Vorsorgemaßnahmen gehen täglich wertvolle Flächen unwiederbringlich verloren**

Seite 4

Meerespolitik

**Goldgräberstimmung in unserer Zeit**

**Die Strategie des blauen Wachstums steht im Widerspruch zur Meeresrahmenrichtlinie der EU**

Seite 6

Interview: Jagdrecht

**„Jagd in Deutschland nicht nachhaltig“**

**Das deutsche Jagdgesetz muss unter Umweltgesichtspunkten erneuert werden**

Seite 15

## Klimawandel

# Das System Erde ist aus der Balance

In einer Art Kettenreaktion könnte sich die Erderwärmung unumkehrbar beschleunigen

**Im Jahr 2014 sind bereits zahlreiche entscheidende Kippunkte im Klimasystem überschritten worden, durch die die globale Erwärmung eine unkontrollierbare Dynamik entwickelt und die Eisschmelze zum unaufhaltsamen Selbstläufer wird. Dadurch sind die Grundlagen des Lebens ernsthaft bedroht. ■ VON JÜRGEN TALLIG**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon, die Akteure des Weltklimarats (IPCC) und viele andere Politiker und Wissenschaftler schlagen Alarm: „Der Klimawandel ist die größte Gefahr und Herausforderung in der Geschichte der Menschheit. Es muss jetzt gehandelt werden, sonst drohen untragbare menschliche, ökonomische und ökologische Folgen!“ Ein weiterer Aufschub von massiven Reduzierungen bei den Treibhausgasemissionen sei unverantwortlich. Es drohe ein dramatisch beschleunigter, unumkehrbarer Klimawandel.

In der Tat, wenn man die Schreckensmeldungen der Klimaforschung und nur einige Kernaussagen des jüngsten IPCC-Berichtes betrachtet, kann man sich nicht mehr der Illusion eines linearen, allmählichen Klimawandels hingeben. Berücksichtigt man Wechselwirkungen, Verstärkungen und sprunghafte Entwicklungen, kann und muss man sagen: Das Klima und damit das ganze System Erde stehen nicht nur auf der Kippe, sondern sind wohl bereits aus der Balance. Überall sind dramatische Veränderungen zu beobachten, die sich wechselseitig beeinflussen und verstärken.

## Menetekel allerorten

„Die ersten Steine eines sich verstärkenden Dominoeffekts, sind längst gefallen“, sagte Professor Hans-Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Um eine dramatische Beschleunigung der Erderwärmung durch solch eine sich aufschaukelnde Kettenreaktion zu vermeiden, sind sofort enorme Anstrengungen nötig. Nur noch zehn Jahre „Weiter

so“ hätten eine irreversible Schädigung der Grundlagen des Lebens zur Folge.

Wer sehen kann und will, wird weltweit die Zeichen kommenden Unheils erkennen: zum Beispiel das Verschwinden des arktischen Meereises – im Sommer ist jetzt nur noch die Hälfte der früheren Fläche vorhanden. Damit ist durch die veränderte Albedo (Wärmerückstrahlung) eine Art zusätzlicher Heizung in Betrieb. Es werden nicht mehr 80 bis 90 Prozent der Wärmeeinstrahlung durch Eis und Schnee reflektiert, sondern das Meerwasser nimmt 80 bis 90 Prozent der Wärme auf und speichert sie. Je weniger Eis es gibt, desto stärker ist die Erwärmung.

Experten der NASA gehen sogar davon aus, dass die Arktis schon in fünf Jahren im Sommer eisfrei sein könnte. Das Eis hat schon drei Fünftel an Dicke verloren. Dann haben wir dort statt eines Kühlstrangs eine gigantische Zusatzheizung in vollem Betrieb, die alle Prognosen zum Tempo der globalen Eisschmelze über den Haufen werfen dürfte. Wenn der Grönländische Eisschild und die Westantarktis abschmelzen, bedeutet dies einen Meeresspiegelanstieg um 14 Meter. Und die Eisschmelze hat schon dramatisch zugenommen, beim Grönlandeisschild um das Vierfache in zehn Jahren. Der Eisschild auf der Baffininsel ist schon zur Hälfte abgeschmolzen. Nach dem Abschmelzen der Eisschilde ist mit weiteren Temperatursprüngen zu rechnen.

Darüber hinaus ist die atmosphärische Zirkulation grundlegend verändert. Meridionale Verläufe dominieren, der Polarwirbel ist zusammengebrochen, es herrscht anderes Wetter als früher, es gibt einen verstärkten Temperaturengleich zwischen Arktis und Subtropen und damit eine weitere Er-

wärmung der Arktis. Diese beschleunigte Erwärmung der Arktis führt auch zu einem weiterbeschleunigten Auftauen der Permafrostböden. Mit fatalen Folgen: Immer mehr Methan wird freigesetzt, ein 25-mal stärkeres Treibhausgas als CO<sub>2</sub>. Es entsteht eine klassische Rückkopplungsschleife, mit allerdings gleich mehreren Verstärkungen: CO<sub>2</sub>-Erwärmung – Eisschmelze – Erwärmung – tauender Permafrost – Methan – weitere Erwärmung und so weiter.

## Kippunkte einfach überrollt

Ein entscheidender Kippunkt im Klimasystem, das Auftauen des Permafrosts, der ein Fünftel der Landfläche ausmacht, und infolgedessen die Freisetzung ungeheurer Mengen an Methan, sei damit schon erreicht, meinen Jorgen Randers, Mitautor von „Grenzen des Wachstums“, und andere Wissenschaftler. Der Weltklimarat schreibt, dass „in weiten Teilen der Polarregionen ein beträchtlicher Rückgang der Ausdehnung der Permafrostflächen bei verringerter Dicke festgestellt wurde“. Forschungsstationen messen schon seit 2007 stark steigende Methanwerte, auch wurden schon starke Methanausbrüche aus dem Schelf registriert. Der Methangehalt in der Atmosphäre hat sich seit Beginn der Industrialisierung bereits verdreifacht. Wie stark und wie schnell er sich weiter erhöht, liegt noch in Menschenhand.

Bei weiterer Verstärkung der Erwärmung durch große Mengen an freigesetztem Methan muss die 500 ppm-Grenze bei CO<sub>2</sub> noch gar nicht erreicht sein, damit die Weltmeere, welche bisher 50 Prozent des zusätzlichen CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre aufgenommen haben, so warm und über-

säuert sind, dass sich das Plankton stark reduziert. Das würde die Erderwärmung noch einmal dramatisch und unumkehrbar beschleunigen. Spätestens jetzt würden die verbliebenen Wälder kollabieren und sich in Buschland verwandeln. Ein weiterer Anstieg der Wassertemperaturen könnte überdies gefrorene Methanhydrate am Meeresboden auch bis in größere Tiefen freisetzen, was zu einem Temperatursprung von mehreren Grad führen würde. Das wäre der Klima-Super-GAU, mit dem die Lebensgrundlagen aller kommenden Generationen zerstört wären. Die Klimakatastrophe ist allerdings kein Schicksal, sie wurde und wird von Menschen gemacht.

### Die Verantwortlichen gehören vor ein Klimatribunal

Sollten die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter wie bisher zunehmen, werden sie sich in wenigen Jahren im Vergleich zu 1990 verdoppelt haben, von etwa 22 Gigatonnen (Gt) auf über 40 Gt. Nicht wie in Rio und auf anderen Konferenzen vereinbart gab es Reduktionen, im Gegenteil verdoppelte sich der Ausstoß sogar. Fast 100 Prozent kamen noch mal oben drauf. Statt zu löschen, hat man 20 Jahre lang weiter Öl und Benzin ins Feuer geschüttet! Auch in Deutschland und in Europa, deren zeitweise Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes nur auf dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des jeweiligen Ostens beruhte. Inzwischen steigen die Emissionen wieder, in Deutschland in den letzten beiden Jahren jeweils um zwei Prozent, ganz abgesehen von den extern anfallenden Emissionen für das Projekt Exportweltmeister.

Der Autohersteller VW verkaufte 2013 zehn Millionen Autos weltweit. Auf ein Neugeborenes in Deutschland kommen 17 von deutschen Firmen hergestellte Autos. Die Gesellschaft verpulvert gerade, was Tausende von Jahren reichen sollte, für alle noch kommenden Generationen. Sie haben dasselbe Recht wie wir, in einer lebenswerten Umwelt zu leben. Wer spricht für sie, wer vertritt das Recht der nächsten 100 Generationen? Und wer vertritt das Recht allen anderen Lebens, nämlich der Arten, die vom Aussterben bedroht sind.

## IPCC-Report – Synthese

Im vierten und letzten Teil des 5. Weltklima-reports fordern die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler null Emissionen bis Ende des Jahrhunderts.

Der Weltklimarat plädiert dafür, den Anteil erneuerbarer Energie an der Stromproduktion bis 2050 von derzeit 30 auf 80 Prozent zu steigern. Außerdem sollte die Kohleverstromung schleunigst beendet und der Fleischkonsum verringert werden.

► [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch)

Es gilt, die Verantwortlichen in Öl- und Energieunternehmen, Auto-, Luftfahrt- und Rüstungskonzernen, in Banken und Regierungen beim Namen zu nennen und zur Rechenschaft zu ziehen – im Namen der kommenden Generationen und der Erhaltung der Arten.

### Vom Anthropozän (Zeitalter der Menschen) zum Nekrozän (Zeitalter des Todes)

Die letzten 20 Jahre der Globalisierung haben dem Planeten möglicherweise den Todesstoß versetzt. Das System Gaia, die nährnde Mutter Erde, hat nicht die Möglichkeit zum Ausgleich der Störungen bekommen, um wieder ins Gleichgewicht zu gelangen. Ganz im Gegenteil wurden ihre Selbstheilungskräfte weiter geschwächt: zum Beispiel durch exzessive Waldzerstörung, nun auch in Osteuropa. Mit dem Überrollen entscheidender Kipppunkte im Klimasystem ist eine Kettenreaktion in Gang gesetzt worden, die sich weiter verstärkt.

Das Leben selbst ist in Gefahr, für Millionen Jahre ausgelöscht zu werden, bis auf einige Überlebensnischen. Und das durch ein Wesen, in dem die Evolution zu Bewusstsein gekommen ist und das eigentlich zur Vernunft begabt ist. Technokratische Allmachtfantasien von einer Steuerung des Systems Erde mittels Geoengineering oder die Vorstellung, erst einmal weiter emittieren zu können, um dann in 20 Jahren die

Treibhausgase, etwa durch unterirdische Kohlendioxidverpressung, wieder zu reduzieren, verkennen völlig, dass man eine Kettenreaktion nicht anhalten und auch nicht rückgängig machen kann.

### Ein Sofortprogramm für das Leben

Es ist an der Zeit, nicht nur Apfelbäumchen zu pflanzen, sondern den Zerstörern der Welt endlich die Werkzeuge aus den Händen zu nehmen und ihre Fließbänder anzuhalten. Es gilt, jetzt, sofort, einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, um vor dem „Point of no Return“ die menschlichen Gesellschaften in dem gegebenen Rahmen der Erde zu halten. Ein erster Schritt könnte die Einführung einer weltweiten Klimasteuer auf Transporte sein, um die Globalisierung einzudämmen und nachhaltige regionale Wirtschafts- und Lebensweisen zu schützen. Damit könnte ein weltweites Aufforstungsprogramm finanziert werden, aber auch ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr und die Einführung von 100 Prozent ökologischer Landwirtschaft sowie Umwelttechnologietransfer. Auch weltweite Umweltbildungsprogramme wären nötig, vor allem für die Industrieländer. Die wichtigsten Lektionen, die zu lernen sind: Der Mensch ist ein Teil der Natur. Ein Krieg mit der Natur kann nicht gewonnen werden.

### Weitere Informationen

- IPCC, 5. Sachstandsbericht, Teilberichte 1–3
- „Zukunftsfähiges Deutschland“, Studien des Wuppertal Instituts 1997 und 2008
- K.W. Anthony, „Klimazeitbombe Permafrost“, 2010
- J. Tallig, „Vom Wetter zum Unwetter“, umwelt aktuell 07.2013
- J. Tallig, „Vom Unwetter zur Katastrophe“, umwelt aktuell 06.2014

Der Ingenieur und Politikwissenschaftler Jürgen Tallig beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dem Klimawandel. Er engagiert sich unter anderem bei der Grünen Liga.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 92409832,  
E-Mail: [tall.j@web.de](mailto:tall.j@web.de)



## Bodenschutz

# Böden sind eine der Grundlagen des Lebens

Ohne Vorsorgemaßnahmen gehen täglich wertvolle Flächen unwiederbringlich verloren

**Eine EU-weite Bodenrahmenrichtlinie liegt derzeit auf Eis, aber europäische Bodenkundeorganisationen haben das EU-Parlament und den Rat in einer Petition aufgefordert, eine Bodenschutzstrategie zu verabschieden. In Deutschland planen Bund und Länder zum Schutz des Bodens eine Kompensationsverordnung: Sie soll Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vereinheitlichen. ■ VON BERNDT-MICHAEL WILKE**

Böden sind mehr als der Dreck unter unseren Füßen. Sie sind der oberste Teil der Erdkruste – belebt durch Humus- und Gefügebildung, Verwitterung und Mineralbildung. Böden sind schutzwürdig, weil sie Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen sind. Sie bieten den Pflanzen Wurzelraum und Verankerung und versorgen sie mit Wasser, Luft und Nährstoffen. Als Standort für die landwirtschaftliche Nutzung sind sie für die Ernährung der Weltbevölkerung unabdingbar. Bodenorganismen tragen durch Streuzerkleinerung, Mischung, Lockerung, Humus- und Gefügebildung ihres Lebensraums zur Bodenbildung, den Nährstoffkreisläufen und dem Abbau organischer Schadstoffe bei. Ein Gramm Boden enthält Milliarden von Mikroorganismen wie Bakterien, Pilze oder Algen. Unter einem Quadratmeter leben Hunderttausende bis Millionen von Bodentieren wie Würmer, Milben, Asseln oder Springschwänze.

Böden sind schutzwürdig, weil sie aufgrund ihrer Wasserspeicherfähigkeit den Grundwasserertrag und den Wasserhaushalt von Landschaften regulieren. Stark Wasser speichernde Böden in Flussauen vermögen Überschwemmungen von Siedlungsgebieten einzudämmen. Sie sind auch deshalb schutzwürdig, weil sie Kohlenstoffspeicher sind. Mit der Zersetzung und dem Aufbau organischer Substanz haben sie maßgeblichen Anteil am Klimageschehen. Globale Schätzungen ergaben, dass im ersten Meter von Böden etwa 1.500 Pikogramm (Pg) organischer Kohlenstoff ( $1 \text{ Pg} = 10^{-12} \text{ Gramm}$ ) gespeichert sind. Im Vergleich dazu beträgt der globale Kohlenstoffvorrat der pflanzlichen Biomasse nur etwa 500 Pg Kohlenstoff.

Böden sind schutzwürdig, weil sie als Senken für Stäube und Spurengase und damit der Luftreinhaltung dienen. Niederschläge und vom Menschen eingebrachte oder im Sickerwasser gelöste Schadstoffe können in Böden gespeichert und abgebaut werden. Diese auch als Filter-, Puffer- und Transformatorfunktion bezeichnete Eigenschaft kann die Verschmutzung von Grundwasser und Nahrungsmitteln verhindern.

Böden sind schutzwürdig, weil sie Geschichten erzählen. Unsere Böden haben sich im Verlauf von Jahrhunderten bis Jahrtausenden gebildet. Manche durch die Bodenentwicklung und menschliche Nutzung der Böden erworbenen Bodeneigenschaften sind sehr stabil und zeugen noch heute von den Umweltverhältnissen und der Bodennutzung früherer Zeiten. Insofern haben Böden auch eine Archivfunktion.

Neben den natürlichen Funktionen und der Archivfunktion erfüllen Böden auch Nutzungsfunktionen als Rohstofflagerstätte, Fläche für Siedlung und Erholung, Standort für land-, forst- und sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzung sowie für Verkehr, Ver- und Entsorgung.

### Bodenschutz braucht Vorsorge

Böden sind nicht erneuerbar. Es dauert mindestens 100 Jahre, bis ein Zentimeter Boden entsteht. Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen, Bodenerosion, Bodenverdichtung und Schadstoffeinträge gefährden unsere Böden und deren Funktionen. Es ist deshalb notwendig, unsere Böden vor schädlichen Veränderungen und Totalverlust durch beispielsweise Baumaßnahmen und Erosion zu schüt-

zen. Ein nachhaltiger Bodenschutz ist nur durch Vorsorge zu erreichen. Nachsorgender Bodenschutz durch Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen dient nur der Schadensbegrenzung und ist häufig mit Bodenverlust verbunden.

Bodenaushub bei Bauarbeiten und Versiegelung führen in der Regel zum völligen Verlust der Bodenfunktionen. Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr beträgt derzeit in Deutschland noch etwa 70 Hektar pro Tag (ha/Tag). Ziel der Bundesregierung ist eine Reduzierung bis 2020 auf 30 ha/Tag. Aus Sicht des Bundesverbandes Boden sollten fruchtbare Böden und solche, die natürliche Bodenfunktionen in besonderem Maße erfüllen, vor Flächeninanspruchnahme geschützt werden. Nicht genutzte Flächen in Innenstädten sind wieder nutzbar zu machen.

Bodenschutz ist auch im Zusammenhang mit der Energiewende hochaktuell. Beim Bau neuer Stromtrassen, insbesondere der Verlegung von Erdkabeln und der Aufstellung von Windrädern, ist auf die Erhaltung fruchtbarer Böden sowie den schonenden Umgang mit Boden bei Baumaßnahmen zu achten. Naturschutz, Bodenschutz und Landwirtschaft sollten hier an einem Strang ziehen.

### Verluste sind grenzenlos

Zum Schutz der Böden wurde in Deutschland 1998 das Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) und zu dessen Umsetzung 1999 die Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung erlassen. Zusätzlich haben die Bundesländer Landesbodenschutzgesetze und Verordnungen in Ergänzung des BBodSchG geschaffen und dabei weitere

Aspekte wie zum Beispiel die Begrenzung der Bodenversiegelung (§ 4 (2) Landesbodenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen) eingebracht. Der Bodenschutz wird auch in Naturschutzgesetzen angesprochen. Leider ist aus Sicht des Bundesverbandes Boden die Umsetzung unzureichend. Das gilt auch für die in Planung befindliche Kompensationsverordnung, deren Ziel die Vereinheitlichung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist.

Die Gefährdung der Böden macht nicht an Landesgrenzen halt. Böden sind weltweit gefährdet. Bodendegradation durch Klimaerwärmung, Versalzung und Erosion gefährdet weltweit die Ernährung. Die dadurch entstehenden jährlichen Kosten, die für Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind, liegen in Milliardenhöhe. Die Einführung einer europäischen Bodenrahmenrichtlinie wurde unter anderem durch Deutschland so lange blockiert, dass sie politisch nicht weiter verfolgt wird. Die europäischen bodenkundlichen Gesellschaften haben sich im Oktober dieses Jahres in einer Petition an das EU-Parlament und die Regierungen der EU-Länder für die Verabschiedung und Verbesserung der „Thematic Strategy for Soil Protection“ eingesetzt.

## Wer Böden schützt, sichert Nahrungsmittel

Für viele Menschen ist der Boden unter den Füßen so selbstverständlich, sein Nutzen so naheliegend, dass er ihnen häufig nicht bewusst ist. Die Internationale Bodenkundliche Union hat auf ihrem 17. Weltkongress im Jahr 2002 in Bangkok den fünften Dezember zum Weltbodentag ernannt. Damit soll jährlich ein Zeichen für die Bedeutung der natürlichen Ressource Boden gesetzt und für den Bodenschutz geworben werden. In Deutschland wird an diesem Tag der „Boden des Jahres“ präsentiert. Es ist eine gemeinsame Aktion des Kuratoriums Boden des Jahres, der Aktionsplattform Bodenschutz, bestehend aus der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft, dem Ingenieurtechnischen Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling sowie dem Bundesverband Boden, und dem Umweltbundesamt.

Auch die Vereinten Nationen (UN) sind sich der Bedeutung der Böden bewusst. Das Jahr 2015 wurde von der Generalversammlung zum Internationalen Jahr des Bodens erklärt. Damit soll der Boden im Hinblick auf die Nahrungsmittelsicherheit ins Bewusstsein gerückt und auf die Bedeutung der Bodenfunktionen für das gesamte Ökosystem aufmerksam gemacht werden. Am 4. Dezember finden in Berlin die Nationale Auftaktveranstaltung zum Jahr des Bodens und die Präsentation des Bodens des Jahres 2015 im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit statt. Nähere Informationen sind auf der Webseite des Bundesverbandes Boden unter Aktuelles zu finden.

Vom 19. bis 23. April 2015 findet ebenfalls in Berlin zum dritten Mal die „Global Soil Week“<sup>(1)</sup> statt. Hier werden auf internationaler Ebene aktuelle Probleme des Bodenschutzes diskutiert. Die Veranstaltung wird vom Global Soil Forum am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam durchgeführt.<sup>(2)</sup>

Böden sind wie Wasser, Luft und Licht Grundlage für alles Leben auf der Erde. Im Hinblick auf die Ernährung der Weltbevölkerung und die Erhaltung der Natur und der Biodiversität dürfen wir nicht müde werden, uns für die Erhaltung unserer Böden und ihrer Funktionen einzusetzen. An dieser Aufgabe sollten alle mitarbeiten, insbesondere Boden- und Naturschützer.

### Anmerkungen

- ▶ (1) [www.globsoilweek.org/global-soil-forum/](http://www.globsoilweek.org/global-soil-forum/)
- ▶ (2) [www.iass-potsdam.de](http://www.iass-potsdam.de)

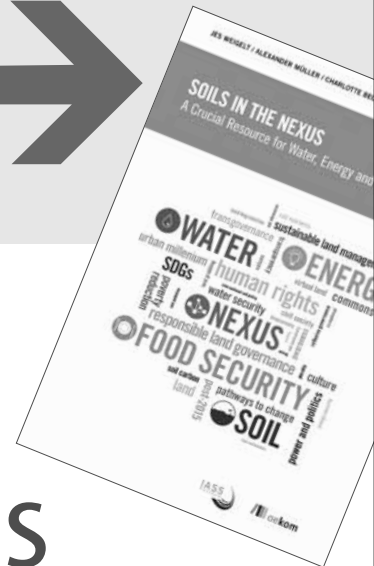
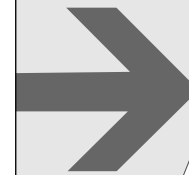
Dr. Berndt-Michael Wilke hatte bis 2012 eine Professur am Institut für Ökologie an der Technischen Universität zu Berlin inne. Er hat im Fach Bodenkunde habilitiert und ist ab Januar 2015 Präsident des Bundesverbandes Boden.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 31473685,  
E-Mail:  
[bmwilke@tu-berlin.de](mailto:bmwilke@tu-berlin.de),  
[www.bvboden.de](http://www.bvboden.de)



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## S wie Sensibilisierung

Von Anbeginn seiner Geschichte hat der Mensch den Boden genutzt und gebraucht, aber auch zerstört und verwüstet – ob in Europa, in den USA oder in Amazonien. Heute gehen Jahr für Jahr 24 Milliarden Tonnen fruchtbarer Bodens unwiederbringlich verloren. Dabei sind Böden bloß begrenzt und sehr langfristig erneuerbar. Nur mit einem weltweit nachhaltigen Boden- und Landmanagement und einer deutlichen Sensibilisierung für dieses Thema kann es gelingen, Wasser, Energie- und Lebensmittelsicherheit für bald neun Milliarden Menschen zu erreichen.

J. Weigelt, A. Müller, C. Beckh, K. Töpfer (Hrsg.)

**Soils in the Nexus**  
A Crucial Resource for Water, Energy and Food Security

164 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-431-9

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## Meerespolitik

# Goldgräberstimmung im 21. Jahrhundert

Die Strategie des Blauen Wachstums steht im Widerspruch zur Meeresrahmenrichtlinie der EU

**Intakte Ozeane sind unerlässlich für den blauen Planeten. Ohne Wasser gibt es kein Leben. Die EU plant aber in den Meeren und auf dem Meeresgrund aus dem Vollen zu schöpfen – zum Beispiel Manganknollen aus der Tiefsee zu fördern. Blaues Kapital heißt das Zauberwort: Das Meer wird als Quelle verstanden, aus der der Mensch Nutzen ziehen kann. Dabei wird die Gefährdung des Ökosystems Meer in Kauf genommen. ■ VON BETTINA TAYLOR UND NADJA ZIEBARTH, BUND**

„Blue Growth“ – Blaues Wachstum hat sich die EU für ihre Meerespolitik auf die Fahnen geschrieben. Nachdem die Ressourcen an Land und im Süßwasser zur Neige gehen, haben Politik und Wirtschaft nun ihr Augenmerk verstärkt auf die Meere gelenkt. In ihrer Mitteilung kündigte die EU-Kommission eine nachhaltige „Erschließung des ungenutzten Potenzials der europäischen Ozeane, Meere und Küsten für Beschäftigung und Wachstum“ an. Der Begriff „nachhaltig“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Ausweitung der Industrialisierung auf die Meere geplant wird. Dabei haben gesunde Ozeane für das Ökosystem Erde eine unschätzbare Bedeutung.

Der Mensch nutzt die Meere schon seit Jahrtausenden, zunächst hauptsächlich als Nahrungsquelle und Transportweg. Inzwischen sind die Nutzungen vielfältiger geworden und bringen ebenso vielfältige Belastungen mit sich. Durch den immer weitersteigenden Konsum dringt die vom Kapitalismus getriebene wachsende Industrialisierung schneller und tiefer in die Ozeane ein, teilweise mit verheerenden Folgen. In den Seekarten der europäischen Meere sind Nutzungen wie Schifffahrt, militärische Übungsgebiete, Aquakultur, Windparks, wasserbauliche Maßnahmen, Abbau von Ressourcen wie Öl und Gas oder Sand und Kies eingezeichnet. Die Karten gleichen bunten Kinderzeichnungen voller Striche und Punkte, zwischen denen man ungenutzte Flächen mit der Lupe suchen muss.

Zusätzlich belasten der massive Eintrag von Müll, Nähr- und Schadstoffen, Lärm und die Überfischung die marinen Ökosysteme. Die Bedrohung der biologischen

Vielfalt im Meer ist eine der gravierendsten Folgen der vielen Belastungen. Rückzugsräume, in denen sich allein die Natur entwickeln kann, gibt es in europäischen Meeren noch viel zu wenig. Auf dem Papier hat zum Beispiel Deutschland etwa 30 Prozent der Fläche der deutschen Meeresgebiete als Schutzgebiete ausgewiesen, weil sich dort schützenswerte und außergewöhnliche Arten und Lebensräume befinden. Leider heißt das noch lange nicht, dass diese Gebiete vor menschlichen Eingriffen geschützt werden. Ein Großteil dieser Gebiete haben weder Managementpläne noch Schutzgebietsverordnungen – bislang also nur ein Schutz auf dem Papier. Hier spiegelt sich die Dominanz der Wirtschaftsinteressen gegenüber dem Umweltschutz in der deutschen Politik wider.

## Meer als Rohstofflieferant für die europäische Wirtschaft

Beim diesjährigen Europäischen Tag der Meere (European Maritime Day) im Mai in Bremen war das für sich sprechende Leitthema „Innovation driving Blue Growth“. Das Meer wird als „blaues Kapital“ verstanden, aus dem der Mensch Nutzen ziehen kann. Im Tenor dieser Konferenz führt die Erforschung der Meere unweigerlich zu deren industrieller Nutzung. Es wurde nicht diskutiert, ob die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten ausgebaut werden, sondern nur noch, wie man das baldmöglichst bewerkstelligen kann. Die Nutzung des blauen Kapitals steht klar im Vordergrund, ja sie ist sozusagen eine unabwendbare Selbstverständlichkeit im Lauf der Dinge, und wer da Bedenken anmeldet, gilt als zu pessimistisch. Schließlich

möchte Europa eine Vorreiterrolle in der Entwicklung der „blauen Technologien“ übernehmen. Doch was ist mit Europas Verantwortung für einen gewissenhaften Umgang mit unseren Meeren?

Die Strategie des Blauen Wachstums, in der Umweltbelange hintanstehen, ist fest verwurzelt in der alten Tradition der Industrialisierung, die uns letztendlich dahin gebracht hat, wo wir jetzt sind: Menschliche Aktivitäten an Land und auf See haben die Meeresökosysteme so stark beschädigt, dass die Auswirkungen sogar ökonomisch spürbar sind. Beispiele sind die sinkenden Erträge in der Fischerei oder ein zerstörter natürlicher Küstenschutz, der nun angesichts des durch den Klimawandel zu erwartenden Meeresspiegelanstiegs, kostspielig wiederaufgebaut werden muss. Hier muss ein Umdenken in Wirtschaft und Politik stattfinden, hin zu einem Ansatz, der den Wert eines funktionierenden, gesunden Ökosystems anerkennt und allen Handlungen zugrunde legt. Neue Technologien, die eine umweltfreundlichere Nutzung und eine Reduktion der Belastungen erlauben, müssen stärker gefördert und weiterentwickelt werden. Meeresschutz muss per se eine Existenzberechtigung haben, auch ohne Nutzen für den Menschen. Wir müssen die Meeresumwelt schützen und bewahren, und das um ihrer selbst willen, nicht als ein Faktor im Wirtschaftswachstum.

Parallel zur Blue-Growth-Strategie hat die EU 2008 mit der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) einen rechtsverbindlichen Rahmen geschaffen, um Schutz und Nutzung der europäischen Meere miteinander in Einklang zu bringen. Ziel der MSRL ist das Erreichen eines guten

Umweltzustands der europäischen Meere bis spätestens 2020 und dessen Erhaltung darüber hinaus. Die Anfangsbewertung im Rahmen der MSRL hat ergeben, dass die europäischen Meere in keinem guten Zustand sind. Die Nutzungen und Belastungen nehmen überhand und drohen viele sensible Habitate zu zerstören.

Bisher scheinen die EU-Strategien zum Meeresschutz und zu Blue Growth weitgehend losgelöst voneinander zu agieren – weit entfernt von einem ganzheitlichen Ansatz der Meerespolitik. Im Text der MSRL liegt die Gewichtung beim Meeresschutz. In Papieren über Blue Growth liegen die Prioritäten klar bei Investitionen, Arbeitsplätzen und ökonomischem Wachstum. Hier und da wird das Wort „nachhaltig“ eingestreut, damit hat man seine Schuldigkeit getan.

### Zerstörerischer Bergbau in der Tiefsee

Eine Nutzung, die noch in den Kinderschuhen steckt, macht allerdings ganz besondere Sorgen: der Tiefseebergbau. Trotz massiver Bedenken von Umweltschützerinnen und -schützern ist auch in der EU das wirtschaftliche Interesse an den Bodenschätzen der Tiefsee groß und die Technologien für deren Abbau werden intensiv vorangetrieben. Auch Deutschland möchte dem nicht nachstehen und hat schon 2006 ein Anspruchsgebiet („Claim“) zum Abbau von Manganknollen im Pazifik abgesteckt. Doch wie kann der Abbau von Manganknollen, die 1 bis 100 Millimeter in einer Million Jahren wachsen, oder von stark spezialisierten und artenreichen Ökosystemen wie den sogenannten Schwarzen Rauchern (*kaminartige Hydrothermalquellen am Ozeanboden, Red.*) nachhaltig sein? Viele Bereiche des Ozeans, allen voran die Tiefsee, sind auch weiterhin unerforscht und schwer zugänglich. Gerade hier muss das Vorsorgeprinzip die Entscheidungen und Handlungen leiten. Wie können wir sonst nachhaltig handeln, wenn wir die Folgen unseres Handelns nicht abschätzen können?

An diesem Thema zeigt sich auch noch ein weiteres Problem in der Diskrepanz zwischen Meeresschutz und Blauem Wachstum. Die MSRL gilt nur für die EU

Gewässer, während sich das Blaue Wachstum auf alle Bereiche erstreckt, in denen die EU wirtschaftlich aktiv ist, also auch auf internationale Gewässer außerhalb der 200-Seemeilen-Grenze, wo noch keine strikten Umweltrichtlinien gelten. Wenn es der EU mit dem Geist der MSRL ernst ist, muss sie auch außerhalb ihrer Grenzen auf eine Stärkung des Meeresschutzes drängen.

Die Strategie des Blauen Wachstums in der EU ist aktueller denn je. Die neue EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker gibt Anlass zur Sorge, dass Umweltbelange in Zukunft noch weiter hinten stehen müssen. Zum ersten Mal seit 25 Jahren gibt es keinen vollwertigen Umweltkommissar. Juncker hat die Bereiche Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei vereint und den Malteser Karmenu Vella an die Spitze gesetzt. Es ist zu befürchten, dass die gravierenden Umweltprobleme, die die Gesundheit der Meere bedrohen, nicht angegangen werden. Die ambitionierte Umsetzung der MSRL und anderer EU-Umweltschutzrichtlinien wird im Auftrag Junckers an Kommissar Vella nicht angesprochen.

### Meeresschutz ohne Fürsprache

Der Zusammenschluss des Umweltbereichs mit den beiden Bereichen der industriellen Nutzung ist ebenfalls besorgniserregend, zumal Vella Jyrki Katainen zugeordnet wurde, dem Vizepräsidenten für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit. Auch im Auftrag von Katainen findet der Umweltschutz keine Erwähnung. Auf der Ebene der Vizepräsidenten und -präsidentinnen fehlt der Bezug zu Umweltschutz und nachhaltigem Wirtschaften ganz, ein Umstand, der fatale Folgen mit sich bringen wird: Juncker hat nur sie befugt, Gesetzesentwürfe einzubringen. Da auf dieser Ebene niemand für die Umweltpolitik zuständig ist, ist es völlig unklar, wer in Zukunft den Meeresschutz gleichberechtigt vertreten soll.

Wo soll es also hingehen mit dem Blauen Wachstum auf der einen Seite und dem Meeresschutz auf der anderen? Oder gibt es doch so etwas wie nachhaltiges Wachstum, nicht nur als Phrase, um die Kritikerinnen und Kritiker zu beruhigen? Ist vielleicht der

Zusammenschluss der Bereiche Umwelt und Maritime Wirtschaft auf EU-Ebene auch eine Chance oder doch nur Grund zur Sorge? Naturgemäß kann der Schutz der Meere und ihre Bewirtschaftung auf nationaler Ebene nur der Anfang sein. Die marinen Lebewesen und Habitate sind über nationale Grenzen hinaus verbunden und voneinander abhängig. Hier muss auch auf regionaler und globaler Ebene Verantwortung übernommen werden. Die MSRL sollte für die europäischen Meere ein entscheidender Faktor sein. Dafür bedarf es jedoch einer ambitionierten Umsetzung. Zurzeit erarbeiten die EU-Mitgliedstaaten die Maßnahmenprogramme – was kann und will jeder Staat dazu beitragen, den Zustand der Meere zu verbessern? Hier wird sich nun zeigen, wie viel Kraft die Umweltsäule der EU hat. Die Mitgliedstaaten müssen jetzt ambitioniert, zielgerichtet und gemeinsam handeln, um der Verschmutzung, dem Raubbau und der Zerstörung von marinen Ökosystemen Einhalt zu gebieten und das Ziel der MSRL zu erreichen. Doch auch in der internationalen Politik müssen die europäischen Staaten ein Zeichen setzen und den Meeresschutz zeitnah und konsequent vorantreiben.

Nadja Ziebarth hat Meeresbiologie studiert und ist seit 15 Jahren im nationalen und internationalen Meeresschutz tätig. Seit 2009 arbeitet sie beim BUND als Meeresschutzreferentin und leitete dessen Meeresschutzbüro in Bremen.



Die Meeresbiologin Dr. Bettina Taylor arbeitet nach 10 Jahren in der Meeresforschung seit Anfang 2014 im BUND-Meeresschutzbüro.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)421 / 79002-34,  
bettina.taylor@bund.net,  
www.bund.net/msrl

## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

## Europäische Kreislaufwirtschaft

**Zu hohe Recyclingziele kritisiert**

■ Schlechte Karten für das neue von der EU-Kommission vorgeschlagene Kreislaufwirtschaftspaket: Die europäischen UmweltministerInnen haben Ende Oktober verbindliche Vorgaben direkt abgelehnt und etliche Zweifel an dem Reformvorhaben geäußert.

Insbesondere VertreterInnen aus Mitgliedstaaten, die weit hinter den bisherigen Recyclingzielen liegen, kritisierten, dass die vorgeschlagenen Ziele zu sehr an den Ausgangsbedingungen von Ländern mit bereits höheren Recyclingquoten angelehnt seien. Außerdem würden die Kosten den Nutzen – Arbeitsplatzgewinn, Einsparung von Treibhausgasemissionen – übersteigen. Die Slowakei beispielsweise verlangte mehr Zeit, um die Quoten zu erreichen. Auch Deutschland forderte „realistischere Ziele“.

Eine weitere Gefahr von zu hohen Recyclingzielen sahen Länder wie Österreich, die Niederlande und Großbritannien in dem vermeintlichen Qualitätsverlust der recycelten Produkte. „Der Markt will kein minderwertiges Recycling“, sagte der britische Umweltminister Ed Davey. Auch warnte er vor kohlestoffintensiven Methoden, die angewandt werden könnten. Ebenfalls unzufrieden waren die MinisterInnen mit der Abfallvermeidung. Es fehle an einer besseren Produktpolitik unter dem Schirm der Ökodesignrichtlinie. Zudem forderte der Umweltrat eine Verbesserung bei der Wiederverwendung von Abfall. „Einige Länder verwenden Verpackungen wieder, ohne dass dies von der EU anerkannt wird“, sagte die Dänin Kirsten Brosbøl.

Das von der Kommission geplante Frühwarnsystem zur Verbesserung der Einhaltung der Recyclingziele erhielt auch keine große Zustimmung. Der Umweltrat befürchtete vor allem einen zu hohen bürokratischen Aufwand. Das System

würde Mitgliedstaaten verpflichten, einen sogenannten Erfüllungsplan innerhalb von sechs Monaten in Brüssel vorzulegen, wenn sie Gefahr laufen, ihre Recyclingziele zu verpassen.

Es scheint nun unwahrscheinlich, dass das Maßnahmenpaket nach den Vorstellungen der EU-Kommission durchkommt. Sie hatte unter anderem das Recycling von 70 Prozent der Siedlungsabfälle sowie 80 Prozent der Verpackungsabfälle bis 2013 gefordert (umwelt aktuell 08/2014, S. 8). Sollten sich die KritikerInnen durchsetzen, wird die Richtlinie wahrscheinlich mit schwächeren Zielen verabschiedet.

Der BUND und der NABU hatten vor dem Treffen in einem offenen Brief an Umweltministerin Barbara Hendricks ihre Forderung nach einer weitreichenden Kreislaufwirtschaft für ein ressourceneffizienteres Europa bekräftigt. Sie betonten die Vorbildfunktion Deutschlands. Darauf ging Hendricks jedoch bei dem Treffen der MinisterInnen nicht ein. [es]

- ▶ Schlussfolgerungen des Umweltrats:  
[www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/145488.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/145488.pdf)
- ▶ Offener Brief Umweltverbände:  
[www.kurzlink.de/kreislaufwipaket.pdf](http://www.kurzlink.de/kreislaufwipaket.pdf)

## Europäische Abfallwirtschaft

**Hersteller mehr zur Verantwortung ziehen**

■ Die EU-Kommission hat in dem Vorschlag zur Erneuerung der Abfallrichtlinie Grundvoraussetzungen für die erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) gefordert. Die Reaktionen der Mitgliedstaaten im Umweltministerrat Ende November gingen dazu weit auseinander. Die EU-Länder sind dazu angehalten, messbare Ziele bei der Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwertung, Wiederverwertung und Recycling festzulegen sowie Sanktionen bei Verstößen zu beschließen. Zudem sollen sie die finanzielle Transparenz der Systeme der EPR verbessern. Doch dies ist der Kommission nicht genug. Sie fordert auch, dass

die finanziellen Abgaben der Produzenten an die EPR-Systeme die kompletten Kosten für die Abfallwirtschaft decken sollen. Das geht einigen Mitgliedstaaten zu weit. „Wir sollten von detaillierten Vorschriften für Kostenkalkulationen von Produkten auf dem Markt lassen. Hier greift eher die Verantwortung der Mitgliedsländer“, sagte die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD).

Umweltverbände wie auch die Verpackungsindustrie loben die Forderung nach Grundvoraussetzungen für die EPR hingegen. Das Wiederverwertungs- und Recyclingnetzwerk RREUSE findet Messziele für die Vorbereitung zur Wiederverwertung gut und sieht sie als oberste Priorität vor dem Recycling.

Anlass für die verschärften Forderungen war ein von der Kommission in Auftrag gegebener Bericht von BIO Intelligence Service, einem französischen Beratungsdienst für Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Dieser bemängelte insbesondere die finanzielle Intransparenz bei den 16 untersuchten EU-Mitgliedstaaten. So sei das Verhältnis der Abgaben zur Abfallentsorgung von den Produzenten und das eigentliche Deckungsvolumen dieser Kosten von Land zu Land unterschiedlich, auch wenn es sich um das gleiche Produkt handelt. Die Kosten, um eine Tonne Batterien zu entsorgen, variieren beispielsweise zwischen 240 Euro in Frankreich und 5.400 Euro in Belgien – eine Differenz von 5.180 Euro. [es]

- ▶ Kommissionsvorschlag zu EPR:  
[www.ec.europa.eu/environment/waste/pdf/Annex-COM%282014%29397.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/waste/pdf/Annex-COM%282014%29397.pdf)
- ▶ [www.kurzlink.de/RREUSE-EPR-MS](http://www.kurzlink.de/RREUSE-EPR-MS)
- ▶ Bericht von BIO Intelligence Service:  
[www.kurzlink.de/BIO-EU-Abfall-Herst](http://www.kurzlink.de/BIO-EU-Abfall-Herst)

## End-of-Waste-Kriterien

**Wann gilt recyceltes Plastik nicht mehr als Abfall?**

■ Die EU-Kommission hat Anfang November einen Vorschlag für sogenannte End-of-Waste-Kriterien (EoW) für Plastik



vorgestellt. Der Verunreinigungsgrad von zwei Prozent von nicht plastischen Materialien darf bei recyceltem Plastik nicht überschritten werden, legte die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) fest.

Außerdem gilt Plastik erst dann nicht mehr als Abfall, wenn keine gefährlichen Eigenschaften oder chemische Verunreinigungen nachgewiesen werden können. Mit diesem Vorschlag möchte die Kommission bürokratische Hindernisse für Handel und Transport minimieren und klar zwischen qualitätsgesichertem und nicht qualitätsgeprüftem Plastikabfall unterscheiden.

Die GFS schließt in dem Vorschlag bisher aber Energierückspeisung aus. Begründung: Man müsse hochwertiges Recycling über Energiegewinnung stellen, da sonst eine Verstrickung mit den Recyclingzielen der Verpackungsabfallrichtlinie entstehen könnte. Zusätzlich will die Forschungsstelle die rohstoffliche Verwertung aus den EoW-Kriterien herausnehmen. Dazu zählen Gas oder flüssige Kohlenwasserstoffe, die zur chemischen Futterherstellung oder zu Kraftstoffen wiederaufbereitet werden. Interessengruppen fordern jedoch eine Überprüfungs Klausel der rohstofflichen Verwertung.

Nun folgt die Auseinandersetzung mit Politikern, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Industrie der europäischen Mitgliedsländer, um an dem Vorschlag weiterzuarbeiten. Dann kann die Kommission einen Gesetzesvorschlag formulieren. [es]

► GFS-Bericht: [www.kurzlink.de/GFS-Ende-Plastikeig](http://www.kurzlink.de/GFS-Ende-Plastikeig)

## Verpackungsreduzierung

### Künftig noch 40 statt 200 Plastiktüten pro Kopf

■ Mit der Zustimmung des EU-Ministerrates zu einem Richtlinien vorschlag von EU-Kommission und Parlament Ende November stehen die Details für die Verbrauchseinschränkung von Plastiktüten nun fest: Bis 2025 soll es 80 Prozent weni-

ger Plastiktüten in Europa geben als bisher. Dabei haben die europäischen Mitgliedstaaten zwei Optionen: Entweder die Verringerung der Anzahl der Plastiktüten pro Verbraucher im Jahr auf 90 Stück bis 2019 und dann 40 Stück bis Ende 2025 oder die Einführung einer Gebühr bis 2017.

Mit den neuen Regeln will die EU vor allem die Nutzung leichter Einwegtüten eindämmen. Bisher liegt der Konsum von Plastiktüten in der EU pro Kopf pro Jahr bei 200. Allerdings schließt das Parlament einige Arten von Plastiktüten wie sehr starke Kunststoffaschen von der Regelung aus. Auch ganz dünne Tüten, die man zum Beispiel am Gemüseregal bekommt, werden aus Angst vor noch umweltschädlicheren Alternativen wie Schaumstoffbehältern nicht dazu gezählt.

Ein Verbot von oxo-abbaubarem Plastik ist gleichfalls aus der Regulierung herausgefallen, aufgrund des Vetos Großbritanniens. Bei oxo-abbaubaren Plastiktüten werden Zusatzstoffe wie Salzmehle beigemischt, damit sich diese schneller selbst zersetzen. Seit Kurzem wird der Nutzen dieser Methode in Frage gestellt: Eine Studie von Plastics Europe hat nachgewiesen, dass oxo-abbaubares Plastik nicht kompostierbar ist und Mikroplastik freisetzt, das der Umwelt schadet.

Martin Häusling (Grüne), Mitglied des EU-Umweltausschusses bezeichnete die neue Richtlinie als „Meilenstein auf dem Weg zu einem ressourcenschonenderen Europa“. Nun gelte es, biologisch abbaubare oder kompostierbare Tüten einzuführen.

Naturschutzverbände sehen die Brüsseler Einigung für Deutschland kritisch. „Wir haben einen Verbrauch von ungefähr 75 Tüten. Das heißt: Grundsätzlich stellen wir uns ein durchaus ambitionierteres Ziel vor – auch verbindliche Vereinbarungen europaweit, beispielsweise eine grundsätzliche Abgabe auf Plastiktüten“, sagt Rolf Buschmann vom BUND in Berlin. [es]

- Kommissionsvorschlag zur Regelung des Plastiktütenverbrauchs (engl.): [www.ec.europa.eu/environment/waste/packaging/legis.htm#plastic\\_bags](http://www.ec.europa.eu/environment/waste/packaging/legis.htm#plastic_bags)
- Studie von Plastics Europe (engl.): [www.kurzlink.de/PlasticsE-Bioplastik](http://www.kurzlink.de/PlasticsE-Bioplastik)

## Chemikalienverordnung

### REACH fehlt es an vielem – zum Beispiel Nanopartikel

■ Acht europäische Mitgliedstaaten haben Mängel in der Chemikalienverordnung REACH beanstandet. Die EU-Mitgliedsländer fordern eine verstärkte Regulierung von Nanomaterialien und endokrinen Disruptoren (EDC) von der EU-Kommission, wie der Infodienst ENDS berichtet.

Der Brief an die designierten Umwelt- und Industriekommissare ist von Vertretern aus Deutschland, Schweden, Belgien, der Niederlande, Frankreich, Österreich und Norwegen unterzeichnet und abgeschickt worden. EDC müssen reduziert werden sowie importierte Produkte auf Chemikalien und Nanomaterialien ausreichend kontrolliert werden, schreiben die Vertreter.

Auch die sozialen Kosten, die infolge von EDC entstehen, dürfen nicht unter den Tisch fallen, forderten die Norweger. Laut einer Studie des Nordischen Ministerrats belaufen sich die Kosten der europäischen Gesellschaft aufgrund von eingeschränkter männlicher Reproduktionsfähigkeit bereits jährlich auf mehrere Hundert Millionen Euro. „Im Vergleich zur intensiven Arbeit der nördlichen Länder rührt die scheidende Kommission keinen Finger“, sagte die schwedische Umweltministerin Åsa Romson.

Zusätzlich dazu hat Deutschland zusammen mit den norwegischen Behörden einen Vorschlag zur Beschränkung von Perfluorooctansäure (PFOA) unter REACH vorgelegt. In dem Vorschlag sollen PFOA und dessen verwandte Stoffe sowie Ersatzstoffe bei der Herstellung, der Nutzung und der Platzierung auf dem Markt eingeschränkt werden. Die Säure wird in industriellen Prozessen unter anderem zur Herstellung von schmutz- und wasserabstoßenden Textilien oder Teflonbeschichtungen verwendet. [es]

- Europäischer Infodienst ENDS: [www.endseurope.com](http://www.endseurope.com) (30.10.2014)
- [www.kurzlink.de/ECHA-PFOA-restricted](http://www.kurzlink.de/ECHA-PFOA-restricted)

## REACH

## Eigene Kategorie für Frackingchemikalien

■ Die Chemikalien, die für das Frackingverfahren verwendet werden, kommen ab 2016 in das europäische REACH-Register. Das sagten die Europäische Kommission und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) dem Umweltnachrichtendienst ENDS.

„Stoffe des Erdöl- und Erdgas-Fracking“ soll die Einteilung ab 2016 heißen und in die erneuerte Datenbank chemischer Stoffe IUCLID integriert werden. Diese Anpassung werde mehr Klarheit schaffen, welche Chemikalien unter welchen Bedingungen für Fracking benutzt werden, hieß es bei der ECHA. Momentan können Nutzer des REACH-Verzeichnisses keine strukturierten Informationen zu den Chemikalien des Frackingverfahrens erhalten. Dieser Missstand wurde von Umweltgruppen stark kritisiert. [es]

- ▶ Hintergrundinfos zu Fracking vom BUND: [www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/klima\\_und\\_energie/kohle\\_oel\\_und\\_gas/fracking/](http://www.bund.net/themen_und_projekte/klima_und_energie/kohle_oel_und_gas/fracking/)
- ▶ BUND, Berlin, Energieexperte Thorben Becker, Tel. +49 (0)30 / 27586-40, E-Mail: [thorben.becker@bund.net](mailto:thorben.becker@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)

### Endokrine Disruptoren

## Bisphenol A kann über Bons in den Körper gelangen

■ Thermopapier begegnet uns im Alltag ständig: Ob Kassenbons, Quittungen oder Fahrkarten – fast jeden Tag gelangt uns einer dieser Papierzettelchen in die Hände. Ein US-amerikanisches Forscherteam von der Missouri-Universität hat eine Studie veröffentlicht, die belegt, dass der hormonell wirkende Stoff Bisphenol A (BPA) nach dem Kontakt mit Thermopapier über die Hände in den Blutkreislauf des Menschen gelangen kann.

Die Untersuchung zeigt, dass dieser Effekt nach dem Benutzen von Handdesin-

fektionsmittel verstärkt eintritt. Nachdem die Versuchspersonen sich die Hände desinfizierten, fassten sie einen Kassenbon an und aßen etwas mit ihren Fingern. Nach 90 Minuten fanden die Forscher erhebliche Mengen von BPA im Urin und im Blutserum der Probanden und Probandinnen.

Die französische Regierung hat deshalb von der EU ein Verbot von endokrinen Disruptoren (EDC), darunter Bisphenol A, in Thermopapier gefordert. Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) überprüft dies zurzeit.

Vor dem hormonell wirkenden BPA in Thermopapier warnen NGOs wie die britische Organisation CHEM Trust bereits seit Längerem. Bisher ist man davon ausgegangen, dass eine BPA-Aufnahme hauptsächlich von Materialien mit Lebensmittelkontakt herrührt. Dass aber Desinfektionsmittel sowie weitere Kosmetika wie Handcremes das Absorbieren ver Hundertfachen können, ist eine neue Erkenntnis der Forscher der Missouri-Universität. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/Massouri-BPA-Studie](http://www.kurzlink.de/Massouri-BPA-Studie)
- ▶ [www.kurzlink.de/Cheitrust-BPA-Thermo](http://www.kurzlink.de/Cheitrust-BPA-Thermo)

### Biozidverordnung

## Strikteres Verbot von Nanomaterialien

■ Das ist der Nanoindustrie ein Dorn im Auge: Nach dem überarbeiteten Überprüfungsprogramm der Biozidverordnung für Nanomaterialien dürfen nur noch zwei Nanomaterialien verwendet werden. Das hat die EU-Kommission kürzlich bekannt gegeben. Es handelt sich um die beiden Stoffe Siliziumdioxid und Silber absorbiert auf Siliziumdioxidpartikeln.

Alle anderen Nanoformen und ihre Produktartkombinationen sollen in Zukunft nur nach Antragstellung der Unternehmen und unter strikten Auflagen für den Markt erlaubt werden. Die Unternehmen haben noch bis August 2015 Zeit, um die Zulassung von Substanzen zu beantragen – sonst steht das Verbot der Kommission.

Die Industrie ist von dem Kommissionsprogramm nicht begeistert. Ein Lobbyist für Nanoindustrie sagte: „Viele Produzenten sind nun gezwungen, sicherzustellen, dass ihre verwendeten Substanzen nicht unter die Nanomaterialrichtlinie fallen.“ Umweltverbände hingegen befürworten diesen Schritt der EU-Kommission. Somit werde für eine stärkere Transparenz in der Nutzung von Nanomaterialien gesorgt, insbesondere weil zwischen normalen Partikeln sowie Nanoanteilen in aktiven Substanzen ein Unterschied gemacht wird, lobte das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Deutschland).

Die neue Biozidverordnung des EU-Parlaments und des Rates wird seit September 2013 angewendet. Das erneuerte Überprüfungsprogramm von Nanomaterialien war Teil davon und wurde von der Kommission im August 2014 angenommen. [es]

- ▶ Überarbeitete Biozidverordnung der Kommission: [www.kurzlink.de/EU-K-Biozid-neu](http://www.kurzlink.de/EU-K-Biozid-neu)
- ▶ [www.kurzlink.de/PAN-Dtl-Biozide-neu](http://www.kurzlink.de/PAN-Dtl-Biozide-neu)

### Nanotechnologie

## Ergebnisse des EU-Projekts NANoREG

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat Mitte November eine Zwischenbilanz des deutsch-niederländischen EU-Programms NANoREG (Regulatory Testing of Nanomaterials) gezogen. In dem Projekt wird seit 2013 nach Regulationsmechanismen zum verantwortungsvollen Umgang mit Nanomaterialien geforscht.

Ziel ist es, die aus den Forschungen resultierenden Empfehlungen zur Regulierung dann auch in der EU umzusetzen. Neben der Erhebung von Daten in 14 verschiedenen Ländern ist ein Forschungsschwerpunkt die Entwicklung der sogenannten Safe-by-Design-Konzepte für Unternehmen. Diese Konzepte dienen zur frühestmöglichen Identifikation und Beseitigung von Unsicherheiten und möglichen Risiken in der gesamten Wertschöpfungskette von Nanomaterialien oder -produkten in der Industrie.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sagte anlässlich der Präsentation der Ergebnisse von NANoREG: „Wir unterstützen eine nachhaltige Entwicklung von Nanotechnologien. Wir sind davon überzeugt, dass wir die eine oder andere Brücke zwischen Industrie, Forschung, Verbrauchern und Behörden schlagen können. Dies ersetzt jedoch nicht die zügige Vorlage eines konkreten Vorschlags der EU-Kommission zur dringend notwendigen Anpassung von REACH an Nanomaterialien.“ [es]

- ▶ Stellungnahme des BMU:  
[www.bmubund.de/N51292](http://www.bmubund.de/N51292)
- ▶ [www.kurzlink.de/Nanoreg-Bilanz-2014](http://www.kurzlink.de/Nanoreg-Bilanz-2014)
- ▶ [www.kurzlink.de/Nanoreg-Safebydesign](http://www.kurzlink.de/Nanoreg-Safebydesign)

## GLOBALISIERUNG & EINE WELT

### Anpassungen an Klimawandel

## Investitionsbedarf in Asien

Die internationale Entwicklungsorganisation Oxfam hat Anfang November anlässlich des ersten Jahrestages des Taifuns Haiyan auf den Philippinen den Bericht „Can't Afford to Wait“ veröffentlicht. Dem Bericht zufolge ist es notwendig, dass

viele asiatische Staaten mehr in Katastrophenvorsorge investieren und Projekte besser umgesetzt werden. Die asiatische Entwicklungsbank rechnet durch die Folgen des Klimawandels auch mit stärkeren finanziellen Schäden. Demzufolge können die Verluste bis 2100 in Ländern wie Indonesien, Philippinen, Thailand oder Vietnam rund 6,7 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes betragen. Dadurch sind eine langfristige, dynamische Entwicklung und die Armutbekämpfung in der Region gefährdet. Deswegen fordert Oxfam die Industriestaaten auf, finanzielle Zusagen auf der Geberkonferenz für den Green Climate Fund in Berlin zu machen.

Oxfam hat in einem weiteren Bericht „In the shadow of the storm“ die philippinischen Maßnahmen nach dem Taifun Haiyan und deren Erfolge dokumentiert. Das Ergebnis war, dass trotz guter Ansätze auf nationaler Ebene den Gemeinden häufig Ressourcen, Personal und Landnutzungspläne fehlten. Inzwischen hat die Regierung einen Katastrophenschutzplan mit fast vier Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Trotzdem haben immer noch viele Familien nicht einmal das Nötigste. [jb]

- ▶ [www.oxfam.de/publikationen/oxfam-bericht-jahr-nach-dem-taifun-haiyan](http://www.oxfam.de/publikationen/oxfam-bericht-jahr-nach-dem-taifun-haiyan)
- ▶ [www.oxfam.de/files/oxfam-bericht-cannot-afford-to-wait.pdf](http://www.oxfam.de/files/oxfam-bericht-cannot-afford-to-wait.pdf)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## KLIMA & ENERGIE

### IPCC-Bericht

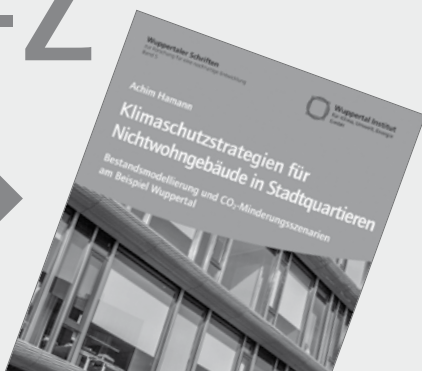
## Weltklimarat fordert Politikwechsel

Auf dem Kopenhagener Treffen der Vereinten Nationen haben WissenschaftlerInnen des Weltklimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) den vierten und letzten Teil des fünften Weltklimareports vorgelegt. Sie fordern ein Nullemissionsziel bis Ende des Jahrhunderts.

Der UN-Klimarat schreibt in dem zusammenfassenden Bericht, dass der menschliche Einfluss auf das Klimasystem eindeutig ist und dass ohne effektive Gegenmaßnahmen die Wahrscheinlichkeit für ernste, umfassende und dauerhafte Auswirkungen auf die Menschheit und auf Ökosysteme wachse. Die IPCC-

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## E wie Entdeckung

Sie tragen die Nichtbeachtung schon im Namen: Sogenannte Nichtwohngebäude sind über ihre Raumwärme für rund 13 Prozent der CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen verantwortlich. Doch im Gegensatz zu Wohngebäuden werden Bürogebäude, Fabrikhallen, Handelsflächen und Kliniken bisher in Untersuchungen und Prognosen stark vernachlässigt. Dieses Buch bemisst nicht nur deren aktuelle Emissionen, sondern schildert auch Sanierungspotenziale und CO<sub>2</sub>-Minderungsszenarien bis zum Jahr 2050.

**Achim Hamann**  
**Klimaschutzstrategien für Nichtwohngebäude in Stadtquartieren**  
 Bestandsmodellierung und CO<sub>2</sub>-Minderungsszenarien am Beispiel Wuppertal  
 312 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, ISBN 978-3-86581-699-3

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



Vorsitzende Rajendra Pachauri pocht auf politische Veränderung und betont den volkswirtschaftlichen Schaden: „Die Zeit ist nicht auf unserer Seite. Wenn wir nicht schnell handeln, wird es immer teurer.“

Besondere Aufmerksamkeit bekommt die CCS-Technik von den WissenschaftlerInnen. CCS steht für Carbon Dioxide Capture and Storage. Die bisher unausgereifte Technologie soll CO<sub>2</sub> aus Kraftwerken abspalten und in unterirdischen Lagerstätten speichern. Laut EU-Kommission wurden drei der sechs europäischen CCS-Projekte abgebrochen. Bei zwei Projekten fehlt die Finanzierung. Die CCS-Technik ist laut Kommission der problematischste Bereich im Europäischen Energieprogramm (EEPR).

Laut Weltklimarat soll der Anteil erneuerbarer Stromproduktion bis 2050 von gegenwärtig 30 auf 80 Prozent gesteigert werden. Außerdem sollte die Kohleverstromung schnellstens beendet und der Fleischkonsum verringert werden.

Mit Blick auf die UN-Klimakonferenz Ende 2015 in Paris veröffentlicht das Wissenschaftsteam auch eine Zusammenfassung für politische EntscheidungsträgerInnen. „Es ist das letzte Wort, das die Wissenschaft den Politikern für ihre Entscheidungen dorthin mit auf den Weg gibt“, sagte Alden Meyer von der US-amerikanischen Union of Concerned Scientists. [mk]

- ▶ [www.kurzlink.de/ipcc-synthesisreport](http://www.kurzlink.de/ipcc-synthesisreport)
- ▶ [www.ec.europa.eu/energy/eepr/doc/2014\\_cswd\\_council\\_final.pdf](http://www.ec.europa.eu/energy/eepr/doc/2014_cswd_council_final.pdf)

## CO<sub>2</sub>-Emissionen

### China und USA wollen reduzieren

■ US-Präsident Barack Obama und der chinesische Präsident Xi Jinping haben ein in den letzten Monaten im Geheimen verhandeltes Übereinkommen zwischen den USA und China vorgestellt, ihren Treibhausgasausstoß zu reduzieren.

Diese Ankündigung hat einen starken Symbolcharakter, denn die USA und China

sind die größten Emittenten von Treibhausgasen und haben sich beide bisher nicht zu Emissionsreduktionen verpflichtet. China kündigte an, seine Emissionen spätestens im Jahr 2030 zu deckeln. Die USA verpflichteten sich, bis 2025 ihre Emissionen um 26 bis 28 Prozent gegenüber den Werten von 2005 zu reduzieren. Umweltorganisationen reagierten positiv auf die Ankündigung, auch wenn sie sich ambitioniertere Ziele von den beiden Staaten gewünscht hätten: „Dieses zukunftsweisende Engagement, Verschmutzung durch Kohlendioxid zu verringern, ist ein notwendiger und wichtiger Schritt im globalen Kampf gegen den Klimawandel. Wir freuen uns darauf, mit beiden Regierungen zusammenzuarbeiten, um ihre Ziele noch zu stärken, denn wir glauben, dass beide Staaten in der Lage sind, weitaus höhere Reduktionen zu erreichen“, sagte Frances Beinecke, Präsident des Natural Resources Defence Council. Die UN-Klimaverhandlungen 2015 in Paris werden zeigen, ob dieser Vorstoß von China und den USA den internationalen Klimaschutz nach vorne bringen wird. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/pm-us-china-co2](http://www.kurzlink.de/pm-us-china-co2)

## Klima- und Energiepaket 2030 I

### Nur noch Minimalziel

■ Beim EU-Gipfel im Oktober einigten sich die 28 Staats- und Regierungschefs auf ein Minimalpaket: 40 Prozent weniger Treibhausgas, eine Steigerung der Erneuerbaren um 27 Prozent und eine Steigerung der Energieeffizienz um ebenfalls 27 Prozent.

Verschiedene Quellen aus Brüssel berichteten, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber dem britischen Premierminister David Cameron eingeknickt sei und statt 30 bis 35 Prozent nur noch ein Energieeffizienzziel von 27 Prozent forderte, was auch letztlich dem beschlossenen Ziel entsprach. Umweltschützerinnen und Umweltschützer sowie Unternehmen zeigten sich entsetzt. Zuletzt hatte sogar der Ölkonzern Shell ein Energieeffizienzziel von mindestens 30 Prozent gefordert.

„Alles unterhalb eines Energieeffizienzziels von 40 Prozent ist wirtschaftspolitisch blamabel. Angesichts des anhaltenden Gastreits und der derzeitigen konjunkturellen Prognosen kann sich Europa gar nicht leisten, nicht in mehr Energieeffizienz und damit Wachstum, Jobs und eine bezahlbare Energieversorgung zu investieren. Noch sind deutsche und europäische Unternehmen führend am Energieeffizienzmarkt. Ein unverbindliches Ziel von 30 Prozent und weniger würde politischen Stillstand in Sachen Energieeffizienz in Europa bedeuten und die Investitionsbedingungen für Unternehmen massiv verschlechtern“, sagte Christian Noll, geschäftsführender Vorstand der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF).

Auch der Deutsche Naturschutzring (DNR) forderte die Bundeskanzlerin dazu auf, das Energieeffizienzziel zu verteidigen und alle verfügbaren Hebel in Bewegung zu setzen, die Ambition und Verbindlichkeit des Klimapakets noch zu erhöhen.

Aus Sicht des DNR war bereits der Vorschlag, die Treibhausgase bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energien auf 27 Prozent anzuheben und die Energieeffizienz um 30 Prozent gegenüber den Prognosen von 2007 zu steigern, völlig unzureichend, um die Erderwärmung von über zwei Grad Celsius zu verhindern und die Importabhängigkeit der EU ausreichend zu verringern. Nötig seien vielmehr drei verbindliche Ziele: 55 Prozent Treibhausgasreduktion, 45 Prozent erneuerbare Energien und 40 Prozent Energieeffizienz. Der fehlende Ehrgeiz des Pakets und der Mangel an Verbindlichkeit bei den Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz gefährde die deutsche Energiewende und verschiebe den notwendigen Umbau der Gesellschaft zulasten künftiger Generationen.

Ein ehrgeiziges Klimapakets sei nicht nur mit Blick auf Klimaschutz und die Verhandlung eines neuen internationalen Klimaabkommens in Paris in 2015 unabdingbar. Es sei auch eine Voraussetzung dafür, dass Europa die Energiewende vollbringe, die Energiesicherheit erhöhe und neue Arbeitsplätze für Deutschland und

die krisengeschüttelten Mitgliedstaaten schaffe. „Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig“, sagte Hartmut Vogtmann, Präsident des DNR.

Außerdem beschlossen die Staats- und Regierungschefs, dass künftig Entscheidungen bei den Klimazielen einstimmig getroffen werden müssen. Das kann die Entscheidungsfindung erheblich erschweren. [mk, sl]

► [www.dnr.de/presse/presseinformation-22102014.html](http://www.dnr.de/presse/presseinformation-22102014.html)

## Klima- und Energiepaket 2030 II

### Doch wieder Geld für Kohle?

■ Das auf dem EU-Gipfel beschlossene Klima- und Energiepaket bis 2030 könnte die Finanzierung von Kohleprojekten fortsetzen. Teil des Ratsbeschlusses ist ein neuer Fonds, der die Energiesysteme von einkommensschwachen Mitgliedstaaten, hauptsächlich in Zentral- und Osteuropa, modernisieren soll.

Finanziert wird dieser Fonds aus zwei Prozent der Einnahmen aus dem Handel mit Emissionszertifikaten. Ziel der Maßnahme ist laut den Schlussfolgerungen des Rats Bürgerinnen und Bürger mit sauberer, sicherer und bezahlbarer Energie zu versorgen. Fördermaßnahmen zur Verbesserung von Kohlekraftwerken werden nicht ausgeschlossen. Der Beschluss sieht außerdem vor, dass Mitgliedstaaten mit einem Bruttoinlandsprodukt von bis zu 60 Prozent des EU-Durchschnitts die Vergabe von kostenlosen Zertifikaten im Emissionshandel bis 2030 fortsetzen können. Dies kommt vor allem Ländern wie Polen zugute, deren Energiesystem stark auf Kohlekraft basiert.

Diese Entscheidungen stießen auf einige Kritik. So befand Wendel Trio vom Climate Action Network im Umweltnachrichtendienst ENDS Europe, dass die Zugeständnisse an Polen eine fortgesetzte Unterstützung der Kohleproduktion unter dem Deckmantel der Modernisierung erlaubten. [lr]

► [www.kurzlink.de/councilconcl2030](http://www.kurzlink.de/councilconcl2030)  
 ► [www.kurzlink.de/guardian2030comment](http://www.kurzlink.de/guardian2030comment)  
 ► [www.endseurope.com](http://www.endseurope.com)

## Luffahrt

### Unterschriftenaktion zur Besteuerung von Kerosin

■ Die Koalition Taming Aviation hatte Mitte November im EU-Parlament eine Petition eingereicht. Die Bürgerinitiative zur „Zähmung der Luftfahrt“ besteht aus 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen und fordert unter anderem ein Verbot von Nachtflügen.

Taming Aviation repräsentiert 250.000 Bürgerinnen und Bürger aus zehn europäischen Ländern. Die Koalition kritisiert die Befreiung von der Energie- und Umsatzsteuer sowie das Aussetzen im Klimazertifikatshandel für Akteure aus der Luftfahrt in Zeiten klammer Staatshaushalte. Die Initiatoren fordern eine Besteuerung von Kerosin durch eine Energiesteuer, aber auch ein Start- und Landeverbot in der Nacht auf allen europäischen Flughäfen. Außerdem sollten Flugtickets besteuert und die gesamte Luftfahrt in das Umsatzsteuersystem der EU eingebunden werden.

Susanne Heger, Initiatorin von der Taming Aviation Koalition, sagte: „Europäische Regierungen erlauben den Fluggesellschaften weiterhin Freifahrten in Höhe von 40 Milliarden Euro pro Jahr steuerbefreit, während deren Nachtflüge ernsthafte Gesundheitsrisiken verursachen. Das ist nichts Geringeres als ein Skandal.“ [mk]

► Petition zur Zähmung der Luftfahrt:  
[www.tamingaviation.eu/index.php?id=27&L=0](http://www.tamingaviation.eu/index.php?id=27&L=0)

## Energieeffizienz

### Wirtschaftswachstum könnte Effizienzziel untergraben

■ Laut der Europäischen Umweltagentur (EEA) ist die Europäische Union momentan auf einem guten Weg, das Energieeffizienzziel für 2020 zu erreichen. Grund dafür sei jedoch die Rezession der letzten Jahre. Mit steigendem Wirtschaftswachstum werden auch die Energieeinsparungen wieder sinken.

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## P wie Politikberatung

Wissenschaft und Politik reden viel zu oft aneinander vorbei. Hier lesen Sie wie wissenschaftliche Politikberatung für beide Seiten gewinnbringend gestaltet werden kann. Und wie die Umwelt- und Risikoforschung ihre Erkenntnisse wirksamer in gesellschaftspolitisches Handeln einbringen kann. Damit Anwender in Politik und Verwaltung Risiken durch Hochwasser, Stürme oder Waldbrände optimal begegnen können.

J. Weichselgartner  
**Risiko - Wissen - Wandel**  
 Strukturen und Diskurse problemorientierter  
 Umweltforschung

288 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,  
 ISBN 978-3-86581-430-2

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

Um die Steigerung der Energieeffizienz zu erreichen, hat die EU im Jahr 2011 die Energieeffizienzrichtlinie verabschiedet. Diese legt nationale Effizienzziele fest, die zusammen zu einer EU-weiten Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent führen sollen. Es liegt an den Mitgliedstaaten, diese nationalen Ziele durch unterschiedliche Maßnahmen zu erreichen. Die EEA hat in ihrer Studie diese Maßnahmen untersucht und ist zu dem Schluss gekommen, dass allein mit diesen Maßnahmen das Effizienzziel um vier Prozent verfehlt werde. Insbesondere Deutschland, Belgien, Estland und Schweden seien weit davon entfernt, ihr Effizienzziel zu erreichen. [lr]

Vergangene Woche setzte sich auch die Umweltministerkonferenz in Deutschland mit dem Thema Energieeffizienz auseinander. Auf der Konferenz betonten die Minister den hohen Stellenwert von Energieeffizienz für eine erfolgreiche Energiewende sowie für den Klimaschutz. [lr]

- ▶ [www.eea.europa.eu/publications/trends-and-projections-in-europe-2014](http://www.eea.europa.eu/publications/trends-and-projections-in-europe-2014)
- ▶ [www.kurzlink.de/pm-umw-min-konferenz](http://www.kurzlink.de/pm-umw-min-konferenz)

## Biokraftstoffe

### Reform lässt auf sich warten

■ Das Europäische Parlament hat die Abstimmung über das umstrittene Gesetz zu indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC), die bei der Produktion von Biokraftstoffen entstehen, auf Februar 2015 verschoben. Grund dafür ist die bisher noch fehlende Ratsposition zum Gesetzesentwurf, berichtet der Umweltnachrichtendienst ENDS Europe.

Die erste Lesung schlossen Rat und Parlament zwar schon im Sommer ab, jedoch kam es noch zu keiner Einigung. Der Rat forderte ein Sieben-Prozent-Limit für Biokraftstoffe erster Generation, die zu dem EU-Ziel von zehn Prozent erneuerbaren Kraftstoffen gezählt werden können, während das EU-Parlament ein Limit von sechs Prozent forderte. Im Rat hat sich jedoch bereits eine Sperrminorität

gegen die sieben Prozent ausgesprochen und angekündigt, keine strengere Regelung zu unterstützen.

Der Gesetzesvorschlag wird den Verbrauch von Biokraftstoffen stark einschränken und legt einen besonderen Fokus auf die Förderung von Biokraftstoffen der zweiten und dritten Generation.

Biokraftstoffe der ersten Generation werden aus Nutzpflanzen wie Zucker und Raps hergestellt und sind schon heute im Einsatz. Dazu gehören Bioethanol und Biodiesel. Biokraftstoffe der zweiten Generation werden zurzeit noch entwickelt und aus Pflanzenmaterial hergestellt, das nicht als Nahrungsmittel verwendet werden könnte, wie etwa Ernteabfälle, Siedlungsmüll oder zellulosehaltige Materialien.

Indirekte Landnutzungsänderungen entstehen durch die vom Biokraftstoffanbau verursachte Verdrängung von Nahrungspflanzen auf andere Anbauflächen. Die dafür notwendige Umwandlung natürlicher Lebensräume in Ackerland verursacht zusätzliche Kohlendioxidemissionen. [lr]

- ▶ EP-Übersicht zum Gesetzgebungsprozess [www.kurzlink.de/ep2012/0288](http://www.kurzlink.de/ep2012/0288)
- ▶ [www.endseurope.com](http://www.endseurope.com)

## Klimaschutz I

### Nationaler Aktionsplan nicht ambitioniert genug

■ Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, den Treibhausgasausstoß bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu den Werten von 1990 um 40 Prozent zu vermindern. Bisher liegt Deutschland nach Schätzungen bei 33 bis 35 Prozent. Das heißt, dass zusätzliche Anstrengungen für die verbleibenden sechs Jahre nötig sind. Im Entwurf des Aktionsplans finden sich hauptsächlich Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Die Sanierung von Häusern und Wohnungen sowie der Kauf von Elektroautos soll steuerlich begünstigt werden.

In dem Entwurf gibt es aber noch einige Lücken, die es zu füllen gilt. Darunter sind die Bereiche Industrie und Abfallwirtschaft. Joachim Wille, Redakteur bei klimaretter.info sieht bereits einen Showdown zwischen Umweltministerium und Wirtschaftsministerium drohen. Bisher ist nicht klar, wie hoch die Treibhausgasreduktion bei der Stromerzeugung sein wird. Sigmar Gabriel betonte, dass er keine Kohlekraftwerke zwangsweise vom Netz nehmen will.

Anfang Dezember soll das Kabinett darüber entscheiden, wie es das 40-Prozent-Ziel erreichen möchte. [mk]

- ▶ BMUB Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 [www.kurzlink.de/BMUB-Aktionsprogramm](http://www.kurzlink.de/BMUB-Aktionsprogramm)

## Klimaschutz II

### Berlin beteiligt BürgerInnen

■ Im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) sind kohlendioxidensparende Maßnahmen vorgesehen, um die Hauptstadt bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ hat Anfang des Jahres die Realisierbarkeit dieses Ziels gestützt. Berlin ist damit das erste Bundesland, das einen Zeitplan zur Klimaneutralität festlegt. Bisher hat nur Bremen das konkrete Ziel vorgegeben, den Kohlenstoffdioxid ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber den Werten von 1990 zu senken.

Um als größte deutsche Stadt mit einer hohen Bebauungsdichte den Plan umzusetzen, sei eine breite Bürgerbeteiligung nötig, hieß es in Berlin. Dazu finden Foren, verschiedene Workshops und auf einer Onlineplattform Diskussionen statt. Die dadurch eingereichten und kommentierten Vorschläge sollen zu konkreten Strategien und Maßnahmen führen. Wichtige Handlungsfelder sind laut Studie private Haushalte, Konsum, Energieversorgung, Wirtschaft, Verkehr sowie Gebäude und Stadtentwicklung. [jb]

- ▶ [www.klimaneutrales.berlin.de/stadt/de/home](http://www.klimaneutrales.berlin.de/stadt/de/home)

## Deutscher Strommarkt

**Grünbuch für die Zukunft**

■ Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) hat Anfang November ein Grünbuch mit dem Titel „Ein Strommarkt für die Energiewende“ veröffentlicht. Ziel sei es, eine Diskussion über das zukünftige Strommarktdesign zu ermöglichen. So soll der Strommarkt der Zukunft sicher, kosteneffizient und umweltverträglich gestaltet werden. Mit der Veröffentlichung des Grünbuchs hat das BMWi auch eine öffentliche Konsultation gestartet, die bis März 2015 laufen wird. Im Mai 2015 soll es ein Weißbuch mit konkreten Maßnahmen geben, bis schließlich Ende des Jahres die Gesetzgebung formuliert werden soll. [lr]

► [www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Strommarkt-der-Zukunft/gruenbuch.html](http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Strommarkt-der-Zukunft/gruenbuch.html)

## Atommüllforum

**Bürgerplattform gestartet**

■ Die Deutsche Umweltstiftung hat Ende Oktober die neue Bürgerplattform plenum.cc gestartet. Dort können BürgerInnen ihre Ideen und Argumente zum Thema Atommüll vorbringen, diese bewerten und diskutieren. Ziel der Plattform ist eine breite öffentliche Debatte. Der Grund für die Idee war die mangelnde Bürgerbeteiligung im Endlagersuchprozess. [jb]

► [www.atommuell.plenum.cc](http://www.atommuell.plenum.cc)

## Atommüll

**Standortgesetz vielfach kritisiert**

■ Anfang November hat die fünfte Sitzung der Atomendlagerkommission stattgefunden. Aus Protest gegen die jüngst eingereichten Klagen der beiden Stromkonzerne Eon und RWE gegen das Standortauswahlgesetz haben Greenpeace, ausgestrahlt und die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ihre Teilnahme abgesagt. Laut dem nationalen Entsorgungsplan, der unterdessen veröffentlicht wurde, ist das Atommüllaufkommen doppelt so hoch wie erwartet.

Eon und RWE wollen die Kosten für die Einlagerung des Atommülls für drei Atomkraftwerkstandorte nicht übernehmen. Das 2013 in Kraft getretene Gesetz sieht eine Kostenübernahme nach dem Verursacherprinzip durch die Stromkonzerne vor. Klaus Brunsmeier vom BUND kritisierte, dass die AKW-Betreiber gegen zentrale Punkte des Standortauswahlgesetzes klagen und gleichzeitig auf Basis des Gesetzes einvernehmlich in der Kommission mitarbeiten wollen.

Umweltverbände kritisieren das Gesetz unter anderem wegen der Einbeziehung von Gorleben in die Standortsuche. Der Salzstock ist Studien zufolge fachlich ungeeignet, denn er liegt in einer geologisch aktiven Zone. Die Schichten unter dem Salz bergen eventuell Gase, die zu Explosionen führen können. [mk]

► [www.kurzlink.de/Standortgesetzabsage](http://www.kurzlink.de/Standortgesetzabsage)

## KONSUM &amp; VERBRAUCHERSCHUTZ

## Lebensmittelkennzeichnung

**Neue Verordnung gilt nur für Firmen**

■ Die Europäische Kommission hat klar gestellt, dass die am 13. Dezember 2014 in Kraft tretende EU-Lebensmittelverordnung nur für Unternehmen, nicht aber für Privatpersonen gilt.

„Das Unionsrecht sollte nur für Unternehmen gelten, wobei der Unternehmensbegriff eine gewisse Kontinuität der Aktivitäten und einen gewissen Organisationsgrad voraussetzt“, heißt es in Punkt 15 der Verordnung. Demnach müssen auf Kuchenbasaren oder ähnlichen Veranstaltungen, anders als von einigen Medien berichtet, die Inhaltsstoffe der angebotenen Lebensmittel nicht extra aufgelistet werden. Verbraucherinnen und Verbraucher hatten befürchtet, das auf Privatveranstaltungen zum Verkauf angebotene Essen deklarieren zu müssen.

Die EU-Lebensmittelinformationsverordnung dient der besseren Information der Verbraucher über die Nährwerte und die Herkunft von Fleisch. Auch sollen Allergien oder Unverträglichkeit auslösende Zutaten und enthaltene Nanomaterialien leichter erkennbar sein. [as]

► Memo zur Lebensmittelinformations-VO: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: MEMO/11/481)

B U C H T I P P



Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt NEU! für Nordrhein-Westfalen!

... dort wo es Bio-Produkte gibt.

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden.

|   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/neue Bundesländer |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen        | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen     |

Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 • [www.gruenes-branchenbuch.de](http://www.gruenes-branchenbuch.de)  
service@gruenes-branchenbuch.de

Wiederverwertung**Handysammeln für die Umwelt**

■ Anfang November ist das Onlineportal „Handysammelcenter“ der Deutschen Telekom gestartet. Das Unternehmen bietet Behörden, Firmen, Vereinen und Organisationen kostenlose Sammelboxen, in denen sie alte Handys sammeln und diese kostenlos an das Handysammelcenter schicken können. So können funktionsfähige Handys nach der Löschung aller Daten weiterverwendet und kaputte Handys recycelt oder fachgerecht entsorgt werden. Um das Vorgehen möglichst transparent zu machen, erhalten die Handysammler einen Bericht über die Entsorgung und Datenlöschung. Außerdem gibt es eine Mitmachurkunde, auf der die Menge der aus den abgegebenen Handys recycelten Metalle steht.

Einen Teil der Erlöse der Handysammlung spendet die Telekom der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Der Verband und das Unternehmen arbeiten bereits seit über zehn Jahren zusammen. Gemeinsam konnten sie so seit 2003 schon 1,8 Millionen gebrauchte Mobiltelefone sammeln und über 770 Projekte unterstützen. [as]

- ▶ [www.duh.de](http://www.duh.de)
- ▶ [www.handysammelcenter.de](http://www.handysammelcenter.de)
- ▶ [www.telekom.de/recycling](http://www.telekom.de/recycling)

## LANDWIRTSCHAFT &amp; GENTECHNIK

Landwirtschaft und Kohäsion**Überblick über EU-Ausgaben zwischen 2007 und 2013**

■ Der Europäische Rechnungshof hat im Oktober einen Bericht über die Ausgaben der Europäischen Union in der Agrarpolitik veröffentlicht. Der Bericht enthält einen Überblick über die EU-Ausgaben, die während des mehrjährigen Finanzrahmens 2007–2013 nach dem Prinzip der geteilten Mittelverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft und Kohäsion getätigt wurden.

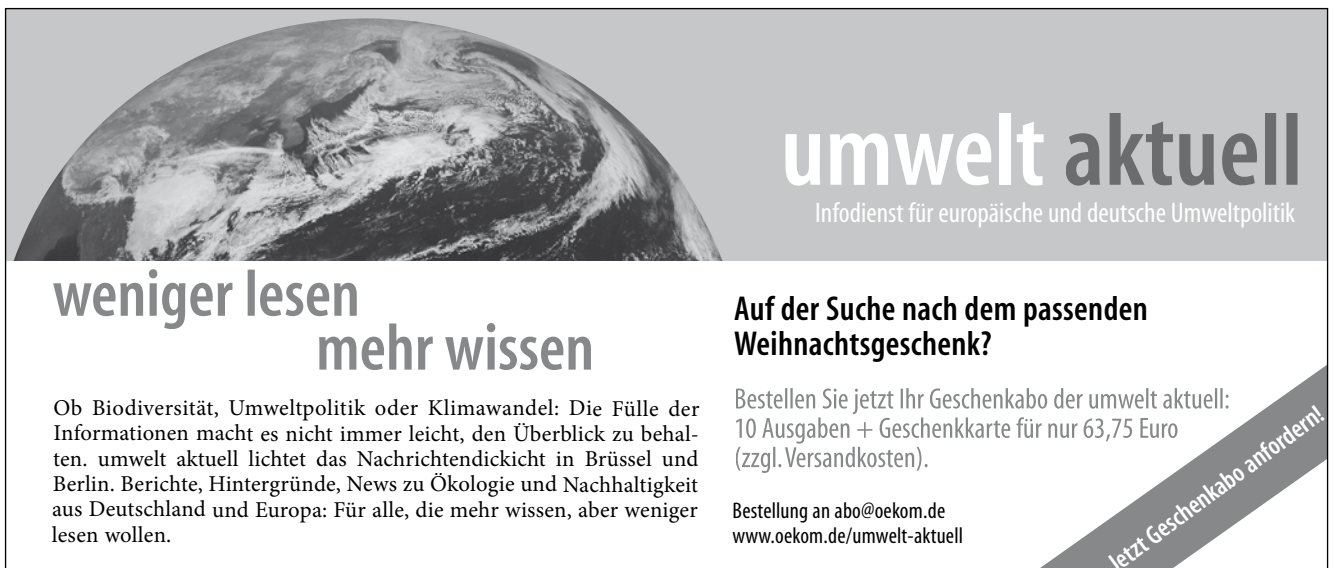
Die Dokumentation fasst im Finanzmanagement und der Kontrolle aufgetretene Probleme in den Bereichen Landwirtschaft und Kohäsion sowie die Prüfergebnisse zusammen. Zudem gibt der Bericht eine Übersicht über das EU-Finanzmanagement und benennt die Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020 für die Prüfung stellen. Das EU-Parlament hatte in seiner Entlastungsentschließung 2012 den Wunsch geäußert, länderspezifische Informationen über die geteilte Mittelverwaltung zu erhalten. Mit dem Bericht erfüllt der Rechnungshof dieses Anliegen.

Die Kohäsions- und Strukturpolitik ist einer der zentralen Politikbereiche der Europäischen Union. Etwa ein Drittel der Haushaltsmittel der EU werden dafür eingesetzt. Sie soll der Festigung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts – der Kohäsion – in der Union dienen und dabei insbesondere Wachstum und Beschäftigung in sogenannten strukturschwachen Regionen fördern. [mbu]

- ▶ [www.eca.europa.eu](http://www.eca.europa.eu)

EU-Ökoverordnung**Revision für 2015 geplant**

■ Der frühere EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș hatte Anfang 2014 die Reform der Ökoverordnung ins Rollen gebracht. Im März legte er dazu einen Änderungsentwurf vor. Ziel war es, die Erzeugung biologischer Lebensmittel umweltfreundlicher zu machen und die Kontrolle zu verbessern. Eine Totalrevision lehnen Umwelt- und Verbraucherverbände ab. So befürchten der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und der Deutsche Naturschutzring, dass der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission dazu führen würde, dass zukünftig deutlich weniger Betriebe in Europa ökologisch wirtschaften.



**umwelt aktuell**  
Infodienst für europäische und deutsche Umweltpolitik

**weniger lesen  
mehr wissen**

Ob Biodiversität, Umweltpolitik oder Klimawandel: Die Fülle der Informationen macht es nicht immer leicht, den Überblick zu behalten. umwelt aktuell lichtet das Nachrichtendickicht in Brüssel und Berlin. Berichte, Hintergründe, News zu Ökologie und Nachhaltigkeit aus Deutschland und Europa: Für alle, die mehr wissen, aber weniger lesen wollen.

**Auf der Suche nach dem passenden Weihnachtsgeschenk?**

Bestellen Sie jetzt Ihr Geschenkabon der umwelt aktuell: 10 Ausgaben + Geschenkkarte für nur 63,75 Euro (zzgl. Versandkosten).

Bestellung an [abo@oekom.de](mailto:abo@oekom.de)  
[www.oekom.de/umwelt-aktuell](http://www.oekom.de/umwelt-aktuell)

**Jetzt Geschenkabon anfordern!**



teten und damit die umweltfreundlichste Form der Lebensmittelherzeugung ausgebremst werde. Im Sommer veröffentlichte der DNR eine Stellungnahme, in der er den Kommissionsvorschlag ablehnt.

Mitte November hat die SPD-Fraktion im Bundestag mitgeteilt, sie wolle mit einem „Zukunftsplan Öko“ den ökologischen Landbau in Deutschland stärken und das 20-Prozent-Ziel für den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen erreichen. Es gehe darum, die unterschiedlichen Fördermaßnahmen für die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft strategisch besser zu koordinieren, heißt es in einem Positionspapier, das die Fraktion verabschiedete.

Für Anfang Dezember war im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments eine Expertenanhörung zur Verordnung geplant. Der Berichterstatter Martin Häusling (Grüne) kündigte an, im kommenden Jahr – voraussichtlich Ende Januar – einen Gegenentwurf zum Vorschlag der Kommission zu präsentieren. Im Mai ist dann die endgültige Abstimmung im Agrarausschuss vorgesehen. Bis Juli soll die Aussprache im Parlamentsplenium erfolgt sein. [mbu]

- ▶ EU-Ökoverordnung (2007): [www.kurzlink.de/eu-oeko-vo-2007pdf](http://www.kurzlink.de/eu-oeko-vo-2007pdf)
- ▶ Revisionsentwurf der EU-Kommission: [www.kurzlink.de/eu-kom-oeko-vo2014](http://www.kurzlink.de/eu-kom-oeko-vo2014)
- ▶ Stellungnahme DNR: [www.dnr.de/downloads/stellungnahme-zur-eu-oeko-verordnung.pdf](http://www.dnr.de/downloads/stellungnahme-zur-eu-oeko-verordnung.pdf)

## Genpflanzenzulassung

### Mehr Autonomie für Mitgliedstaaten

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat sich Mitte November dafür ausgesprochen, dass die EU-Länder mehr Spielraum bekommen, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Territorium zu untersagen. Sie sollen künftig mehr Gründe für nationale Verbote geltend machen können. Das Parlament verhandelt mit der Ratspräsidentschaft darüber, wie

die sogenannte Opt-out-Regelung gestaltet werden kann. Diese soll es den Mitgliedstaaten erleichtern, nationale Anbauverbote für Genpflanzen zu erlassen. Umstritten ist dabei die Klausel, dass Staaten einen Gentechnikkonzern fragen müssen, ob er auf den Anbau seines Produkts auf ihrem Gebiet verzichtet. Dieser Passus soll nach dem Willen des EU-Parlaments gestrichen werden.

Das lobte der agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA und Mitglied des Umweltausschusses Martin Häusling. „Mit der heutigen Abstimmung sind die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten und Regionen gestärkt worden. Sie können nun den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen aus ‚Umweltgründen‘ verbieten.“ Bisher müssen Anbauverbote mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen belegt werden, was als schwierig gilt. Gleichzeitig warnte Häusling vor einem Flickenteppich von Staaten mit und ohne Gentechnik, wenn das Zulassungsverfahren in der Europäischen Union nicht grundsätzlich verbessert werde. Die Grünen fordern, das Zulassungsverfahren für genmodifizierte Pflanzen in der EU vollständig zu überarbeiten und zu verschärfen.

Bis Ende des Jahres werden die Akteure weiter über das Genehmigungsverfahren für Genpflanzen debattieren. Im Januar sollen dann Rat und Parlament endgültig darüber entscheiden. [mbu]

- ▶ EU-Parlament zu Anbauverboten: [www.kurzlink.de/euparl-genanbau2014](http://www.kurzlink.de/euparl-genanbau2014)
- ▶ Die Grünen im EU-Parlament zu Anbauverboten: [www.greens-efa.eu/de/anbau-von-gentechnisch-veraenderten-pflanzen-13078](http://www.greens-efa.eu/de/anbau-von-gentechnisch-veraenderten-pflanzen-13078)

## Patentrecht

### Brokkoli- und Tomatenpatent nicht vom Tisch

■ Die Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes hat noch nicht entschieden, ob konventionell gezüchtete Gemüsesorten weiter patentiert bleiben dürfen. Erst in den kommenden Monaten werde die schriftliche Entscheidung mit-

geteilt, sagte Ruth Tippe von der Initiative „Kein Patent auf Leben!“ dem Infodienst Gentechnik.

Vor dem Patentamt in München appellierten Ende Oktober Demonstranten an die Politik einzugreifen, damit die Patentierung von Pflanzen und Tieren gestoppt wird. „Wir fordern Freiheit für Tomate und Brokkoli, für Verbraucher und Landwirte! Die Politik muss den Ausverkauf unserer Lebensgrundlagen stoppen“, sagte Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, bei der Protestaktion. „Aber die Bundesregierung kommt nicht in die Gänge. Mehrere Verbände haben bereits im März gemeinsam einen Brief an Justizminister Heiko Maas geschrieben, bisher ohne jede Reaktion. Dabei hat die Regierung im Koalitionsvertrag sogar eine europaweite Initiative gegen Patente auf Pflanzen und Tiere beschlossen. Die zögerliche Haltung der Politik nutzen Monsanto und Co. zwischenzeitlich für immer neue Patentanträge.“

Im Oktober veröffentlichte das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut“ einen Bericht, aus dem hervorgeht, dass bereits 120 konventionell gezüchtete Organismen als „Erfindung“ anerkannt würden, obwohl das laut Patentrecht eigentlich verboten ist. Es werden verschiedene Fälle von im Jahr 2013 erteilten Patenten vorgestellt: zum Beispiel Paprika, die von wilden Sorten aus Jamaika abstammt, Tomaten, die in einer internationalen Genbank in Deutschland gelagert wurden, zufällige Mutationen bei Sonnenblumen und die Auswahl von wilden Verwandten der Sojabohne aus Asien und Australien.

Das Europäische Patentamt – das keine EU-Institution, sondern ein zwischenstaatliches Gebilde ist – finanziert sich hauptsächlich über Gebühren der Antragsteller. Insgesamt wurden 2.400 Pflanzen und 1.400 Tiere patentiert, die meisten sind gentechnisch verändert. [mbu]

- ▶ Quelle Infodienst Gentechnik: [www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/29919.html](http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/29919.html)
- ▶ Zum Bericht von Keine Patente auf Saatgut: [www.kurzlink.de/illlegale-patente2014](http://www.kurzlink.de/illlegale-patente2014)

## NATURSCHUTZ &amp; BIODIVERSITÄT

Artenschutz**Vereinte Nationen erweitern Bonner Konvention**

■ Die Vereinten Nationen (UN) haben so viele Tiere wie noch nie international unter Schutz gestellt. Anfang November haben die Vertragsstaaten der Bonner Konvention zur Erhaltung wandernder wild lebender Tierarten bei der Konferenz in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito 32 Arten neu in die Liste zu schützender Arten aufgenommen. Darunter befinden sich der Eisbär, zentralasiatische Steppentiere und der Hammerhai. Allein 21 der neu aufgenommenen Arten gehören zu den Rochen, Schwertfischen und Haien. Deren Bestände sind durch Überfischung zunehmend gefährdet.

Die Vertragspartner der Konvention haben sich auch auf verschiedene Resolutionen zum Vogelschutz geeinigt. Ein Aktionsplan zum Schutz terrestrischer Vogelarten für Afrika und Eurasien soll den Schutz der wandernden Singvogelarten dieser Regionen verbessern. Die Resolution zum Kampf gegen den Fang und Abschuss von Zugvögeln soll die illegale Vogeljagd einschränken. Im Mittelmeerraum beispielsweise werden jährlich Millionen von Vögeln rechtswidrig erlegt. Deshalb will die UN künftig eine internationale Taskforce einsetzen, die Verfolgung von Zugvögeln bekämpfen soll. Auch eine Resolution gegen die Vergiftung von Zugvögeln ist verabschiedet worden.

In Deutschland ist die häufigste Vergiftungsursache von Vögeln eine Folge des Einsatzes bleihaltiger Munition. Die Vertragsstaaten haben sich dafür ausgesprochen, bleihaltige Munition innerhalb von drei Jahren zu verbieten.

Umweltverbände begrüßen die Beschlüsse, kritisieren jedoch, dass kein Mechanismus zur Umsetzung der Schutzmaßnahmen verabschiedet worden ist. Auf Drängen der VertreterInnen der EU ist eine Entscheidung darüber auf den

nächsten Kongress in einhalb Jahren verschoben worden. „Artenschutz steht und fällt mit der tatsächlichen Umsetzung der beschlossenen Schutzmaßnahmen. Was die Ergebnisse dieser Vertragsstaatenkonferenz wert sind, wird die Zeit weisen. Zeit, die viele der betroffenen Tierarten nicht haben“, sagte Nicolas Entrup von der Tier- und Meeresschutzorganisation OceanCare. [ej]

- ▶ [www.unep.org/newscentre/Default.aspx?DocumentID=2812&ArticleID=11038&l=en](http://www.unep.org/newscentre/Default.aspx?DocumentID=2812&ArticleID=11038&l=en)
- ▶ [www.oceancare.org/de/news/?119/Bonner-Konvention-Ueberwiegend-positive-Bilanz](http://www.oceancare.org/de/news/?119/Bonner-Konvention-Ueberwiegend-positive-Bilanz)
- ▶ [www.kurzlink.de/bmub10112014](http://www.kurzlink.de/bmub10112014)

Invasive Arten**EU-Länder müssen Maßnahmen entwickeln**

■ EU-Mitgliedstaaten müssen innerhalb eines Jahres funktionsfähige Strukturen schaffen, um die Einfuhr von gebietsfremden invasiven Arten nach Europa zu verhindern.

Die Verordnung zu gebietsfremden invasiven Arten ist Anfang November im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden. Jetzt müssen die Länder bis zum 1. Januar 2016 entsprechende Kontrollsysteme etablieren. Dann wird die Europäische Kommission auch die erste Liste von Arten vorstellen, deren Verbreitung unterbunden werden soll (umwelt aktuell 11/2014 S. 18). Anschließend sollen die Mitgliedstaaten innerhalb von 18 Monaten Kontrollsysteme und -maßnahmen auf den Weg bringen. Weitere 18 Monate später sollen die Länder einen Aktionsplan zur Eindämmung der Arten vorstellen. Allerdings können EU-Staaten Gegenmaßnahmen abschwächen oder aussetzen, wenn beispielsweise deren Kosten zu hoch sind.

Die Verordnung zu gebietsfremden invasiven Arten tritt Anfang 2015 in Kraft. Laut Verordnung müssen EU-Länder auch von gebietsfremden invasiven Arten zerstörte Ökosysteme wiederherstellen.

2021 wird die EU-Kommission die Umsetzung der Verordnung überprüfen. In Europa gibt es etwa 12.000 gebietsfremde Arten. Davon werden 10 bis 15 Prozent als invasiv eingeschätzt. Sie können die biologische Vielfalt bedrohen, weil sie das Gleichgewicht von Ökosystemen durcheinander bringen. Teilweise sind sie giftig und können bei Menschen allergische Reaktionen auslösen. [ej]

- ▶ Verordnung zu invasiven gebietsfremden Arten: [www.kurzlink.de/eulex317/35](http://www.kurzlink.de/eulex317/35)

Vogelschutz**Alle Vögel sind schon weg**

■ In Europa gibt es etwa 421 Millionen Vögel weniger als noch vor 30 Jahren. Das geht aus einer Anfang November in dem wissenschaftlichen Fachmagazin Ecology Letters veröffentlichten Studie hervor. Betroffen sind vor allem verbreitete Arten wie Spatzen, Stare und Lerchen. Die Ursache für den Bestandsrückgang ist laut den AutorInnen der Studie die moderne Landwirtschaft und der damit verbundene Verlust des natürlichen Lebensraumes der Tiere. Deshalb fordern sie Maßnahmen und Gesetze zum Schutz der Vögel und zum Erhalt ihres Lebensraums, beispielsweise mehr Grünflächen in Städten und eine ökologische Landwirtschaft.

Auch in Deutschland sind die Bestände rückläufig. Laut dem Bericht „Vögel in Deutschland 2013“, den das Bundesamt für Naturschutz (BfN) im Oktober veröffentlicht hat, verzeichnet jede dritte in Deutschland brütende Vogelart Bestandsrückgänge. Auch Rainer Dröschmeister, einer der HerausgeberInnen der Studie, sieht die Landwirtschaft als Hauptgrund für das Verschwinden der Vögel. Die Maisanbauflächen in Deutschland hätten sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. [ej]

- ▶ Abstract der Studie: [www.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/ele.12387/abstract](http://www.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/ele.12387/abstract)
- ▶ [www.dda-web.de/downloads/texts/publications/vid2013\\_barrierefrei.pdf](http://www.dda-web.de/downloads/texts/publications/vid2013_barrierefrei.pdf)

## „Die in Deutschland praktizierte Jagd wird den Forderungen nach Nachhaltigkeit nicht gerecht“

Das deutsche Jagdgesetz muss unter Umweltgesichtspunkten erneuert werden. Naturnahe Waldentwicklung, eine sinnvolle Verwertung erlegter Tiere, die Kürzung der Liste jagdbarer Arten und eine tierschutzorientierte Ausgestaltung des Jagdrechts fordert Elisabeth Emmert.

### Frau Emmert, das deutsche Jagdgesetz steht in der Kritik, veraltet zu sein. Warum?

Die Jagdgesetze schränken einerseits die Möglichkeiten einer effektiven, wald- und wildgerechten Schalenwildbejagung stark ein, beinhalten aber andererseits Vorschriften, die mit berechtigten Anliegen des Natur- und Tierschutzes nicht vereinbar sind. Wildbiologische Erkenntnisse und komplexe ökologische Zusammenhänge werden zugunsten nicht gerechtfertigter jagdlicher Eigeninteressen weitgehend ignoriert. Die gegenwärtig in Deutschland praktizierte Jagd wird den Forderungen nach Nachhaltigkeit und dem Erhalt der Biodiversität nicht gerecht.

### Wie müsste Ihrer Meinung nach eine ökologische Novellierung aussehen?

Eine waldfreundliche, lebensraumorientierte Jagd als unerlässliche Voraussetzung naturnaher Waldentwicklung ist die wichtigste jagdliche Aufgabe der Zukunft. Alle Pflanzen, die zu einem naturnahen Wald gehören, sollen ohne Schutzmaßnahmen aufwachsen können. Das ist gegenwärtig in Deutschland nur in Ausnahmefällen möglich.

### Welche Probleme birgt der Föderalismus im Jagdrecht?

Wünschenswert wäre ein fortschrittliches Bundesjagdgesetz mit verbindlichen Standards, hinter die einzelne Bundesländer nicht zurückfallen können. Das ist aber aufgrund der Föderalismusreform nicht mehr möglich. Doch andererseits können jetzt die veränderungswilligen Länder vorangehen und zeitgemäße Regelungen umsetzen. Wenn sich deren positive Wirkungen zeigen, werden sie dann auch von anderen übernommen. Ein Beispiel dafür ist die Anpassung der Jagdzeit für Rehböcke im Herbst, die vor allem die Gesellschaftsjagden effektiver werden lässt und zur notwendigen Abschusserfüllung im Interesse einer naturnahen Waldentwicklung beiträgt. In Rheinland-Pfalz oder Sachsen gibt es schon einige Verbesserungen, ebenso im gerade verabschiedeten Jagd- und Wildmanagementgesetz in Baden-Württemberg. Auch in den Vorschlägen in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen sind fortschrittliche Regelungen zu verzeichnen.

### Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände fordern seit Langem das Verbot bleihaltiger Munition. Warum lässt ein bundesweites Verbot noch auf sich warten?

Mittlerweile ist eine bundeseinheitliche Regelung seitens des Landwirtschaftsministeriums in der Diskussion beziehungsweise in Vorbereitung. Bisher haben die retardierenden Kräfte in der konservativen Jägerschaft im Schulterschluss mit der in Deutschland hinter den aktuellen Entwicklungen und Erkenntnissen herhinkenden Munitionsindustrie immer wieder neue Hürden aufgebaut. Dies führte zu umfangreichen Untersuchungen und Gutachten, die doch letztlich alle Bedenken bezüglich Treffsicherheit, Abprallverhalten, Tötungswirkung, Verfügbarkeit und Kosten ausgeräumt haben.

### Ein Großteil der bei der Jagd geschossenen Tiere, wie Rabenvogel, Marder oder Iltisse, werden nicht weiterverwertet, sondern einfach weggeworfen. Ist die Jagd zum Vergnügen und als Sport heute noch zeitgemäß?

Diese Art der Jagd ist keineswegs mehr zeitgemäß. Tiere aus überholtem Konkurrenzdenken totzuschießen, ist auch aus ethischer Sicht nicht zu rechtfertigen. Auch die vermeintlich positive Wirkung auf Beutetiere, um selbst beispielsweise mehr Hasen erlegen zu können, ist kein ausreichender Grund für den Abschuss. Grundvoraussetzung für die Bejagung ist stets die sinnvolle Verwertung als Wildbret oder auch Fell. Daher ist auch die Liste der jagdbaren Arten, die auch gefährdete oder viele nicht nutzbare enthält, deutlich zu kürzen.

### Als Präsidiumsmitglied des DNR dürfte ihnen das Spannungsverhältnis zwischen Jägern und Tierschützern nur allzu bekannt sein. Schließen sich Jagd und Tierschutz nicht grundsätzlich aus?

Im Gegenteil, gerade weil auch nach meiner Auffassung die Jagd tierschutzgerechter werden muss, gibt es viele Anknüpfungspunkte und gemeinsame Interessen. Das betrifft Themen wie ein Abschussverbot von Hunden und Katzen, ein Verbot der Fallenjagd oder die Beschränkung der jagdbaren Arten auf solche, die tatsächlich sinnvoll genutzt werden. Eine intensive, kurze Störung der Wildes durch Bewegungsjagden, bei denen es durch Treiber und Hunde vor

die Schützen gebracht wird, ist auch aus Tierschutzgründen – vor allem im Herbst und Winter – der Dauerbelagerung durch Ansitze vorzuziehen. Ebenso wird ein Verbot der Fütterung, welche die Bestände des jagdlich erwünschten, aber die Waldvegetation stark beeinträchtigenden Schalenwilds weiter erhöht, von Tierschutzverbänden akzeptiert. Auch aus Sicht eines richtig verstandenen Tierschutzes brauchen Wildbestände, die an die natürliche Lebensraumkapazität und Nahrungsgrundlage angepasst sind, keine zusätzliche Fütterung. Das Aussetzen von dem Jagdrecht unterliegenden Tieren als „Kanonenfutter“, wie das zum Beispiel beim Fasan praktiziert wird, ist sowohl aus Sicht einer ökologischen Jagd als auch des Tierschutzes zu verbieten.

### Sollte Ihrer Meinung nach die Jagd in Naturschutzgebieten verboten werden?

Die Jagd hat sich in allen Kategorien der Schutzgebiete nach dem Schutzzweck zu richten. Dies kann ein Verbot bedeuten, beispielsweise wenn in Wasservogelschutzgebieten eine Beunruhigung der rastenden Tiere verhindert werden soll. In Schutzgebieten wie Nationalparks, die eine naturnahe Waldentwicklung durch möglichst ungestörte natürliche Prozesse ermöglichen sollen, ist in der Regel nur ein Management der Schalenwildarten, also von Rehen und Hirschen, notwendig. Der Nutzungsaspekt der Jagd hat hier zurückzustehen. In Biosphärenreservaten oder FFH-Gebieten, die ausdrücklich eine naturverträgliche Nutzung gestatten, ist eine ökologische Jagd als umweltgerechte und nachhaltige Nutzung zu erlauben.

[Interview: Eric Janacek]

Elisabeth Emmert ist Bundesvorsitzende des Ökologischen Jagdverbands und Mitglied im Präsidium des DNR.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)9132 /  
8369913,  
E-Mail: bayern@oejv.de,  
www.oejv.de

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## L wie Lieblingsspiele

Kinder brauchen das Spiel auf Wiesen und in Wäldern. Doch was genau bewirkt diese Naturerfahrung? Kann das Spiel draußen im Grünen die motorische Entwicklung von Kindern besser fördern als das Spiel auf einem Spielplatz? Stärken Naturkontakte das Selbstbewusstsein von Kindern? Für dieses Buch wurden die wichtigsten wissenschaftlichen Studien der letzten 15 Jahre zum Thema ausgewertet und verständlich, anschaulich und übersichtlich aufbereitet.

FORUM BILDUNG NATUR (Hrsg.)  
Andreas Raith, Armin Lude  
**Startkapital Natur**  
Wie Naturerfahrung die  
kindliche Entwicklung fördert

228 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-692-4

Erhältlich bei  
www.oekom.de  
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**  
Die guten Seiten der Zukunft

### FFH-Richtlinie

## Deutschland muss Prüfung nachholen

■ Deutschland muss bei der Genehmigung des Kohlekraftwerks Moorburg bei Hamburg die Vorgaben der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie beachten. Das bekräftigte die EU-Kommission im Oktober. Bisher habe es Deutschland versäumt, die Umweltauswirkungen des Kraftwerks zu prüfen. Durch die Elbwasserentnahme des Kraftwerks sind verschiedene geschützte Fischarten wie der Lachs, das Fluss- und das Meerneunauge gefährdet. Alternative Kühlprozesse sind der Kommission zufolge für das Kraftwerk jedoch noch nicht geprüft worden. Geltendes Umweltrecht müsse vollständig umgesetzt werden. Wenn Deutschland die Prüfung nicht im Dezember nachholt, droht ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Gerichtshof der EU. [ej]

► [www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12777\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12777_de.htm)

### Natur des Jahres

## Vogel, Baum, Blume, Fisch und Boden stehen schon fest

■ Die ersten Verbände und Vereine haben ihre Wesen des Jahres 2015 veröffentlicht. Der Vogel des Jahres 2015 ist der Habicht. Vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) als Jäger mit akrobatischem Geschick gekürt, soll er vor allem auf die illegale Greifvogelverfolgung aufmerksam machen. Laut NABU sind in den letzten zehn Jahren 1130 illegal getötete Greifvögel gemeldet worden.

Das Kuratorium Baum des Jahres hat den Feldahorn zum Baum des Jahres 2015 ernannt. Als wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt bietet er vielen Tieren einen Lebensraum.

Den Gewöhnlichen Teufelsabbiss hat die Stiftung Naturschutz Hamburg zur Blume des Jahres erklärt. Während er in

Norddeutschland schon auszusterben droht, ist er im Schwarzwald und in den Alpen häufiger vertreten.

Boden des Jahres ist der Pseudogley. Gewählt hat ihn das Kuratorium Boden des Jahres. Der Stauwasserboden ist vor allem in Wäldern zu finden. Er spielt auch bei der Trinkwasserversorgung eine große Rolle.

Der Verband deutscher Sporttaucher hat den Donaulachs zum Fisch des Jahres 2015 gewählt und möchte damit auf die Verdrängung vieler Fischarten durch den Verbau von Flüssen aufmerksam machen. Der Donaulachs ist stark vom Aussterben bedroht. [as]

► [www.nabu.de/tiereundpflanzen/naturdesjahres/2015/17011.html](http://www.nabu.de/tiereundpflanzen/naturdesjahres/2015/17011.html)

► [www.kurzlink.de/nabu05112014](http://www.kurzlink.de/nabu05112014)

### Jagd

## Die Natur kommt zu kurz

■ Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) hat anlässlich der Diskussionen über die Novellierung der Jagdgesetze in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die Jagdgesetze von Bund und Ländern einer naturschutzfachlichen Prüfung unterzogen. Die Ergebnisse hat er im Oktober veröffentlicht. Demnach erfüllen keine der jagdgesetzlichen Regelungen, außer denen von Berlin und Rheinland-Pfalz, die Anforderungen des NABU an eine ökologische Ausrichtung der Jagd. „Anforderungen des Natur-, Arten- und Tierschutzes sowie gesellschaftliche und ethische Anliegen werden bisher kaum berücksichtigt“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Laut NABU ist fast jede dritte jagdbare Art in Deutschland unter dem Naturschutzgesetz streng geschützt. Positive Entwicklungen seien jedoch in den Gesetzentwürfen zur Überarbeitung der Landesjagdgesetze von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auszumachen.

Im September hatte der grüne nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Rammel Eckpunkte für eine ökologi-

sche Novellierung des Landesjagdgesetzes vorgelegt. „Das neue Gesetz hat zum Ziel, die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd zu stärken und die Jägerinnen und Jäger in ihrer Verantwortung und ihrem Engagement für Natur und Umwelt zu unterstützen“, sagte Remmel. Laut Entwurf soll die Fallenjagd eingeschränkt und der Katalog jagbarer Arten gekürzt werden. Der Abschuss von Hauskatzen soll beispielsweise grundsätzlich verboten werden. Zudem möchte der Minister zum Schutz von Umwelt und VerbraucherInnen den Einsatz bleihaltiger Munition in der Jagd verbieten.

Ende Oktober hat auch die Deutsche Wildtier Stiftung zum Abschluss ihres 7. Rotwildsymposiums das „Ostsee-Papier“ zum ethischen Umgang mit großen Wildtieren veröffentlicht. Sie fordert von JägerInnen, die Jagd an ethischen Grundsätzen zu orientieren und von PolitikerInnen, Jagdpolitik und -gesetzgebung an den Bedürfnissen der Wildtiere auszurichten. [ej]

- ▶ [www.nabu.de/themen/jagd/reformder-jagd/17192.html](http://www.nabu.de/themen/jagd/reformder-jagd/17192.html)
- ▶ [www.umwelt.nrw.de/ministerium/presse/presse\\_aktuell/presse140916\\_a.php](http://www.umwelt.nrw.de/ministerium/presse/presse_aktuell/presse140916_a.php)
- ▶ [www.Rothirsch.org](http://www.Rothirsch.org)

## Grünes Band

### Lücken schließen!

■ Anlässlich des fünfundzwanzigsten Geburtstages des Grünen Bandes hat der Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) Hubert Weiger die Bundesregierung aufgefordert, das Naturschutzprojekt zu vervollständigen. Gleichzeitig hat er die Bedeutung der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze für den Naturschutz gewürdigt. Das Grüne Band entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze ist mit 1.400 Kilometern der längste Biotopverbund in Deutschland.

„Auch heute steht erst ein Drittel des Grünen Bandes unter ausreichendem Schutz, auf zwei Dritteln kann es noch immer zu Verschlechterungen kommen. Landwirtschaftliche Nutzungsinteressen und neue Straßenplanungen bedrohen den

Rückzugsraum zahlreicher Pflanzenarten und die Wanderwege vieler Tierarten. Auf fast 200 Kilometern Länge ist das Grüne Band weiterhin unterbrochen“, sagte Weiger. Deshalb fordert der BUND von der Bundesregierung, ein Flächenkaufprogramm in Höhe von 20 Millionen Euro aufzulegen, um die Lücken zu schließen.

Der BUND möchte das Grüne Band als „Nationales Naturmonument“ sichern. Es wäre das erste Gebiet dieser Schutzkategorie des im März 2010 in Kraft getretenen neuen Bundesnaturschutzgesetzes. Inzwischen gibt es in vielen Staaten Naturschutzinitiativen entlang des Eisernen Vorhangs, die das „Grüne Band Europa“ schaffen wollen. Seit September gibt es die European Green Belt Association, die sich den Schutz des 12.500 Kilometer langen ökologischen Korridors zur Aufgabe gemacht hat. [ej]

- ▶ [www.kurzlink.de/bund0611](http://www.kurzlink.de/bund0611)
- ▶ [www.europeangreenbelt.org/](http://www.europeangreenbelt.org/)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### EU-Subventionen

### Weiter Beihilfen für Stierkampf

■ Das Europäische Parlament hat Ende Oktober die Chance verpasst, die Subventionierung von Stierkämpfen durch Mittel aus der Europäischen Union zu beenden. Sozialdemokraten und Konservative stimmten gegen einen entsprechenden Antrag der Grünen.

Nach dem aktuellen Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 erhalten Bauern, die Stiere ausschließlich für Stierkämpfe züchten, immer noch Agrarsubventionen. Die Grünen im Europaparlament hatten einen Änderungsantrag eingereicht, der diese Praxis beenden soll. Der Deutsche Tierschutzbund hatte die Europaabgeordneten aufgefordert, dem Antrag zuzustimmen und damit ein Signal für den Tierschutz und gegen Stierkämpfe zu setzen.

„Die klare Mehrheit der Europäer lehnt Stierkämpfe ab. Und die EU-Parlamentarier müssen Position beziehen: für oder gegen finanzielle Unterstützung von Tierqual“, sagte der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder. Wer den Leidenskampf der Tiere mit Subventionen fördere, mache sich mitschuldig an deren Tod.

Bei der Abstimmung fehlten am Ende wenige Stimmen zur notwendigen absoluten Mehrheit. Die Gelder werden nun weiterfließen. Laut einer Studie aus Spanien handelt es sich um 130 Millionen Euro im Jahr an spanische Viehzüchter, die ihre Stiere nur für den Einsatz beim Stierkampf züchten. Die Grünen bedauern dies, sehen in dem knappen Abstimmungsergebnis aber auch politischen Rückenwind. Für den Haushalt 2016 wollen sie erneut um die notwendige Mehrheit kämpfen. [mbu]

- ▶ EU-Grüne zu Subventionen für Stierkampf: [www.gruene-europa.de/cducusu-und-spd-sichern-eu-subventionen-fuer-stierkampf-13016](http://www.gruene-europa.de/cducusu-und-spd-sichern-eu-subventionen-fuer-stierkampf-13016)
- ▶ Deutscher Tierschutzbund zu Subventionen: [www.tierschutzbund.de/news-storage/ausland/201014-stierkampfbucht.html](http://www.tierschutzbund.de/news-storage/ausland/201014-stierkampfbucht.html)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### Deregulierungsagenda

### Die neue EU-Kommission formiert sich

■ Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und sein erster Vizepräsident Frans Timmermans haben Anfang November die EU-Kommissare um ihren Beitrag zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 gebeten. Unter anderem sollen eine Neubewertung der Luft- und Abfallpakete und eine tief greifende Evaluierung der Vogel- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie anstehen.

Dies hatte Juncker auch bereits in dem Arbeitsauftrag („Mission Letter“) an den Kommissar für Umwelt, Fischerei und

maritime Angelegenheiten, Karmenu Vella, festgelegt. Juncker sieht demnach die europäische Umweltgesetzgebung als komplett an und erwartet von Vella, dass er die existierenden Rechtsakte so gestaltet, dass sie dem vorgesehenen Zweck dienen. Beginnen soll er laut dem Mandat von Juncker mit einem Fitness-Check der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL). Dabei soll er erwägen, diese beiden Richtlinien zu einer zu verschmelzen.

Darüber hinaus soll Vella eine Bestandsaufnahme zum Verhandlungsstand und zum Ansatz der Luftstrategie machen. Die Kommission hatte im Dezember 2013 ihren Vorschlag verabschiedet. Außerdem soll Vella die ersten Reaktionen vom Rat und EU-Parlament zum im Juli 2014 von der Kommission verabschiedeten Maßnahmenpaket zur Kreislaufwirtschaft bewerten.

Juncker und Timmermans wollen sowohl das Abfallpaket als auch das Luftpaket mit dem Fokus auf Jobs, Wachstum und Wettbewerb von den Kommissaren überprüfen lassen. Danach will die Kommissionsspitze entscheiden, ob die Vorschläge gegebenenfalls modifiziert oder zurückgezogen werden sollen. Dies würde das Prinzip der politischen Diskontinuität auf EU-Ebene einführen. Bislang wurden bei einer Neubesetzung der Kommission die Gesetzesinitiativen der Vorgängerkommission übernommen und weiterbearbeitet.

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) wie auch der größte europäische Umweltdachverband, das Europäische Umweltbüro (EEB), sehen in dem Vorstoß der Kommission eine drohende Marginalisierung der Umweltpolitik zugunsten von kurzfristigen Wirtschaftsinteressen. In einem offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs und Umweltminister der EU weist EEB-Generalsekretär Jeremy Wates darauf hin, dass eine Rücknahme der Gesetzgebungsvorschläge und der damit einhergehenden jahrelangen Vorbereitung ein Licht auf die große Ineffizienz der EU-Kommission werfe. Das würde die Glaubwürdigkeit EU-Kommission als Gesetzgebungsorgan untergraben.

Die Europäische Kommission will ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2015 im Dezember verabschieden. [bv]

- ▶ [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2919](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2919)
- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/EEB-2014-11-17-pm](http://www.kurzlink.de/EEB-2014-11-17-pm)

#### Expertengruppen

### EU-Parlament friert Budget ein

■ Das EU-Parlament hat Ende Oktober das zweite Mal innerhalb von vier Jahren für das Einfrieren der Budgets der Expertengruppen der EU-Kommission gestimmt. Diese einflussreichen Gruppen seien durch Unternehmen dominiert, begründeten die Europaparlamentarier ihren drastischen Schritt.

Bereits im September 2012 hatte das Parlament die EU-Kommission zur Nachbesserung der Zusammensetzungen der Expertengruppen aufgefordert, nachdem es das erste Mal das Budget eingefroren hatte. Dies berichtet die Corporate Europe Observatory, eine Forschungs- und Kampagnengruppe, die Lobbyingmachenschaften und Bevorzugungen der Industrie aufdeckt.

Die EU-Kommission greift auf ihre Expertengruppen zu Beginn eines Gesetzgebungsprozesses zurück. Sie können aber auch bei großen Themenbereichen permanent die EU-Kommission beraten und diese bei der Erstellung von Rechtsakten oder Strategien unterstützen. Fast alle Expertengruppen werden durch Vertreter und Lobbyisten der Industrie dominiert. Es gibt nur wenige Vertreter aus Umweltverbänden oder Gewerkschaften. Deren Stellungnahmen werden auch oftmals nicht berücksichtigt. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie von Julian Schwartzkopff, auf die Corporate Europe Observatory und die Allianz für Lobbytransparenz ALTER-EU Bezug nehmen. Danach bestehen fast 70 Prozent der Expertengruppen aus Vertretern der Industrie, während Gewerkschaften nur zu durchschnittlich neun

Prozent vertreten sind. Die Europäische Ombudsfrau Emily O'Reilly hat bereits im Mai eine eigene Untersuchung zur Besetzung der Expertengruppen und zur Dominanz durch die Industrie gestartet. Die Ergebnisse stehen noch aus.

Nun entscheidet das EU-Parlament, ob es in den Trilogverhandlungen im November am Einfrieren der Gelder festhält, solange die EU-Kommission keinen nachweislichen Fortschritt hin zu einer gesellschaftlich ausbalancierten Besetzung der Expertengruppen macht. [bv]

- ▶ Mitteilung Corporate Europe: [www.kurzlink.de/CEO-expertgoup-2014](http://www.kurzlink.de/CEO-expertgoup-2014)

#### Rechnungshof

### Schlamperei bei EU-Ausgaben

■ Der Europäische Rechnungshof hat Anfang November den Prüfungsbericht für das Haushaltsjahr 2013 veröffentlicht. Am fehlerträchtigsten waren die Ausgabenbereiche Regionalpolitik, Verkehr und Energie mit einer Fehlerquote von 6,9 Prozent und Entwicklung des ländlichen Raums, Umwelt, Fischerei und Gesundheit mit einer Fehlerquote von 6,7 Prozent.

Insgesamt schätzte der Rechnungshof die Fehlerquote bei den EU-Ausgaben 2013 auf 4,7 Prozent (gegenüber 4,8 Prozent im Jahr 2012). Diese Mittel hätten nicht zulasten des EU-Haushalts ausgezahlt werden dürfen, weil sie nicht in Einklang mit den geltenden EU-Rechtsvorschriften verwendet wurden. Typische Fehltausgaben sind beispielsweise Zahlungen an ein Unternehmen, das sich als KMU ausgibt, obwohl es in Wirklichkeit zu einem Großunternehmen gehört. Die meisten Fehler traten in Ausgabenbereichen auf, in denen sich Mitgliedstaaten und Europäische Kommission die Mittelverwaltung teilen. Die geschätzte Fehlerquote bei den eigenen Verwaltungsausgaben der EU betrug ein Prozent.

Der EU-Rechnungshof beanstandete, das Haushaltssystem sei zu sehr auf die Verwendung der Mittel ausgerichtet, der Schwerpunkt müsse indessen stärker auf der Erzielung von Ergebnissen liegen. Die

Verwaltung der EU-Ausgaben sei insgesamt noch nicht gut genug – weder auf EU-Ebene noch in den Mitgliedstaaten. [bv]

► [www.eca.europa.eu/de/Pages/AR\\_2013.aspx](http://www.eca.europa.eu/de/Pages/AR_2013.aspx)

Bundesregierung den politischen Willen, entschlossen nachzusteuern.“ [as]

► [www.kurzlink.de/herbstforum-2014-rne](http://www.kurzlink.de/herbstforum-2014-rne)  
 ► [www.kurzlink.de/2014-10rne-indikator](http://www.kurzlink.de/2014-10rne-indikator)

Nachhaltige Entwicklung

## Bundesregierung muss nachsteuern

■ Regierungsmitglieder und Fachleute haben beim Herbstforum des Rats für Nachhaltige Entwicklung Ende Oktober über die Ergebnisse des Indikatorenberichts des Statistischen Bundesamtes zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland gesprochen. Demnach entwickeln sich nur 16 von insgesamt 38 Indikatoren wie geplant. 16 Messgrößen werden deutlich verfehlt und 6 andere erweisen sich als problematisch.

Auch der Nachhaltigkeitsrat prognostiziert, dass einige der deutschen Nachhaltigkeitsziele bis 2020 nicht erreicht werden. Insbesondere das Artensterben, der zu hohe Flächenverbrauch und die Verzögerung von Zukunftsvisionen sieht der Rat für Nachhaltige Entwicklung kritisch.

Marlehn Thieme, Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrats, sagte: „Die Defizite sind klar beschrieben. Jetzt braucht die

VERKEHR & TOURISMUS

CO<sub>2</sub>-Grenzwerte

## Hersteller erfüllen Vorgaben nur formal

■ Autos europäischer Hersteller stoßen im Schnitt etwa 20 Prozent mehr CO<sub>2</sub> aus als die Ergebnisse der Fahrzeugtests der Hersteller nahelegen. Das geht aus einem Bericht der Europäischen Umweltagentur (European Environment Agency, EEA) hervor, der Ende Oktober veröffentlicht worden ist.

Auf dem Papier unterschritten alle großen Hersteller die für 2014 festgelegten Grenzwerte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß neuer Fahrzeuge bereits 2013. 15 von 21 getesteten Herstellern erfüllten auch schon die Zielwerte für 2015. Die derzeit vorgeschriebenen Testverfahren zur Erfassung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Fahrzeugen fin-

den unter Laborbedingungen statt und geben Herstellern Spielräume, diese Bedingungen so zu manipulieren, dass Autos bei den Tests deutlich weniger Kraftstoff verbrauchen und somit auch weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen, als dies im Straßenverkehr der Fall wäre. Laut einer Ende September veröffentlichten Studie des Forschungsinstituts ICCT (International Council on Clean Transport) liegen die realen Verbrauchswerte europäischer Autos gar bis zu 50 Prozent über den angegebenen Werten. Demnach entfernen Hersteller bei den Labortests Teile der Ausstattung, um die Fahrzeuge leichter zu machen, verkleben Türschlitze und Kühlergrill, um die Aerodynamik zu verbessern und pumpen die Reifen so weit wie möglich auf, um den Rollwiderstand zu reduzieren.

Derzeit überarbeitet die EU-Kommission Standards für Testverfahren, um deren Ergebnisse an die realen Bedingungen im Straßenverkehr anzupassen. Auf der Webseite des Umweltverbandes Deutsche Umwelthilfe (DUH) gibt es eine Petition, in der die Bundesregierung angehalten wird, gegen falsche Verbrauchsangaben vorzugehen. [ej]

► [www.eea.europa.eu/publications/monitoring-co2-emissions-from-passenger](http://www.eea.europa.eu/publications/monitoring-co2-emissions-from-passenger)  
 ► [www.theicct.org/laboratory-road-2014-update](http://www.theicct.org/laboratory-road-2014-update)  
 ► [www.duh.de/4316.html](http://www.duh.de/4316.html)

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## K wie Kontroversen

Einst wurden Biotreibstoffe als Allheilmittel gegen Klimawandel, Ölabhängigkeit sowie für die Entwicklung ländlicher Regionen gefeiert. Heute aber werden ihre potenziell positiven Wirkungen zunehmend infrage gestellt. Die Autoren analysieren Folgen und Entwicklungen der Biotreibstoffförderung und -nutzung in und zwischen verschiedenen Weltregionen und ihre politische Regulierung. Sie zeigen, wie Biotreibstoffe bestehende Problemlagen verschärfen können – auch wenn sie nie der alleinige Auslöser von Verdrängung, Entwaldung oder Hunger sind.

B. Hirschl, K. Dietz, T. Vogelpohl, et al. (Hrsg.)  
**Biotreibstoffe zwischen Sackgasse und Energiewende**  
 Sozial-ökologische und transnationale Perspektiven  
 272 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-681-8

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



## DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!



## GÜNSTIGES PROBEABO

Zwei Ausgaben für nur 19,- Euro  
statt 35,50 Euro (inkl. Versand  
in Dtl.)

Die Zeitschrift *Ökologisches  
Wirtschaften* schließt die Lücke  
zwischen Theorie und Praxis  
einer nachhaltigen Gestaltung  
der Wirtschaft.

**JETZT  
PROBEABO  
ANFORDERN!**

Bestellung an: [abo@oeekom.de](mailto:abo@oeekom.de)

Leseproben, Informationen zur  
Zeitschrift und Abobedingungen:  
[www.oekologisches-wirtschaften.de](http://www.oekologisches-wirtschaften.de)

**oeekom**  
verlag

### E-Mobilität

## Feinstaub auch ohne Abgase

■ Elektroautos verursachen ähnliche Mengen Feinstaub wie mit Benzin oder Diesel betriebene Neuwagen. Das ist das Ergebnis einer im November veröffentlichten Untersuchung des Forschungsunternehmens Transport & Mobility, einer Ausgründung der Katholischen Universität Leuven.

Zwar entsteht bei mit Strom betriebenen Autos kein Feinstaub durch die Verbrennung fossiler Energieträger, jedoch wären deren Nicht-Abgasemissionen fast genauso hoch wie bei konventionell betriebenen Fahrzeugen. Das läge an den schweren Batterien der Elektroautos. Deren prinzipiell hohes Gesamtgewicht würde somit Bremsen, Reifen und Straßenoberfläche schneller verschleifen. [ej]

► [www.tmluven.be/project/fijnstof/home.htm](http://www.tmluven.be/project/fijnstof/home.htm)

### Nachhaltiger Tourismus

## Angebot deckt Nachfrage nicht

■ Deutsche wollen nachhaltig verreisen, es gibt aber nicht genügend Angebote. Das geht aus der repräsentativen Studie „Nachfrage für nachhaltigen Tourismus“ im Auftrag des Bundesumweltministeriums hervor, die Anfang November im Rahmen der Reiseanalyse 2014 veröffentlicht worden ist. Für die Studie sind die Einstellung der Deutschen zu nachhaltigem Tourismus abgefragt worden.

Laut Studie legen 31 Prozent der Befragten auf die ökologische Verträglichkeit von Urlaubsreisen wert und 42 Prozent finden es wichtig, dass sich VeranstalterInnen im Tourismus für Nachhaltigkeit einsetzen. Zudem möchten 38 Prozent sozial verträglich reisen.

Als Hürden für nachhaltiges Reisen nannten die Befragten vor allem fehlende Informationen und das mangelhafte Angebot. „Das Bundesumweltministerium wird die Ergebnisse nutzen, um mit Anbietern

und Tourismusverbänden über Möglichkeiten zur Ausweitung des nachhaltigen Reiseangebots zu sprechen“, sagte Staatssekretär für Umwelt Jochen Flasbarth.

Der Tourismussektor in Deutschland ist ein bedeutender Wirtschaftszweig und beschäftigt fast drei Millionen Erwerbstätige. [ej]

► [www.kurzlink.de/BMUB03112014](http://www.kurzlink.de/BMUB03112014)

## WASSER & MEERE

### 83. Umweltministerkonferenz

## Ökologischer Hochwasserschutz für alle!

■ Ende Oktober ist die Umweltministerkonferenz von Bund und Ländern zu Ende gegangen. Zum ersten Mal wurden bundesweite Maßnahmen mit überregionalem Charakter zum Hochwasserschutz beschlossen. Das Hochwasserschutzprogramm umfasst Deichrückverlegungen, die Beseitigung von Schwachstellen bei bestehenden Hochwasserschutzanlagen sowie sogenannte Flutpolder. Das sind Überschwemmungsgebiete, die absichtlich geflutet werden können. Laut dem Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz sollen Flüsse nach der Umsetzung des Hochwasserschutzprogramms 20.000 Hektar mehr Raum durch renaturierte Auen haben. Das entspricht einer Fläche so groß wie München.

Im Vorfeld der Konferenz hatten der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der WWF und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gefordert, das nationale Hochwasserschutzprogramm ökologisch auszurichten. Neben den angesprochenen Deichrückverlegungen müsse zukunftsverträglicher Hochwasserschutz das gesamte Flusssystem umfassen. „Wir müssen Bäche und Flüsse wieder mäandrieren lassen, Flusssohlen stabilisieren, die Fließgeschwindigkeit verlangsamen und Flächen entsiegeln“,



betonte Sebastian Schönauer vom BUND. Zudem sei ökologischer Landbau wirksamer, ästhetischer und häufig auch kostengünstiger. [mk]

► [www.bund.net/pdf/hochwasserschutz\\_verbaendeposition](http://www.bund.net/pdf/hochwasserschutz_verbaendeposition)

## Grundwasserschutz

### Überdüngung verursacht Milliardenkosten

■ Anlässlich der neuen Düngeverordnung, die voraussichtlich im Frühjahr 2015 verabschiedet werden wird, weisen Umweltverbände auf den Schutz des Grundwassers hin. Mit einem Zehn-Punkte-Plan appellieren der BUND, Greenpeace, die Grüne Liga, der NABU, der WWF und der Deutsche Naturschutzring an die Bundesregierung, die Nitrat- und Phosphatbelastung im Wasser zu minimieren. Durch intensive Agrarwirtschaft verschlechtert sich die Trinkwasserqualität zunehmend.

Laut den Verbänden verstoßen AgARBetriebe, die zu viel Gülle produzieren, aber zu wenig Fläche besitzen, gegen EU-Recht. Die Bundesregierung müsse einen Verordnungsvorschlag für einen umfassenden Wasserschutz gemäß den EU-Richtlinien vorlegen. Die Umweltschutzorganisationen sprechen sich für eine sogenannte Input-Output-Bilanz für alle AgARBetriebe aus. Das heißt, dass Betriebe ermittelt werden können, die besonders hohe Überschüsse an Nitrat und Phosphat verursachen.

Den Organisationen zufolge erzeugt die Überdüngung aus der intensiven Landwirtschaft jährliche Kosten von bis zu 25 Milliarden Euro für die Sicherung sauberen Trinkwassers. Außerdem belaste die Überdüngung die Flüsse und somit weite Teile der Ostsee, da die Nährstoffzufuhr das Algenwachstum anrege. [mk]

► Mitteilung der Umweltverbände:  
[www.bund.net/pdf/duengeverordnung\\_eckpunkte](http://www.bund.net/pdf/duengeverordnung_eckpunkte)

## Sport- und Freizeitboote

### Schädliche Schutzschicht

■ Untersuchungen des Umweltbundesamtes (UBA) haben erhöhte Schadstoffkonzentrationen von sogenannten Antifouling-Wirkstoffen festgestellt. Die Substanzen verhindern, dass kleine Tiere und Algen die Rümpfe von Sport- und Freizeitbooten besiedeln. In deutschen Freizeithäfen wurde die Umweltqualitätsnorm der EU-Wasserrahmenrichtlinie bereits um ein Vielfaches überschritten. Beispielsweise lag im Sommer 2013 die Konzentration von Irgarol an 35 von 50 untersuchten Sportboothäfen im wirkungsrelevanten Bereich. Infolgedessen sind bereits Wasserorganismen beeinträchtigt worden.

Mehrere europäische Länder verbieten deshalb die Anwendung von biozidhaltigen Antifouling-Anstrichen. Auch das UBA rät von der Verwendung dieser Stoffe ab. Die momentan verwendeten Antifouling-Produkte sind ungeprüft und nur aufgrund einer Übergangsregelung der europäischen Biozid-Verordnung auf dem Markt. [jb]

► [www.kurzlink.de/Antifouling](http://www.kurzlink.de/Antifouling)

## Europäischer Gerichtshof

### EU-Gericht erschwert Flussvertiefungen

■ Laut Generalanwalt des Gerichtshofes der EU Niilo Jääskinen muss der Grund für eine Flussvertiefung von übergeordnetem öffentlichem Interesse sein. Es genüge nicht, wenn ausschließlich wirtschaftliche Belange Beachtung fänden. Wasserqualität habe oberste Priorität.

Der BUND klagte gegen den Ausbau der Weser zwischen der Mündung und Bremen für größere Containerschiffe, da der Gerichtshof über Vorlagefragen des Bundesverfassungsgerichts zu entscheiden habe. Nach geltendem EU-Recht, insbesondere der Wasserrahmenrichtlinie, darf sich der Zustand von Gewässern nicht verschlechtern, auch dann nicht, wenn eine Verschlechterung innerhalb der fünf Ka-

## politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

### Baustelle Zukunft

Die Große Transformation von  
Wirtschaft und Gesellschaft



In hohem Tempo treibt der Mensch den Planeten an die Grenzen der Belastbarkeit. Viel Zeit für ein Umsteuern zu einem CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaften und einer Kultur des Genug bleibt nicht mehr. Gut, dass Einige schon mal anfangen: Unternehmen maximieren anstelle ihrer Gewinne die Zufriedenheit ihrer Angestellten. Nachbarn bauen ihr Gemüse gemeinsam in urbanen Gärten an und Kommunen nehmen die Energieversorgung wieder selbst in die Hand. Klar ist: Für die Große Transformation braucht es nichts Geringeres als einen tiefgreifenden kulturellen Wandel.

Mitherausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat des BUND

Mit Beiträgen von Uwe Schneidewind, Wolfgang Sachs, Irmi Seidl, Angelika Zahrt, Harald Welzer, Reinhard Loske, Dirk Messner u.v.m.



**Baustelle Zukunft**  
politische ökologie (Band 133)  
160 Seiten, 16,95 EUR (zzgl. Versand),  
ISBN 978-3-86581-424-1

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de), [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

**oekom**  
verlag

tegorien (von sehr gut bis schlecht) festzustellen ist, sich die Einstufung aber nicht verändert.

Dazu, ob die Weservertiefung von übergeordnetem Interesse ist, äußerte sich Jämskinen nicht. Das Gutachten dient meistens als Vorlage für den EuGH. Ein Urteil wird in einigen Monaten erwartet. Es wird auch Auswirkungen auf die Elbvertiefung bei Hamburg haben. Der BUND zeigt sich in seiner Pressemitteilung kämpferisch: „Wenn der Europäische Gerichtshof demnächst auf der vorgezeichneten Linie des Generalanwalts entscheiden sollte, ist das Verschlechterungsverbot im europäischen Wasserrecht nicht länger ein zahnlöser Tiger.“ [mk]

- [www.kurzlink.de/EUGH-Flussgutachten](http://www.kurzlink.de/EUGH-Flussgutachten)
- [www.kurzlink.de/BUND-PM-H20Recht](http://www.kurzlink.de/BUND-PM-H20Recht)

#### Fangquoten

### EU-Fischereiminister ignorieren Wissenschaftsrat

■ Für 2015 und 2016 haben die europäischen Fischereiminister Tiefseefangquoten festgelegt. Die Quoten liegen über dem vom Wissenschaftsrat geforderten Schwellenwert. Das Problem der Überfischung bleibt somit weiter bestehen.

Mit der Entscheidung hat sich die EU-Kommission an die Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) gehalten. Sie stehen im Einklang mit der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Diese sieht aber auch ein Ende der Überfischung bis spätestens 2020 vor. Die GFP erlaubt Überfischung nur in Ausnahmefällen, etwa wenn Maßnahmen gegen Überfischung mit drastischen ökonomischen und sozialen Einschnitten einhergehen. Das ist laut der US-amerikanischen NGO Pew Charitable Trust aber nicht der Fall. „Die Entscheidung der Minister zeigt eine Gleichgültigkeit gegenüber der Meeresumwelt und den Lebensgrundlagen der Fischer“, sagte Uta Bellion vom europäischen Meeresprogramm der NGO. [mk]

- [www.kurzlink.de/PEW-Overfishing](http://www.kurzlink.de/PEW-Overfishing)

#### WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

#### Handelsrecht

### EU-Kommission lässt Befugnis klären

■ Ende Oktober hat die Europäische Kommission beschlossen, beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Entscheidung zu ersuchen, wer in der Union die Kompetenz hat, das kürzlich abgeschlossene bilaterale Handelsabkommen der EU mit Singapur zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Der Lissabonvertrag ist an dieser Stelle nicht eindeutig.

Die Entscheidung des EuGH wird auch Auswirkungen auf alle Handelsabkommen haben, die die Europäische Union zurzeit oder in Zukunft verhandelt, also auch die umstrittenen Abkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP). Denn eine derartige Vorabentscheidung wird voraussichtlich als Präzedenzfall ausgelegt werden. Es gilt also zu klären, ob es sich bei dem Abkommen mit Singapur um ein reines oder ein gemischtes Abkommen handelt. Wird es als reines Handelsabkommen gewertet, reicht allein die Zustimmung des Rates und des EU-Parlaments. Ein gemischtes Abkommen, also ein Abkommen, das sowohl ausschließliche Zuständigkeiten der EU als auch geteilte oder alleinige Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten betrifft, benötigt neben der Zustimmung des Rates auch die Zustimmung aller nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten.

Einige Mitgliedstaaten haben bereits ihre Auffassung bekundet, dass bestimmte Kapitel des Abkommens wie Transportdienstleistungen, Investitionsschutz, nachhaltige Entwicklung oder geistiges Eigentum als geteilte Zuständigkeit eingestuft werden sollten. Die Kommission möchte, dass der Gerichtshof folgende Fragen klärt: Welche Teile des Abkommens fallen unter die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union? Welche Teile des Abkommens fallen unter die gemischte Zuständigkeit von

EU-Institutionen und Mitgliedstaaten? Welche Teile des Abkommens fallen in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten?

Die EU hat die Verhandlungen mit Singapur bereits im Dezember 2012 abgeschlossen und im September 2013 den Vertragstext paraphiert. Nachdem der Text in alle offiziellen EU-Sprachen übersetzt worden ist, wird es eine Abstimmung geben. Wer genau abstimmen wird, hängt dann ganz von der Entscheidung des Gerichtshofes ab. [lr]

- [www.kurzlink.de/eugh-handelsrecht](http://www.kurzlink.de/eugh-handelsrecht)

#### Europäische Bürgerinitiative

### „Stop-TTIP“ zieht vor Gericht

■ Anfang November hat das europäische Bündnis, das eine Aufhebung des EU-Verhandlungsmandats für TTIP fordert, eine Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP!“ durch die EU-Kommission eingereicht. Bereits im September 2014 lehnte die EU-Kommission den Antrag des Bündnisses ab, da die formalen Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Die Bürgerinitiative startete dennoch selbst organisiert und konnte bisher bereits 875.000 TeilnehmerInnen gewinnen, die das Anliegen unterzeichneten.

Den Klägern geht es mittlerweile nicht mehr nur um ihr eigenes Recht: „Wir klagen nicht nur für die EBI ‚Stop TTIP‘, sondern auch für weitere europäische Bürgerinitiativen. Wenn es um die Verhandlung internationaler Verträge geht, will die EU-Kommission die Bürgerinnen und Bürger komplett aussperren. Solange noch verhandelt wird, darf sich die Bevölkerung nicht einmischen und wenn die Verträge erst auf dem Tisch liegen, ist es zu spät. Diese Rechtsauffassung würde das Instrument der EBI zu einem zahnlösen Papiertiger machen“, kritisiert Michael Efler, Vertreter des siebenköpfigen EBI-Bürgerausschusses. [lr]

- [www.stop-ttip.org](http://www.stop-ttip.org)

TTIP-Abkommen**Wird Investorenschutzklausel gestrichen?**

■ Laut Medienberichten hat die Generaldirektion Handel in einem internen Papier bestätigt, die Möglichkeit für Investor-Staat-Klagen (ISDS) aus dem geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) zu entfernen.

Auch Jean-Claude Juncker, der neue Präsident der Europäischen Kommission, hat Ende Oktober seine Position zu dem umstrittenen ISDS-Mechanismus dargelegt: „Meine Kommission wird nicht akzeptieren, dass die Zuständigkeit von Gerichten der EU-Mitgliedstaaten von Ausnahmeregelungen für Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten begrenzt wird. Die Rechtsstaatlichkeit und der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz müssen auch in diesem Kontext greifen.“

Dieser neuen Position der EU-Kommission stehen die Reaktionen aus einigen EU-Mitgliedstaaten entgegen. Denn in der gleichen Woche hatten die Handelsminister von 14 EU-Mitgliedstaaten die neue Handelskommissarin der EU, Cecilia Malmström, in einem offenen Brief dazu aufgefordert, den ISDS-Mechanismus in TTIP zu belassen.

Gegner des Abkommens setzen sich schon seit Start der Verhandlungen im Juli 2013 dafür ein, dass ein ISDS-Mechanismus nicht Teil des Abkommens wird. Er ermöglicht es Unternehmen, Staaten direkt vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen und hohe Entschädigungssummen einzufordern. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/isds-letter](http://www.kurzlink.de/isds-letter)
- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: SPEECH-14-705)

Ressourceneffizienz**Bald Teil der Strategie Europa 2020?**

■ Anlässlich der anstehenden Halbzeitbewertung der Europa-2020-Strategie hat der Umweltrat der Europäischen Union Ende Oktober 2014 seine Empfehlungen an die EU-Kommission formuliert.

Die zuständigen MinisterInnen forderten die EU-Kommission auf, Ressourceneffizienz stärker in die Strategie Europa 2020 zu integrieren. So soll ein nicht bindendes Ressourceneffizienzziel Teil der Strategie werden, das den Mitgliedstaaten in der nationalen Umsetzung zur Orientierung dienen soll. Die Umsetzung der Europa-2020-Strategie erfolgt durch das Europä-

ische Semester, wodurch alljährlich die Leistung der Mitgliedstaaten bei der Erreichung der Ziele bewertet wird. Hier fordern die Umweltminister eine stärkere Einbindung. Bisher sind nur Finanz- und Wirtschaftsminister involviert. Des Weiteren empfehlen die Umweltminister, dass die Statistikagentur der EU, Eurostat, eine bessere Methode zur Messung von Ressourceneffizienz entwickeln solle. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/councilconclmidterm](http://www.kurzlink.de/councilconclmidterm)
- ▶ [www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-revision-europa2020.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-revision-europa2020.pdf)

Grüne Wirtschaft I**Index bewertet Leistung**

■ Der Green Economy Index rankt jährlich 60 Staaten nach ihrer Leistung für die Grüne Wirtschaft, und unterscheidet hierbei zwischen Wahrnehmung und tatsächlicher Leistung. So ist es allgemeine Auffassung, dass Deutschland den ersten Platz besetzt, tatsächlich führt aber Schweden die Liste an. In der Wertung landet Deutschland auf Platz vier.

Der Index bewertet die Staaten in vier verschiedenen Bereichen: Führung und Klimawandel, Effizienzsektoren, Märkte und Investitionen, sowie Umwelt und

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## U wie Umweltpolitik

Erst 1986 trat der erste deutsche Bundesumweltminister sein Amt an. Aber schon in der Zeit des Wirtschaftswunders gab es erste Ansätze einer Umweltpolitik, vor allem durch die »Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Wirtschaft« (IPA). Der Umwelthistoriker Jürgen Rosebrock hat die Geschichte der IPA von den Anfängen bis ins Jahr 2013 intensiv erforscht und zeigt, wie diese überparteiliche und parlamentsübergreifende Gruppe dafür sorgte, dass Themen wie vergiftete Gewässer oder saurer Regen auf die politische Agenda kamen.

**Jürgen Rosebrock**  
**Wegbereiter der bundesdeutschen Umweltpolitik**  
 Eine kleine Geschichte der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft  
 162 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-683-2

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

Naturkapital. Vergleichsweise schlecht schneiden Staaten wie die Niederlande, USA, Japan und Australien ab, die in der Wahrnehmung zwar gut platziert sind, deren tatsächliches Ergebnis jedoch zu wünschen übrig lässt (in genannter Reihenfolge Platz 21, 28, 44 und 37). [lr]

► [www.dualcitizen.com/GGEI-Report2014.pdf](http://www.dualcitizen.com/GGEI-Report2014.pdf)

## Grüne Wirtschaft II

### Green Economy Konferenz fehlt der Biss

■ Die Konferenz des Bundesforschungs- und des Bundesumweltministeriums zur Green Economy Mitte November in Berlin hat nach Auffassung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) erste zaghafte Schritte in Richtung einer kohlenstoffarmen und ressourceneffizienten Wirtschaft getan. Die überfällige Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft dürfe sich aber nicht allein auf die Förderung von grünen Branchen konzentrieren, sondern müsse vor allem den Ausstieg aus nicht nachhaltigen Produktions- und Konsummustern anstreben.

„Die Hightechstrategie der Bundesregierung ist mit 11 Milliarden Euro für 2014 mit einem erheblich größeren finanziellen Potenzial ausgestattet als der kleinere Teilbereich Rahmenprogramm Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA). Die größte Herausforderung besteht darin, globale Umweltgrenzen beim Klimawandel, dem Verlust der biologischen Vielfalt und beim Eintrag von Stickstoff in Böden und Gewässer einzuhalten. Hinzu komme die zunehmende Knappheit von Ressourcen“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen, der beim Abschlussplenum auf dem Podium saß.

An der Konferenz nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Gewerkschaft und Umweltverbänden teil. [mbu]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678 775-70, E-Mail: [roescheisen@dnr.de](mailto:roescheisen@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## Freihandelsabkommen

### Ein Albtraum für die Brüsseler Bürokratie – Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA lässt sich nicht bremsen, sagt Maritta Strasser.

Im Kommissionsgebäude am Brüsseler Place Schumann kann Marc Vanheukelen, Kabinettschef des damaligen Handelskommissars Karel de Gucht, nur mühsam die Fassung bewahren. Ich stehe vor ihm und prophezeihe, dass ein breites europäisches Bündnis sein geplantes Handels- und Investitionsabkommen TTIP verhindern wird. Die Szene ist ein Dreivierteljahr her und für die Brüsseler EU-Bürokraten sind seither die schlimmsten Albträume wahr geworden. Was auch immer sie versucht haben, um den Bürgerprotest gegen ihre Handelspolitik zu vereiteln, war vergeblich. Weder Raffinesse noch Lüge und Bruch von EU-Recht konnten verhindern, dass eine mächtige Bürgerbewegung von 290 Organisationen aus 23 EU-Staaten entstanden ist und täglich stärker wird.

Durch die Arbeit von Stop TTIP hat sich herumgesprochen, dass TTIP und CETA keine klassischen Freihandelsabkommen sind, mit denen Zölle gesenkt werden. Denn die Zölle sind ohnehin gering. Bei diesen Abkommen neuen Typs geht es um die Beseitigung sogenannter nicht tarifärer Handelshemmnisse und das ist Sprengstoff. Zum Handelshemmnis kann alles erklärt werden, was Konzernen nicht passt: das Verbot genmanipulierter Pflanzensorten, die Verbannung von mit Hormonen gemästetem Rind, strenge Auflagen für zulässige Stoffe in Kosmetika, ja sogar Steuern, Mindestlohn und Mietpreisbremse. Mit TTIP und CETA versuchen transnationale Konzerne und eine ihnen hörige EU-Kommission auf breiter Front, die Spielregeln zu ihren Gunsten zu verändern. Der Journalist Harald Schumann nennt sie deshalb „Deregulierungsabkommen“.

Die Konzerne geben sich nicht damit zufrieden, vorhandene Regeln zum Umwelt- und Verbraucherschutz zu schleifen. Sie wollen über ein Gremium zur „Regulatorischen Kooperation“ die künftige Rechtsetzung in der EU noch stärker als bisher prägen. Und selbst damit ist es nicht genug: Eine maßgeschneiderte Paralleljustiz soll es internationalen Konzernen ermöglichen, demokrati-

sche Entscheidungen auszuhebeln. Vor geheim tagenden und mit Wirtschaftsanwälten besetzten Schiedsgerichten sollen sie klagen dürfen, wenn sie ihre Gewinnaussichten durch staatliche Entscheidungen beeinträchtigt sehen. Vattenfall verklagt Deutschland vor solch einem Gremium auf 4,7 Milliarden Euro Entschädigung für den Atomausstieg. Mit TTIP gäbe es bis zu 70.000 neue klageberechtigte Investoren. Wenn auch nur ein Bruchteil davon das Bombengeschäft mit der Investorenklage nutzt, wird der Spielraum für eine Politik im Sinne von Umwelt und Menschen gewaltig eng.

Aber in einer Demokratie bestimmt der Souverän die Spielregeln. Und das sind wir, nicht die Konzerne! Wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, werden TTIP und CETA verhindern. Die erste Million Unterschriften für unsere selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative Stop TTIP ist lediglich der Anfang. Wir wollen alle bisherigen Europäischen Bürgerinitiativen übertreffen und die größte werden. Wir wollen Europas Regierungen und das Europäische Parlament zu der Einsicht zwingen, dass sie nicht gegen den Bürgerwillen Politik machen können. Wir wollen den politischen Preis für den Abschluss von TTIP und CETA so weit in die Höhe treiben, dass selbst den Konzernfreunden in der Politik der Spaß daran vergeht.

Die Bürokraten der EU-Kommission haben EU-Recht gebrochen und sich geweigert, unsere Europäische Bürgerinitiative ordnungsgemäß zu registrieren. Dagegen haben wir Klage eingereicht und gleichzeitig selbstorganisiert trotzdem losgelegt. Inzwischen ist eine neue EU-Kommission im Amt, aber der Geist der Bürokraten dort ist scheinbar der alte geblieben. Ich glaube sie ringen noch immer um Fassung, dort am Place Schumann.

Maritta Strasser ist Campaignerin bei Campact.

[www.campact.de](http://www.campact.de)  
[www.stop-ttip.org](http://www.stop-ttip.org)

## umwelt-aktuell-Spezial: EU-Tendenzen zu Deregulierung

**Die Europäische Union hat ihre Krise noch nicht überwunden. Die Strategie 2020, die sie vor vier Jahren verabschiedet hatte, trug bisher kaum Früchte. Das wirkt sich nicht nur auf die Gestaltung der Umweltpolitik aus, sondern betrifft auch die Grundprinzipien des Miteinanders in der EU. Wenn auf Kosten von Umwelt und Verbraucherinnen und Verbrauchern immer mehr dereguliert wird, bleiben Demokratie und Transparenz schnell auf der Strecke.**

Auf der neuen EU-Kommission ruhen viele Hoffnungen – aber auch Erwartungen. Die Bürgerinnen und Bürger der krisengebeutelten und der ärmeren Mitgliedstaaten versprechen sich eine bessere Zukunft in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Hinsicht. Ohne eigenständiges Umweltkommissariat bestehen jedoch Zweifel an der Bedeutung der Umweltpolitik in der laufenden Legislatur.

Einen Überblick über die neue Struktur der Europäischen Kommission und eine Einschätzung, womit in verschiedenen Ressorts zu rechnen ist, gibt Claus Mayr in seinem Artikel. Am Beispiel der Agrarpolitik und zweier Naturschutzrichtlinien beleuchtet Magnus Wessel die Chancen und Gefahren, die zu starke Entbürokratisierung und Deregulierung mit sich bringen können. Argumente gegen die

geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada beziehungsweise den USA liefert Alesia Hartmann in ihrem Beitrag. Im Interview äußert sich Bjela Vossen kritisch über die neu geschaffenen Hierarchien in der Kommission und fordert die Abgeordneten im EU-Parlament auf, aufzuwachen.

[Die Redaktion]

### Umweltpolitik

# Risiken und Nebenwirkungen der EU-Kommission

Gurken, Pizza, Olivenkännchen – und die Deregulierung in der EU

**Am 1. November hat das Team der neuen Kommissarinnen und Kommissare der Europäischen Union sein Amt angetreten. Die Erwartungen an die neue EU-Kommission sind groß. Welchen Stellenwert sie der Umweltpolitik gibt, wird sich zeigen. Durch die Bündelung von Themen auf nur noch 20 Fachkommissariate wird es nach mehr als 25 Jahren zum ersten Mal keinen eigenständigen Umweltkommissar geben. ■ VON CLAUS MAYR, NABU**

Die Sagen und Mythen über die „Brüsseler Bürokratie“ sind legendär, und sie werden von Politikerinnen und Politikern ebenso wie von Journalistinnen und Journalisten immer wieder gerne zitiert, wenn man den Beamten der EU-Kommission mal kräftig vors Schienbein treten oder vom eigenen Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament oder im Ministerrat ablenken will. Etwa die Geschichte der seit vielen Jahren – übrigens gegen die Widerstände des Handels und einiger Mitgliedstaaten – abgeschafften Gurkenkrümmungsverordnung. Die EU hat diese seinerzeit einer alten preußischen Verordnung nachempfunden, mit der die Spreewaldbauern im Interesse der Verbraucher zum Verkauf immer gleich gut gefüllte Gurkenkisten auf die Berliner Märkte bringen sollten – denn

von den krummen Gurken passten weniger in die Kiste, der Preis wurde aber pro Kiste berechnet. Die Idee der alten Preußen wurde von der UN-Kommission zur Förderung der Wirtschaft in Europa (ECE) übernommen, und schließlich auch von der Europäischen Gemeinschaft. Oder die Verordnung (EG) Nr. 509/2006 (aktualisiert 2008) mit Bestimmungen zur Herstellung „traditioneller Spezialitäten“, etwa der echten „Pizza Napolitana“, der „Kracher“ vom Europawahlkampf David McAllisters, bis hin zu Edmund Stoibers Vorstellung des Abschlussberichtes seiner Expertengruppe zum Bürokratieabbau im Oktober. Verschwiegen wird dabei regelmäßig gerne, weshalb ein solcher Vorschlag, in diesem Fall unter anderem der napolitanischen Pizzabäcker, der seinerzeit bei Silvio Berlusconi Gehör fand, im Minis-

terrat angenommen wurde: weil eben jeder Minister auf Druck seiner Interessenverbände die typischen regionalen Produkte seines Landes schützen will. Die Einwegolivenöl-kännchen, der „Brüsselbashing-Schlager“ im Sommerloch 2013, hatten keine Chance: Der Verordnungsentwurf, der übrigens auf den früheren spanischen Landwirtschaftsminister Miguel Arias Cañete (2000–2004, und ab 2011) zurückgeht, wurde von der EU-Kommission nach massiven Protesten zurückgezogen.

### Deregulierungsagenda von der ersten Barroso-Kommission bis zu Juncker

Das Thema Deregulierung prägt also seit Jahren die politische Agenda. Ausflüsse waren bereits in der Barroso-Kommission

die Arbeit der 2007 eingesetzten Stoiber-Gruppe und das im Dezember 2012 vorgestellte „Regulatory Fitness and Performance Programme“ (REFIT). Vor den Europawahlen im Mai hatten daher die großen Parteien und ihre Spitzenkandidaten, Jean-Claude Juncker für die Konservativen und Martin Schulz für die Sozialdemokraten, nicht nur mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Engagement für den Klimaschutz versprochen. Die EU sollte sich in Zukunft um die „großen Dinge“ kümmern, und nicht mehr die Details regeln.

Im Sommer haben die Staats- und Regierungschefs Jean-Claude Juncker ihren Segen zur Konstituierung der künftigen EU-Kommission gegeben. Ebenso eine Mehrheit von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen im Europäischen Parlament, nachdem Juncker in den Fraktionen befragt worden war und im Plenum seine Ideen für einen „Neustart für Europa“ vorgestellt hatte. Sein Versprechen an das Parlament, wie Juncker es nannte, wurde selbst von den Grünen in höchsten Tönen gelobt. Und in der Tat, seine Agenda für „Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“ benannte unter anderem die Knappheit der natürlichen Ressourcen, Lebensmittelsicherheit und den Einfluss des Klimawandels als wichtige Themen für die EU.

### Mehr Transparenz versprochen

Juncker forderte auch ambitionierte, bindende Ziele für die Klima- und Energiepolitik nach 2020, insbesondere müssten die Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien signifikant gesteigert werden. Nicht zuletzt in Bezug auf das geplante Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und der Diskussion über die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen kündigte Juncker mehr Demokratie und Transparenz an. Lediglich an einer Stelle hinsichtlich eines neuen Anschubes für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen sprach er sich für den Abbau bürokratischer Hürden für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus, und dass er in der künftigen Kommission einen seiner Vi-

zepräsidenten mit dieser Aufgabe betrauen will. Umso größer die Überraschung, auch bei langjährigen EU-Insidern, als Juncker nach den Gesprächen mit den von den Mitgliedstaaten benannten Anwärterinnen und Anwärtern für die Kommissarsposten im September offiziell sein Team und seine sehr detaillierten Arbeitsaufträge („Mission Letters“) an die designierten Kommissarinnen und Kommissare vorstellte.

### Junckers Überraschungspaket

Eine wesentliche Änderung ist die völlig neue Struktur, die Juncker vorgeschlagen hat. Die 27 Kommissarinnen und Kommissare sind nicht mehr gleichberechtigt und entscheiden mit dem Kommissionspräsidenten gemeinsam als Kollegialorgan, etwa über einen neuen Richtlinienvorschlag. Um die Kommission „politischer“ zu machen, hat Juncker hier eine Zwischenebene von sechs Vizepräsidenten eingebracht, denen die „restlichen“ zwanzig Kommissare jeweils fachlich zugeordnet werden und die bereits über die weitere Behandlung eines Legislativvorschlages entscheiden können. Über diesen Vizepräsidenten steht der „Erste Vizepräsident“, der niederländische Juncker-Vertraute Frans Timmermans, der sogar ein Vetorecht gegenüber den von den Vizepräsidenten für gut befundenen Vorschlägen hat.

Für erhebliche Unruhe bei den Umweltverbänden, aber auch bei Umweltpolitikern, sorgte dabei vor allem die Tatsache, dass Timmermans Portfolio unter anderem den Bürokratieabbau als Schwerpunkt enthält. Allein schon aufgrund dieser Konstruktion könnte dies eine mögliche Blockade jeglicher neuer Initiativen für bessere Rechtsinstrumente zum Schutz der Umwelt bedeuten. Auch die von Juncker selbst im Europawahlkampf und in seinem Neustartpapier geforderte höhere Transparenz und Demokratisierung von EU-Entscheidungen sind in Gefahr: Vorschläge des Europäischen Parlamentes, also der Vertretung der Wählerinnen und Wähler unter den EU-Institutionen, etwa für neue Rechtsakte oder EU-Strategien wie das neue 7. Umweltaktionsprogramm (7. UAP), wurden bisher im Kollegialor-

gan der Kommissare weiter behandelt. In Zukunft könnten solche Initiativen schon auf Ebene der Vizepräsidenten, spätestens aber beim „Obervizepräsidenten“ Timmermans im Keim erstickt werden, bevor eine demokratische Diskussion überhaupt erst losgeht.

Bereits am 11. September protestierten daher die großen zehn europäischen Umweltverbände (Green 10), koordiniert von BirdLife Europa, dem Dachverband des NABU, in einem offenen Brief an Juncker gegen diese Pläne. Die Umweltverbände, die EU-weit immerhin über 20 Millionen Mitglieder und Unterstützerinnen und Unterstützer vertreten, kritisierten, dass die geplante Struktur der neuen Kommission, die Arbeitsaufträge an die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Auswahl der Kommissarinnen und Kommissare eine massive Herabstufung des Klima- und Umweltschutzes sowie des Schutzes des europäischen Naturerbes darstellen.

### EU-weit formiert sich Protest

Aufgrund des Drucks der Green 10, aber auch vieler Europaabgeordneter und des Parlamentspräsidenten Martin Schulz hat Juncker im November tatsächlich noch die Arbeitsaufträge von Timmermans, Karmenu Vella und Manuel Cañete nachgebessert. Bei Timmermans wurde die „horizontale Verantwortung für nachhaltige Entwicklung und die Kohärenz aller künftigen Vorschläge mit diesem in den EU-Verträgen und der Grundrechte-Charta verankerten Prinzip“ ergänzt, bei Vella und Cañete die entsprechende Zusammenarbeit zum Ersten Vizepräsidenten. Zuvor waren weder das in den EU-Verträgen und in der Europa-2020-Strategie verankerte Grundprinzip der nachhaltigen Entwicklung noch das erst 2013 vom Europäischen Parlament und Ministerrat verabschiedete 7. Umweltaktionsprogramm (7. UAP) in den Ressortzuständigkeiten der geplanten Vizepräsidenten der Kommission oder im Arbeitsauftrag des designierten Umweltkommissars verankert gewesen. Durch die von Juncker geplante Zusammenlegung von Themen auf nur noch 20 Fachkommis-

sare soll es nach über 25 Jahren erstmals keinen eigenständigen Umweltkommissar mehr geben. Vella, der Nachfolger von Janez Potočnik, soll für Umwelt, Fischerei und marine Angelegenheiten zuständig sein. Auch das erst 2009 vom Parlament geforderte Amt einer Klimakommissarin, das nach dem peinlichen Auftritt der EU auf der internationalen Klimakonferenz in Kopenhagen durchgesetzt wurde, wird es nicht mehr geben. Stattdessen sollte auf Junckers Vorschlag Miguel Arias Cañete, den wir nicht nur als Verfechter der Olivenölkännchen kennen, Kommissar für Klima und Energie werden.

Die Abgeordneten rangen Karmenu Vella ein klares Bekenntnis ab, sich vorrangig am 7. Umweltaktionsprogramm mit seinen Schwerpunkten wie bessere Umsetzung des vorhandenen Umweltschutzes, bessere Kontrolle der Umsetzung in den Mitgliedstaaten sowie Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Luftqualität und des Schutzes von Böden zu orientieren. Zudem verlangten die Abgeordneten, dass Kommissionspräsident Juncker das 7. UAP im Portfolio von Vella und das Nachhaltigkeitsprinzip im Arbeitsauftrag des designierten Vizepräsidenten Jyrki Katainen (Finnland) verankert, bevor das Parlament der neuen Kommission am 22. Oktober seine Zustimmung erteilen würde.

### Kandidaten reagieren auf Kritik

Der besonders umstrittene Kandidat für das Amt des Klima- und Energiekommissars Cañete, gegen den in einer Onlinepetition über 550.000 Menschen protestiert hatten, stieß vor der Anhörung am 1. Oktober seine Anteile an Ölfirmen ab. Dies sowie seine Zusagen, sich engagiert für den Klimaschutz einzusetzen, genügte den Konservativen im Parlament, „ihren“ Kandidaten zu bestätigen, obwohl sich Cañete in der Anhörung unter anderem für Atomenergie und Fracking ausgesprochen hatte.

Mitte Oktober wurde bekannt, dass später zwar die neue slowenische Kandidatin Violeta Bulc im Verkehrsausschuss und der slowakische Kandidat Maroš Šefčovič wegen seiner neuen Zuständigkeit für die

Energieunion im Industrie- und Umweltausschuss angehört werden sollen. Allerdings sei die Aufgabenteilung zwischen Šefčovič und dem inzwischen auch für das Thema Klima zuständigen designierten obersten Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, und Cañete ungeklärt. Auch zur vom EU-Parlament geforderten Verankerung der Nachhaltigkeit bei Timmermans und des 7. UAP bei Vella gab es keine schriftlichen Belege. Führende Sozialdemokraten versuchten die Verbände zu beruhigen, sie vertrauten darauf, dass Juncker und seine Kommissare die genannten Prinzipien und EU-Strategien auch ohne schriftliche Ergänzungen in den Portfolios beachten würden. Da Vertrauen gut ist, schriftliche Belege aber besser sind, appellierten die Green 10 noch einmal in einem offenen Brief an Juncker und Schulz sowie an die Vorsitzenden der beiden großen Fraktionen, die ungeklärten Punkte bis zur Bestätigung der künftigen Kommission am 22. Oktober nachzubessern.

### Resultate und Ausblick

Bei seiner zweiten Anhörung wurde Maroš Šefčovič für sein neues Amt als Vizepräsident der EU-Kommission für die Energieunion bestätigt. Und das, obwohl er den Abgeordneten weder erklären konnte, was eigentlich die Ziele dieser Energieunion sein sollen, noch wie kommissionsintern die Zuständigkeiten zwischen Timmermans, ihm und Cañete aufgeteilt werden sollen, etwa bei den internationalen Klimaverhandlungen. Vellas Mandat wurde bis heute nicht von Juncker überarbeitet, es bleibt seine Zusage in der Anhörung, die Umsetzung des 7. UAP habe oberste Priorität für ihn. Der designierte oberste Vizepräsident der künftigen Kommission, Frans Timmermans, betonte in seiner Anhörung: „Better regulation is not deregulation and cannot be obtained at the expense of social nor environmental protection.“ (Bessere Rechtsetzung heißt nicht Deregulierung. Und sie kann weder auf Kosten sozialer Sicherheit noch des Umweltschutzes erreicht werden.)

Und Juncker? Er stellte in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 22.

Oktober immerhin klar: „Ich habe ferner beschlossen, den Zuständigkeitsbereich von Frans Timmermans auszuweiten und ihm auch horizontal die Verantwortung für nachhaltige Entwicklung zu übertragen. Wie Sie wissen, ist die nachhaltige Entwicklung ein in den europäischen Verträgen verankerter Grundsatz (Artikel 3 EUV) und sollte damit von allen Organen bei all ihren Maßnahmen und Politiken berücksichtigt werden. Sie ist ebenfalls Teil der Charta der Grundrechte der EU, für die Frans die horizontale Zuständigkeit besitzt. Nachhaltigkeit und ökologische Belange sind unseren Bürgerinnen und Bürgern wichtig. Mit großen grünen Ressorts, die über hohe Budgets und knallharte Regulierungskompetenzen verfügen, besitzt die neue Kommission die Instrumente, um sich ihrer anzunehmen.“ In den kommenden fünf Jahren wird sich die neue EU-Kommission an diesen Versprechen messen lassen müssen. Ebenso das Europäische Parlament, das sich auf dieses Experiment mit Versprechen statt schriftlicher Zusagen eingelassen hat.

### Links und weitere Informationen

- Junckers Schwerpunkte: [www.ec.europa.eu/news/eu\\_explained/140715\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/news/eu_explained/140715_de.htm)
- Junckers Arbeitsaufträge: [www.ec.europa.eu/about/juncker-commission/mission/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/about/juncker-commission/mission/index_en.htm)
- Junckers Rede vor dem Parlament: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: SPEECH-14-705)
- Kreiser, Konstantin (2014): Vom Green New Deal bis REFIT. Umwelt aktuell, Heft 10, S. 6–7
- Mayr, Claus (2014): Neue EU-Kommission vorgestellt – jetzt ist das Parlament gefragt! Naturschutz und Landschaftsplanung 46, Heft 10, S. 294.
- Mayr, Claus (2014): Tauziehen um die Juncker-Kommission: Parteienproporz vor Umweltschutz? Naturschutz und Landschaftsplanung 46, Heft 11, S. 326.

Claus Mayr ist über 20 Jahre lang hauptberuflich für den NABU-Bundesverband tätig. Seit 2007 arbeitet er für den NABU als Direktor für Europapolitik in Brüssel.



Kontakt:  
Tel. +32 2 2800830,  
E-Mail: [claus.mayr@nabu.de](mailto:claus.mayr@nabu.de),  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## Umweltpolitik

# Neue EU-Kommission, neues Glück?

Blick auf Naturschutz und Landwirtschaft: Deregulierung oder bessere Umsetzung?

**Was bleibt am Ende übrig von der Reform der EU-Agrarpolitik? Was bedeutet die Zusammenlegung der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie? Schaffen es die zuständigen Kommissare, über die Wirtschaftsorientierung hinaus Akzente zu setzen? Der neue EU-Agrarkommissar Phil Hogan war zuvor Umweltminister in der irischen Regierung. Den Umweltbereich übernimmt künftig Karmenu Vella aus Malta. ■ VON MAGNUS J. K. WESSEL, BUND**

Die klare Ausrichtung auf eine stärkere Marktpositionierung, auf das Ziel „Beitrag zum Jobmotor EU“ und auf die Entschlackung der Verwaltungsprozesse ist in allen Arbeitsaufträgen an die neuen EU-Kommissare Programm. Die sogenannten Mission Letters des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker definieren nicht nur wichtige inhaltliche Prioritäten, sondern ordnen die Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, genauso wie Umwelt, Fischerei und maritime Angelegenheiten, in den Kontext der Deregulierungsbemühungen und der wirtschaftlichen Ziele der EU ein.

Juncker schafft mit den Vizepräsidenten eine neue Ebene, die thematische und strategische Ziele koordinieren soll und die Entscheidungshoheit über neue EU-Initiativen bekommt. Er betont zugleich, wie wichtig es sei, sich auf die effektive Umsetzung und auf Kontrollmöglichkeiten bestehender Maßnahmen zu konzentrieren. Der neue Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ist in der Folge dem Vizepräsidenten für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit sowie dem Vizepräsidenten für die Energieunion zugeordnet. In Sonderfällen untersteht er auch dem Vizepräsidenten für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit. Gleiches gilt für den Kommissar für Umwelt, Fischerei und maritime Angelegenheiten.

### Schwerpunkt der Agrarpolitik: Wachstum

In den Arbeitsaufträgen für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) stehen als Kernpunkte die Nahrungssicherheit und das Wirtschaftswachstum. Auch hier heißt

die Devise: Vereinfachung und Flexibilisierung der Instrumente der GAP. Phil Hogan betonte in seiner Antrittsrede, der Agrarsektor müsse modern, marktorientiert und wissenschaftsbasiert sein und die GAP solle Stabilität und praktische Lösungen für die Landwirte bringen. Nach einem Jahr Erfahrung mit der GAP-Reform will sich der Kommissar dann ein Bild davon machen, ob die EU-Agrarpolitik für die Praxis richtig konzipiert ist, insbesondere hinsichtlich der Direktzahlungen. Ergebe sich hier Verbesserungsbedarf, so werde er prüfen, welche Änderungen die GAP einfacher und effizienter machen könnten. Das Gleiche gelte auch für das Greening, mit dem die Landwirte einen Umweltbeitrag leisten sollen. Ein klares Bekenntnis zur Verminderung der volkswirtschaftlichen Schäden durch die industrielle Landwirtschaft? Fehlanzeige.

Innerhalb der ersten zwölf Monate soll auch das Potenzial für weitere Vereinfachungen bei den Direktzahlungen und insbesondere beim Greening untersucht werden. Was darunter zu verstehen ist, bleibt weitestgehend unklar. Sicher ist eine Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens bis 2016, um den Schwerpunkt der GAP auf das Schaffen von Arbeitsplätzen, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten. Dass dadurch die vereinbarten Umweltziele der EU konterkariert werden, ist offensichtlich. Dabei ist die Stärkung extensiver landwirtschaftlicher Nutzung zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft dringend notwendig. Denn neue Studien zeigen, dass vor allem die intensive Landwirtschaft in Europa in den letzten 30 Jahren zum Verlust von mehr als 400 Millionen Singvögeln geführt hat.

Jenseits des klar formulierten Wachstums- und Deregulierungsauftrags scheinen sich im neuen Portfolio der Landwirtschaft jedoch auch Chancen für Natur- und Umweltschutz abzuzeichnen.

### Wo liegen die Chancen?

Erfreulich ist das klare Bekenntnis, im Bereich Landwirtschaft durch die Steigerung der Energieeffizienz und die Verringerung der Emissionen einen Beitrag zu den Klimaschutzzielen der EU leisten zu wollen. Die Energieeffizienz müsse gesteigert, die Emissionen hingegen verringert werden, betonte Hogan. Eine intakte Umwelt und Nachhaltigkeit seien Schlüsselbereiche, ohne die Nahrungsmittelproduktion nicht möglich sei. Es bleibt aber die Aufgabe der NGOs und anderer Akteure, dem neuen Kommissar und dem EU-Parlament deutlich zu machen, dass eine klare Abkehr von klimaschädlichen Bewirtschaftungsmethoden notwendig ist. Dazu gehört der Grünlandumbruch, insbesondere auf Niedermoorböden. Die klimarelevanten Maßnahmen des Greenings müssen ab 2017 deutlich gestärkt und die Effizienzfrage muss auch an die landwirtschaftliche Förderpraxis gestellt werden. Die Reduktion der Emissionen im Bereich Landnutzung und Landnutzungsänderungen wird ein radikales Umdenken in der Förderpraxis erfordern.

### Das Portfolio für Umwelt

Auch im Aufgabengebiet des neuen Umwelt- und Fischereikommissars wird die Umweltpolitik in Richtung „Jobmotor“ ausgerichtet. Dabei fällt vor allem der



leichtherzige Angriff auf die Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie auf. Der Auftrag an den neuen Umweltkommissar, die Zusammenlegung und Modernisierung der beiden Richtlinien zu prüfen, kann in diesem Kontext nur Sorgen bereiten. Die Richtlinien sind ein zentraler, erfolgreicher Baustein des europäischen Biodiversitätsschutzes – erste Arten kehren bereits zurück! Gleichzeitig sind sie in der Verwaltungspraxis fest etabliert und bieten die erforderliche Rechtssicherheit für Unternehmen. Die EU braucht die Richtlinien und sie funktionieren – auch in einem hoch industrialisierten Land wie Deutschland. Die Zusammenführung der beiden Richtlinien würde jahrelange Unsicherheiten schaffen und dazu führen, dass die gegenwärtig konstruktive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen

Interessengruppen von erneuten grundlegenden Auseinandersetzungen um den Naturschutz in Europa abgelöst würde.

### Biodiversitätsziele bleiben auf der Strecke

Vergleicht man die Ausrichtung der Portfolios, fällt vor allem auf, dass die übergreifende Bedeutung des 7. Umweltaktionsplans in den Arbeitsaufträgen vollständig ignoriert wird – und zwar entgegen den Forderungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments sowie der Nationalstaaten. Auch bestehende Initiativen, wie die „Grüne Infrastruktur“, finden keine Erwähnung, ganz zu schweigen von einer Verknüpfung mit dem Greening. Damit wird auch deutlich: So werden die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020 nicht erreicht. Die Glaubwürdigkeit eu-

ropäischer Umweltpolitik ist damit auch international ins Wanken geraten. Es wird einige Überzeugungsarbeit und praktische Taten der neuen EU-Kommission brauchen, um das Misstrauen – nicht nur der Nichtregierungsorganisationen – zu zerstreuen und der EU neue Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik zu geben.

Magnus J. K. Wessel ist seit 30 Jahren ehrenamtlich im Naturschutz tätig. Seit 2012 ist er Leiter für Naturschutzpolitik im BUND-Bundesverband.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 27586543,  
E-Mail: magnus.wessel@  
bund.net,  
www.bund.net



## Die politische Führung der Europäischen Kommission

### Kommissionspräsident

Jean-Claude Juncker

### Erster Vizepräsident

Frans Timmermans – bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechtecharta

### Hohe Vertreterin

Federica Mogherini – Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin

### Vizepräsidentin

Kristalina Georgieva – Haushalt und Personal

### Vizepräsident

Andrus Ansip – Digitaler Binnenmarkt

### Vizepräsident

Maroš Šefčovič – Energieunion

### Vizepräsident

Valdis Dombrovskis – Euro und sozialer Dialog

### Vizepräsident

Jyrki Katainen – Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit

### Kommissar

Günther Oettinger – Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

### Kommissar

Johannes Hahn – Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen

### Kommissarin

Cecilia Malmström – Handel

### Kommissar

Neven Mimica – Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

### Kommissar

Miguel Arias Cañete – Klimapolitik und Energie

### Kommissar

Karmenu Vella – Umwelt, Meerespolitik und Fischerei

### Kommissar

Vytenis Andriukaitis – Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

### Kommissar

Dimitris Avramopoulos – Migration, Inneres und Bürgerschaft

### Kommissarin

Marianne Thyssen – Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität

### Kommissar

Pierre Moscovici – Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll

### Kommissar

Phil Hogan – Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

### Kommissar

Jonathan Hill – Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion

### Kommissarin

Violeta Bulc – Verkehr

### Kommissarin

Elżbieta Bieńkowska – Binnenmarkt, Industrie, Unternehmen, KMU

### Kommissarin

Věra Jourová – Justiz, Verbraucher und Gleichstellung

### Kommissar

Tibor Navracsics – Bildung, Kultur, Jugend und Sport

### Kommissarin

Corina Crețu – Regionalpolitik

### Kommissarin

Margrethe Vestager – Wettbewerb

### Kommissar

Carlos Moedas – Forschung, Wissenschaft und Innovation

► [www.ec.europa.eu/commission/2014-2019\\_de](http://www.ec.europa.eu/commission/2014-2019_de)

## Handelspolitik

# Deregulierung durch die Hintertür

Wie durch Handelsabkommen einheitliche Produktstandards gesetzt werden

**Was hat Handelspolitik mit Regulierung zu tun? Auf den ersten Blick nicht viel, aber auf den zweiten Blick lässt sich ein Trend in Brüssel beobachten: Über Handelsabkommen, beispielsweise mit den USA oder Kanada, entstehen völkerrechtlich verbindliche Abmachungen, in denen Standards gesetzt werden. Das ist neu und bedeutet einen weitreichenden Eingriff in die staatliche Souveränität und in demokratische Rechte. ■ VON ALESSA HARTMANN, Forum Umwelt und Entwicklung**

Die Setzung weltweiter Standards ist der wesentliche Grund für die Verhandlungen der Abkommen wie die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA oder das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada. Gegen einheitliche Ladegeräte hat wahrscheinlich niemand etwas. Bei genmodifizierten Lebensmitteln hört die Übereinstimmung aber schon auf. Kein geringerer als der frühere EU-Handelskommissar Karl de Gucht hat die eigentliche Zielsetzung von TTIP auf den Punkt gebracht: „Der große Kampf im Welthandel der Zukunft wird sich um Normen, Standards, Staatshilfen drehen, nicht mehr um Zölle. Wir Europäer müssen globale Standards setzen, damit es nicht andere für uns tun.“ (Süddeutsche Zeitung, 17.01.14)

Im Zentrum der Verhandlungen steht mittelfristig die Harmonisierung von Normen und Standards zwischen der EU und den USA, um diese dann langfristig international durchzusetzen. Das geht aus dem TTIP-Verhandlungsmandat hervor. Die Verhandlungen über TTIP laufen auf Hochtouren und es dringen kaum Informationen nach außen. Aber der CETA-Vertragstext liegt offiziell seit Ende September vor.

## Risiken und Gefahren der regulatorischen Kooperation im CETA-Abkommen

Das CETA-Kapitel zur regulatorischen Kooperation ist vor dem Hintergrund der Position der EU-Kommission zum gleichen Thema in den Verhandlungen über TTIP zu betrachten. Insgesamt bleibt

das Kapitel zur regulatorischen Kooperation im CETA in weiten Teilen recht vage, lässt aber gerade dadurch Spielraum für eine weitreichende Auslegung durch die Europäische Kommission.

Die in dem Kapitel dargelegten Pläne stellen Handelsinteressen über öffentliche Interessen. Als Ziel wird die Beseitigung von Handelshemmnissen für einen verbesserten Wettbewerb und Gewinnmaximierung genannt. Oft sind diese sogenannten Handelshemmnisse aber Regeln und Standards zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Umwelt. Eine stärkere Berücksichtigung dieser Interessen findet wiederum keine Erwähnung.

Ein Kernelement des Kapitels ist die Einrichtung eines neuen Gremiums, des Regulatory Cooperation Forums (RCF). Die Ausgestaltung dieser Institution wird nur sehr schemenhaft beschrieben, klar wird allerdings, dass sie keine eindeutige Rechenschaftspflicht hat und der EU-Kommission somit einen weiten Interpretationsspielraum gewährt. Nachdem nationale Parlamente das Abkommen ratifiziert haben, kann die Kommission dadurch Regulierung und Standardsetzung weiter verändern und ausbauen, ohne die jeweiligen Parlamente noch einmal mit einzubinden.

Die Formulierungen in diesem Kapitel ermöglichen es überdies Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft sich einzumischen: „Die Verhandlungspartner können gemeinsam andere interessierte Parteien zur Teilnahme an den Treffen der RCF einladen.“ Es bleibt offen, wie die Zusammensetzung der „interessierten

Parteien“ sein muss. Das birgt die Gefahr, dass Verbraucher- und Umweltverbände ihre Belange nicht einbringen können und somit außen vor gelassen werden. Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft öffnet der Artikel allerdings Tür und Tor für institutionalisierte Konsultationen.

Darüber hinaus kann der Absatz zu regulatorischer Kooperation gegebenenfalls die Einführung neuer Regulierungen verzögern und verhindern. Zwar wird die Kooperation als „freiwillig“ beschrieben, dennoch müssen die Akteurinnen und Akteure Gründe angeben, wenn sie die Zusammenarbeit verweigern. Dieser Rechenschaftsbeleg bedeutet eine erhöhte Hemmschwelle für Beteiligte, regulatorische Harmonisierung zu verwehren.

Außerdem sollen die EU und Kanada zukünftig Entwürfe über kommende Rechtsakte mit dem Vertragspartner austauschen. Dieser kann somit Anmerkungen und Änderungsvorschläge machen, bevor demokratisch gewählte Parlamente einen Entwurf überhaupt zu Gesicht bekommen.

## Angriff auf das Vorsorgeprinzip zulasten der Umwelt

Einen tatsächlichen Angriff auf das Vorsorgeprinzip bedeutet die Aufforderung an die beiden Vertragspartner, „eine gemeinsame wissenschaftliche Basis zu gründen, falls angebracht“. Dies könnte die bestehende und zukünftige EU-Umweltgesetzgebung schwächen. Schließlich wird das europäische Vorsorgeprinzip von kanadischer und US-amerikanischer

## Weitere Argumente gegen Freihandelsabkommen am Beispiel TTIP

► Seit Sommer 2013 verhandeln die EU und die USA über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. TTIP umfasst unter anderem Chemikalien, Fracking, Gentechnik, Finanzmärkte, Kulturgüter und Lebensmittel. Dabei geht es aber um weit mehr als um kulinarische Vorlieben oder Abneigungen für Produkte wie französischen Rohmilchkäse oder chemisch gereinigtes Geflügel. Kritiker sehen die hohe Lebensmittelqualität und den Verbraucherschutz in der EU in Gefahr. Käme der grenzenlose Warenverkehr, blieben hohe europäische Qualitätsstandards für Nahrungsmittel auf der Strecke, befürchten die Kritikerinnen und Kritiker von TTIPunfairhandelbar.

► **Beispiel Gentechnik:** Im Unterschied zu den USA gibt es in der Europäischen Union das Vorsorgeprinzip, das Konsumenten ein Mindestmaß an Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln durch den Staat garantiert. In den USA regelt das allein der Markt. Beispielsweise gibt es dort keine strengen Zulassungsverfahren und Haftungsregeln für gentechnisch veränderte Pflanzen. Lebensmittel, die Spuren von Gentechnik enthalten, müssen nicht gekennzeichnet werden. Auch wenn die Bundesregierung beteuert sich dafür einzusetzen, „dass das Abkommen die hohen EU-Standards in den Bereichen Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz nicht beeinträchtigt“, gibt sie zu: „Bei den Themen Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit kann eine Einigung schwierig werden.“

► **Schiedsgerichte und Konzernklagerecht:** Vor allem die geplanten Schiedsgerichte und Investitionsschutzklauseln sind in der Politik und der Zivilgesellschaft umstritten. Was bedeutet die Investitionsschutzklausel? Ein Konzern kann gegen einen Staat klagen, wenn er seine Profite schwinden sieht, weil beispielsweise die Umweltschutzgesetze zu streng sind. Bekanntestes Beispiel ist die Klage des schwedischen Atomkonzerns Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des deutschen Atomausstiegs. Derzeit stocken die Verhandlungen über die Investitionsschutzklausel. Die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström will im Januar 2015 die Gespräche darüber wieder aufnehmen. Die umstrittenen Schiedsgerichte versucht die EU-Kommission offenbar aus den Verhandlungen herauszuhalten.

Laut dem Völkerrechtler Andreas Fischer-Lescano widersprechen die Schiedsgerichte und der Investitionsschutz dem deutschen Grundgesetz und dem EU-Recht. Vor allem der Investitionsschutz werde nicht wie geplant realisiert werden können, sagte Fischer-Lescano Ende Oktober in einem Medienbericht. Das gelte sowohl für TTIP als auch für CETA. Der Jurist rechnet damit, dass die Verhandlungstexte von TTIP und CETA vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof landen und dort entscheidende Passagen gestrichen werden.

► [www.ttip-unfairhandelbar.de](http://www.ttip-unfairhandelbar.de)

[red]

Lebensmittelschutzgesetzes beschlossen, die bis heute nicht umgesetzt ist.

### Wirtschaft hat Vorrang

Durchschnittlich gibt es fünf Mal mehr Treffen der EU-Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der Industrie statt mit solchen aus Verbraucher- oder Umweltverbänden. Generell entscheidet der zuständige Regulierungsrat auf der Basis von Kosten-Nutzen-Analysen über Handelsbarrieren und Verbraucherschutz. An dieser Stelle werden aber zum Teil Vorteile außer Acht gelassen, die nicht so einfach messbar sind wie zum Beispiel Privatsphäre oder auch die potenzielle Rettung von Menschenleben durch einen neuen Arbeitssicherheitsstandard.

Aus den in den USA gemachten Erfahrungen sollten wir lernen. Es gibt bereits Plattformen, in denen Stakeholder zusammenarbeiten, wenn es um regulatorische Kooperation geht. Dafür sind keine Handelsabkommen nötig, die nur der Förderung des Handels dienen und nicht dem Ausbau von Sicherheitsstandards für den Schutz der Umwelt und der Verbraucherinnen und Verbraucher. Ein Handelsabkommen darf nicht dazu genutzt werden, um über Regeln, Standards und Gesetze zu entscheiden. Dies ist definitiv demokratisch gewählten Parlamenten vorbehalten.

Alessa Hartmann ist Referentin für Internationale Handelspolitik und koordiniert das zivilgesellschaftliche Bündnis TTIPunfairHandelbar.

Seite oftmals als „nicht wissenschaftlich“ kritisiert. Es schützt aber viel stärker die Interessen und die Sicherheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Umwelt, da Hersteller vor der Markteinführung beweisen müssen, dass ihr Produkt nicht umweltschädlich ist. Wer nun meint, dies sei Panikmache und Schwarzmalerei, der sollte in die USA blicken, die

schon jahrelange Erfahrungen mit sogenannten Regulierungsräten haben. Es zeigt sich, dass es dadurch zu oft jahrelangen Verzögerungen von Regulierungen zum Schutz von Umwelt und Verbraucherinnen und Verbrauchern kommt, oder dass viele Gesetzesvorhaben in der Schublade verschwinden. So wurde zum Beispiel vor über drei Jahren die Modernisierung des

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 6781775-93,  
E-Mail:  
[hartmann@forumue.de](mailto:hartmann@forumue.de),  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)



## „Das Nadelöhr ist der erste Vizepräsident Timmermans“

Intelligent, nachhaltig und integrativ soll die Wirtschaft in Europa wachsen. So steht es in der Strategie Europa 2020, mit der die Europäische Union Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise sucht. Seit Verabschiedung der Strategie im Sommer 2010 werden vor allem die Wünsche der Industrie erfüllt und vermeintliche Wirtschaftshindernisse abgebaut. Das geht auf Kosten der Umwelt, der Demokratie, der Transparenz und der Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU, findet die Leiterin der EU-Koordination des DNR und Vizepräsidentin des EEB Bjela Vossen.

### umwelt aktuell: Gibt es schon Ergebnisse der Konsultation zur Halbzeitbewertung der Strategie Europa 2020?

Das dauerte bis Ende Oktober, insofern gibt es noch keine Ergebnisse.

### Wo sehen Sie bei der neuen EU-Kommission die Bürgernähe, die im Lissabonvertrag steht?

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat das versprochen, dass es transparenter und bürgernäher sein soll, aber bisher sehe ich das noch nicht wirklich.

### Warum nicht?

Allein, wenn das Parlament die Kommission aufruft, aktiv zu werden, in einer bestimmten Frage, muss dies erst in den Generaldirektionen, bei den zuständigen Fachkommissaren Zustimmung finden. Und selbst wenn die Fachkommissare es für wichtig erachten, müssen die das eben mit den Vizepräsidenten klären, die eine Stufe höher gestellt sind, und das Nadelöhr ist der erste Vizepräsident Frans Timmermans. Er kann entscheiden, ob das Anliegen überhaupt auf die Agenda kommt. Glücklicherweise hat er selbst jetzt Nachhaltigkeit auf seiner Agenda, aber ansonsten ist sie gleichbedeutend mit: Deregulierung, bessere Rechtsetzung. Und wenn er ein Thema nicht für wichtig erachtet, kann das im Keim erstickt werden.

### Gerade das Amt von Frans Timmermans steht in der Kritik. Welche Gefahren birgt aus Ihrer Sicht die Machtfülle des Ersten Vizepräsidenten?

Es ist der Superkommissar, und wenn er ein Veto einlegt, zum Beispiel, dass eine neue Gesetzgebung zu Nanotechnologie kommen soll, und er dort interveniert, weil er der Wachhund der Industrie ist, dann kann er – rein hypothetisch gesprochen – verhindern, dass es diese neue Gesetzgebung gibt.

### Welche Rolle soll Ihrer Meinung nach das EU-Parlament vor dem Hintergrund dieser demokratischen Defizite spielen?

Im Grunde genommen hat das EU-Parlament mehr

Macht laut dem Vertrag von Lissabon. So haben die Abgeordneten auch Juncker als Kommissionspräsidenten durchgeboxt. Aber sie dürfen sich diese Macht auch nicht nehmen lassen. Sie sind die gewählten Volksvertreter und die einzigen Volksvertreter und ich habe den Eindruck, dass das EU-Parlament noch nicht wirklich aufgewacht ist. Gerade bei den Verhandlungen über die Handelsabkommen mit den USA und Kanada haben sie diese Funktion. Da ist die einzige Chance, dass das EU-Parlament zum Beispiel die Handelsabkommen ablehnt.

### Was sollen die noch nicht aufgewachten Parlamentarier Ihrer Meinung nach tun?

Sie müssen sich noch mehr als Volksvertreter begreifen, sie müssen ihre Macht auch nutzen und Nein sagen. Bei den Themen wie TTIP und CETA, die wirklich auch die Demokratie aushöhlen können.

### REFIT soll unter anderem Bürokratie abbauen – wie sieht die Bilanz bisher aus?

Bisher sieht es so aus, dass 53 Gesetzgebungsvorschläge zurückgezogen worden sind unter REFIT, darunter der Vorschlag zum Bodenschutz und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten – auf Wunsch der Industrie. Das sehe ich kritisch.

### Hinter dem schönen Begriff Fitness-Check verbirgt sich nicht etwa ein persönlicher Konditionstest, sondern ...

Je nachdem wie ergebnisoffen man das angeht. Ein Fitness-Check ist erst mal nichts Schlimmes und Gesetzgebungen werden immer überprüft. Wenn aber bei einem Fitness-Check nach dem Willen der Industrie geprüft wird, unter der Maßgabe, was die Industrie wünscht, was sie im Red Tape Report gefordert hat, dann ist der Check natürlich nicht gut. Unter REFIT wird zum Beispiel auch nicht die Nachhaltigkeit eines Gesetzesvorschlags geprüft, sondern welche Kosten er für die Industrie bedeutet. Insofern ist dieser Fitness-Check, je nachdem, wie offen er durchgeführt ist, kritisch zu betrachten.

### Wie reagieren die Umweltverbände, allen voran das EEB, auf die kommenden Herausforderungen in der EU?

Die großen europäischen Umweltverbände haben sehr intensiv zusammengearbeitet. Die Green 10 sind ja so strukturiert, dass der Vorsitz alle halbe Jahre wechselt. Jetzt hatte ihn BirdLife und hat da eine sehr gute Arbeit gemacht, auch zusammen mit den Green 10 verschiedene Pressemitteilungen veröffentlicht. Ich glaube, die Green 10 und das EEB haben alles getan, was in ihrer Macht stand.

### Und für die Zukunft?

Die Zukunft wird sich weisen. Die Frage ist, welche Rolle die Umweltpolitik noch in der neuen Agenda der EU-Kommission spielt. Und wie die Kommission mit dem rechtlich verbindlichen 7. Umweltaktionsprogramm umgehen wird. Und was die Umweltverbände dagegen tun können, ist Deregulierungsbestrebungen gerade im Umweltbereich zu stoppen. Die gab es ja auch schon am Ende der Amtszeit der letzten Kommission. Wichtig ist darauf zu achten, dass verschiedene Umweltp Prinzipien in der EU auf keinen Fall aufgeweicht werden: das Vorsorgeprinzip zum Beispiel. Das sollte an oberster Stelle stehen, ebenso wie nachhaltige Entwicklung, das Prinzip eines hohen Schutzniveaus, Vermeidungsprinzip, Schadensbeseitigung durch das Ursprungsprinzip und das Verursacherprinzip.

[Interview: Marion Busch]

Bjela Vossen ist seit 2010 Leiterin der EU-Koordination des DNR. Im vergangenen Jahr wurde sie zur Vizepräsidentin des EEB gewählt.

Tel. +49 (0)30 / 6781775-85, E-Mail: bjela.vossen@dnr.de, www.dnr.de, www.eu-koordination.de



## DNR INTERN

## Workshop

## Veganer Schokokuchen und Einweckgemüse

■ Am 7. Dezember findet im Mehrgenerationenhaus „Wassertor“ in Berlin-Kreuzberg ein Skill-Sharing-Workshop für Jung und Alt statt. Veranstalter des generationenübergreifenden Koch- und Ernährungsideenaustauschs sind der DNR und der BUND Brandenburg. Es wird zwei Vorträge über die Vor- und Nachteile veganer Ernährungsweise, den Zusammenhang zwischen Konsumverhalten und Umweltschutz sowie über Lebensmittel und Gesundheit geben.

Danach haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, verschiedene Rezepte und Verarbeitungsweisen auszuprobieren – ob veganer Schokokuchen oder das Einwecken regionaler und saisonaler Früchte. Gemeinsam darf gebacken und gekocht werden. Aus ökologischer Sicht ist das Thema Ernährung eines der wichtigsten – vor allem was den Klimawandel, Lebensraum und die Natur betrifft. Mit dem Ess- und Konsumverhalten haben Verbraucherinnen und Verbraucher es in der Hand, wie sehr sie zur Zerstörung der Umwelt beziehungsweise zu deren Erhaltung beitragen. Daher ist es wichtig, für bewusstes und nachhaltiges Konsumverhalten zu sensibilisieren. Gerade die junge und die ältere Generation können hier viel voneinander lernen. So kennen die Älteren sich noch mit Ernährungsweisen aus, die sich an lokalen und regionalen Gegebenheiten orientieren mussten und keine Plastikverpackungen oder Fertiggerichte kannten. In der jungen Generation hingegen stehen klima- und umweltschonende Ernährungsweisen wie Vegetarismus und Veganismus hoch im Kurs. [mbu]

- ▶ Skill-Sharing-Workshop zwischen Alt und Jung, 7. Dezember, 10.30 – 13.30, Mehrgenerationenhaus „Wassertor“, Kiezstube, Bergfriedstraße 24, 10969 Berlin-Kreuzberg
- ▶ [www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de)

## AUS DEN VERBÄNDEN

## Portraitserie

## Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

### NaturFreunde Deutschlands

Der sozial-ökologische und gesellschaftspolitisch aktive Freizeitverband NaturFreunde wurde 1895 in Wien von österreichischen Sozialisten gegründet. Inzwischen hat er etwa 500.000 Mitglieder in 21 Ländern. Die rund 75.000 Mitglieder der NaturFreunde Deutschlands setzen sich in 630 Ortsgruppen für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur ein. Dabei orientieren sie sich an den Idealen des demokratischen Sozialismus und der Nachhaltigkeit.

Teil des gelebten sanften Tourismus sind die fast 1.000 Naturfreundehäuser. Mehr als 400 davon gibt es in Deutschland. Dort stehen jedem günstige Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung, häufig sogar in Naturschutzgebieten. Außerdem bieten die NaturFreunde Deutschlands Reise- und Seminarangebote und sportliche Ausbildungsgänge an. Dem Dachverband NaturFreunde Internationale gehören heute rund 40 Mitgliedsorganisationen an. [as]

- ▶ NaturFreunde Deutschlands, Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur, Bundesvorsitzender Michael Müller, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 297732-60, E-Mail: [info@naturfreunde.de](mailto:info@naturfreunde.de), [www.naturfreunde.de](http://www.naturfreunde.de)

### Naturland – Verband für ökologischen Landbau

Naturland ist ein 1982 gegründeter gemeinnütziger und basisdemokratischer Bauernverband und eine weltweit wichtige Ökolandbauorganisation. Mit über

43.000 Bauern auf der ganzen Welt fördert er den ökologischen Landbau sowohl in der Lebensmittelproduktion als auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel ökologische Waldnutzung, Textilherstellung und Kosmetik. Als Pionier der ökologischen Lebensmittelwirtschaft verknüpft Naturland Tradition und Moderne sowie Erfahrungen mit Mut zu Neuem. Dabei gehen die Naturlandstandards über den Biostandard hinaus. Mit Ökokompetenz und sozialer Verantwortung werden Arbeitsplätze gesichert und die Umwelt geschont. Dafür hat Naturland sogar ein eigenes Qualitätssicherungssystem. Zudem leistet der Verband in vielen internationalen Gremien Politik- und Lobbyarbeit und ist Mitglied in einigen Netzwerken und Organisationen. [as]

- ▶ Naturland, Verband für ökologischen Landbau, Geschäftsführer Steffen Reese, Gräfelfing, Tel. +49 (0)89 / 898082-0, E-Mail: [naturland@naturland.de](mailto:naturland@naturland.de), [www.naturland.de](http://www.naturland.de)

### Naturschutzbund Deutschland – NABU

Der Naturschutzbund Deutschland wurde 1899 als Bund für Vogelschutz (BfV) gegründet und im Jahr 1990 umbenannt. Der NABU will der Naturzerstörung Einhalt gebieten, damit auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an Ressourcen verfügt. Dafür realisiert NABU konkrete Naturschutzprojekte, beteiligt sich an behördlichen Naturschutzverfahren, unterhält eigene Forschungsinstitute, betreibt Umweltbildung und informiert über wichtige Themen im Umwelt- und Naturschutz. Der Verband hat bundesweit mehr als 540.000 Mitglieder und Förderer. Er ist im Bundesverband, 15 NABU-Landesverbänden, einem Partnerverband in Bayern und 2.000 lokalen Kreisverbänden und Gruppen organisiert. [jb]

- ▶ Naturschutzbund Deutschland, Präsident Olaf Tschimpke, Charitéstraße 3, 10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, E-Mail: [nabu@nabu.de](mailto:nabu@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

Green Budget Europe

## Für eine umweltverträgliche Steuerpolitik

■ Anfang November hat sich in Brüssel Green Budget Europe (GBE) gegründet. Unter der Leitung von James Nix will die neue Organisation eine umweltverträgliche Steuerpolitik und die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen in Europa fördern. Die Vision des europäischen Expertennetzwerks ist eine gerechtere Gesellschaft, wo die Preise die ökologischen und sozialen Konsequenzen widerspiegeln und die Verursacher jetzt bezahlen, anstatt den kommenden Generationen die Rechnungen zu stellen. GBE setzt sich für die Verschiebung der Steuerlast von Arbeit auf umweltbezogene Steuern wie Steuern für Energie- und Ressourcenverbrauch, die Angleichung öffentlicher Ausgaben mit Nachhaltigkeitszielen und die Verringerung umweltschädlicher Subventionen ein. Gründungsmitglieder des GBE sind das Europäische Umweltbüro, Transport & Environment, die Finnish Association for Nature Conservation, die Clean Air Action Group und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, welches das GBE ursprünglich als Projekt geleitet hat. [as]

- [www.kurzlink.de/eeb-greenbudget2014](http://www.kurzlink.de/eeb-greenbudget2014)
- Green Budget Europe, James Nix, Brüssel, Tel. +32 (2) / 5885760, E-Mail: [info@green-budget.eu](mailto:info@green-budget.eu)

### EHRENAMT

Stiftungen

## Gutachten zu „Transparenz im Dritten Sektor“ vorgestellt

■ Mitte November hat das Bündnis für Gemeinnützigkeit die von ihm angeregte und finanzierte wissenschaftliche Bestandsaufnahme zu Transparenz im Dritten Sektor vorgestellt. Die Studie enthält einen statistischen Teil, der umfassend über die

diversen Erscheinungsformen gemeinnütziger Organisationen im Dritten Sektor informiert. Wesentliche Erkenntnis ist die ausgeprägte Heterogenität des Dritten Sektors, die am Beispiel verschiedener Aspekte wie Rechtsformen, Tätigkeitsbereiche, Beschäftigte oder Umsätze belegt wird.

Im zweiten rechtswissenschaftlichen Teil werden die bereits heute existierenden vielfältigen und sehr unterschiedlichen Anforderungen an Transparenz und Publizität dargelegt. Dabei werden sowohl gesetzliche Vorgaben, als auch verschiedene Formen von Selbstverpflichtungen beschrieben. Das Gutachten füllt eine Forschungslücke, die bisher eine rationale Beschäftigung mit dem Thema Transparenz im Dritten Sektor erheblich erschwert oder unmöglich gemacht hat. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit hat nun eine Grundlage dafür, die Debatte um mögliche Regelungen auf eine neue Ebene zu heben. Welche Schlussfolgerungen aus den erarbeiteten Fakten zu ziehen sind, wird das Bündnis in seiner Klausurtagung Anfang 2015 beraten. [mbu]

- [www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org](http://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org)

Gemeinnützigkeit

## Attac zu politisch?

■ Das Finanzamt Frankfurt/Main hat der globalisierungskritischen Organisation Attac den Status der Gemeinnützigkeit rückwirkend bis 2010 aberkannt. Da die Einnahmen von Attac im Wesentlichen Spenden sind, ist das Weiterbestehen der Organisation in Gefahr. Das Finanzamt begründet seine Entscheidung damit, dass die Aktivitäten von Attac nicht umfassend gemeinnützig, sondern zu politisch seien. Grundlage dafür ist der Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO, Punkt 15, § 52).

Sven Giegold, Grünen-Abgeordneter im Europaparlament, forderte, „das Gemeinnützigkeitsrecht so zu modernisieren, dass klar wird: Der Staat unterstützt das gemeinwohlorientierte Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger, auch wenn es für die Politik unbequem ist.“ Nach Angaben von Attac sieht das Bundesfinanzministeri-

um keinen Handlungsbedarf. Die Antiglobalisierungsorganisation hat angekündigt, den Rechtsweg zu beschreiten. [mbu]

- [www.kurzlink.de/attac-gemeinnutz2014](http://www.kurzlink.de/attac-gemeinnutz2014)

### PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

B.A.U.M.-Umweltpreis

## Ressourcen schonen im Büroalltag

■ In Deutschland arbeiten rund 17 Millionen Menschen an Büroarbeitsplätzen. Ressourcenschonendes Verhalten und die Beachtung von Umweltaspekten bei der Büroeinrichtung und Materialbeschaffung haben große Auswirkungen auf die Umwelt. Der seit 2008 vergebene Preis „Büro & Umwelt“ zeichnet Unternehmen aus, die hier vorbildlich agieren. Dieses Jahr hat Barclaycard mit Sitz in Hamburg den zweiten Platz in der Kategorie „Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern“ erhalten. Insgesamt haben 36 Unternehmen teilgenommen. Von der Nutzung von Lichtsensoren über ein papierloses Webkonzept bis hin zur Veranstaltung einer jährlichen Umweltwoche führt das Unternehmen vielfältige Maßnahmen durch, um die Umwelt zu schonen. Zudem sammelt Barclaycard jährlich den sogenannten Carbonfußabdruck. Dieser misst die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die das Unternehmen produziert.

Der Carbonfußabdruck wird dann vom Mutterkonzern neutralisiert, indem zum Beispiel in erneuerbare Energien oder andere klimafreundliche Maßnahmen investiert wird. In Kenia unterstützt Barclays etwa die Initiative Kasigau Corridor REDD, die sich gegen Abholzung und für ein wertvolles Ökosystem sowie nachhaltige, lokale Entwicklung einsetzt. [mbu]

- Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management, Hamburg, Tel. +49 (0)40 /49 0711-00, Fax -99, E-Mail: [info@baumev.de](mailto:info@baumev.de), [www.baumev.de](http://www.baumev.de)

BundesUmweltWettbewerb**Kreative Nachhaltigkeitsideen gefragt**

■ Unter dem Motto „Vom Wissen zum nachhaltigen Handeln“ ruft das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik junge Menschen auf, am 25. BundesUmweltWettbewerb teilzunehmen. Umwelrelevante Themen sollen untersucht und Vorschläge zur Lösung von Umweltproblemen erbracht werden. Möglich sind Projekte aus den Bereichen Wissenschaft, Umwelttechnik, Umweltbildung und Medien. Zu gewinnen gibt es Geld- und Sachpreise im Wert von insgesamt etwa 25.000 Euro. Zudem können PreisträgerInnen für Begabtenförderungen vorgeschlagen oder zur internationalen UmweltProjektOlympiade INEPO nach Istanbul geschickt werden. Die Heinz Sielmann Stiftung vergibt außerdem den Jahressonderpreis CAMäleon für die besten Jugendnaturfilme. Bis zum 15. März 2015 können sich Interessierte zwischen 10 und 20 Jahren anmelden. Gefördert wird der BundesUmweltWettbewerb vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. [as]

► BundesUmweltWettbewerb, Dr. Marc Eckhardt, Kiel, Tel. +49 (0)431 / 880-1610, Fax -2633, E-Mail: buw@ipn.uni-kiel.de, www.ipn.uni-kiel.de

Deutscher Umweltpreis 2015**Casting hat begonnen**

■ Die Kandidatensuche für den unabhängigen Deutschen Umweltpreis hat begonnen. Bis zum 15. Februar 2015 haben rund 130 Institutionen – darunter Forschungs- und Naturschutzeinrichtungen, Arbeitgeber- und Branchenverbände sowie Gewerkschaften, Kirchen und Medien – die Möglichkeit, ihre Favoriten für die Auszeichnung vorzuschlagen. Der mit 500.000 Euro höchstdotierte Umweltpreis Europas würdigt Leistungen von Persönlichkeiten, die vorbildlich zum Schutz der Umwelt beigetragen haben oder dies immer noch tun.

Die Empfehlungen werden dann einer unabhängigen und hochkarätigen 16-köpfigen Expertenjury aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft vorgelegt. Anschließend trifft das DBU-Kuratorium auf Basis des Juryvotums die endgültige Wahl und benennt die Preisträger. „Ob mittelständische Unternehmer oder Wissenschaftler – mit dem Preis zeichnen wir Persönlichkeiten aus, die sich mit ihren innovativen Projekten, Maßnahmen oder Lebensleistungen vorbildlich für den Schutz der Umwelt eingesetzt haben oder einsetzen“, sagte Franz-Georg Elpers von der DBU. Mit dem bisher nur dreimal vergebenen Ehrenpreis hatte die DBU dieses Jahr den Ehrenpräsidenten des DNR Hu-

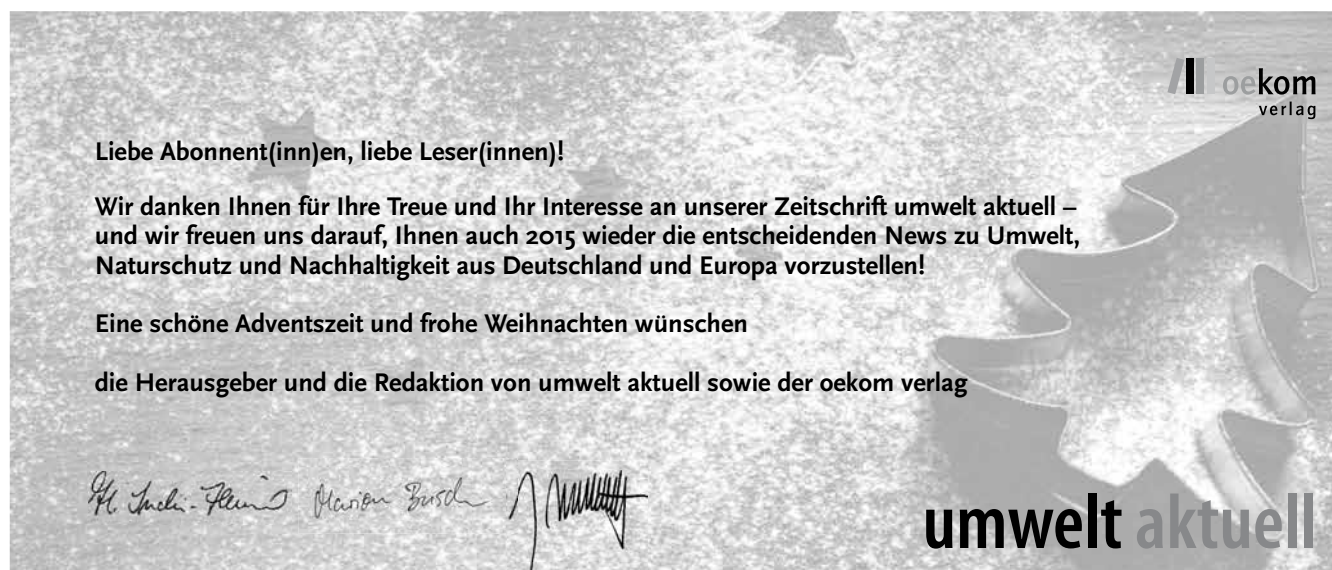
bert Weinzierl für sein lebenslanges Naturschutzengagement geehrt. [mbu]

► [www.dbu.de/umweltpreis](http://www.dbu.de/umweltpreis)

Jugendtierschutzpreis**Herausforderung für junge Menschen**

■ Alle zwei Jahre verleiht die Akademie für Tierschutz des Deutschen Tierschutzbundes den Adolf-Hempel-Jugendtierschutzpreis. Geehrt werden Kinder und Jugendliche, die sich im Tierschutz engagieren und sich für das Wohl der Tiere einsetzen. Schulklassen und Jugendgruppen können bis zum 1. März 2015 ihre Arbeiten und Projekte einreichen, die von Juni 2013 bis Februar 2015 umgesetzt wurden. Bewerben können sich Jugendliche im Alter von 8 bis 20 Jahren, die sich in Gruppen mit mindestens sechs Personen organisiert haben. Der mit 2.500 Euro dotierte Preis ist nach dem Tierschützer Adolf Hempel benannt. Er legte mit seinem Testament den Grundstock für die Errichtung der Akademie für Tierschutz. In seinem Sinn sollen durch den Preis Kinder und Jugendliche für den Tierschutz begeistert werden. [jb]

► [www.jugendtierschutz.de/jugendtierschutzpreis](http://www.jugendtierschutz.de/jugendtierschutzpreis)



**oekom**  
verlag

**Liebe Abonnent(inn)en, liebe Leser(innen)!**

**Wir danken Ihnen für Ihre Treue und Ihr Interesse an unserer Zeitschrift umwelt aktuell – und wir freuen uns darauf, Ihnen auch 2015 wieder die entscheidenden News zu Umwelt, Naturschutz und Nachhaltigkeit aus Deutschland und Europa vorzustellen!**

**Eine schöne Adventszeit und frohe Weihnachten wünschen**

**die Herausgeber und die Redaktion von umwelt aktuell sowie der oekom verlag**

*H. Inche-Flunio Marion Busch*

**umwelt aktuell**

## TERMINE

## DEZEMBER

03.–04.12., Berlin (D)  
**Roundup & Co**  
 – Gefahren für  
 Gesundheit, Umwelt  
 und eine nachhaltige  
 Nahrungsproduktion.

## Tagung

► Agrar Koordination, Brot für die Welt, Heinrich-Böll-Stiftung, Misereor, Pestizid Aktions-Netzwerk, Julia Sivers, Tel. +49 (0)40 / 392526, E-Mail: julia.sievers@agrarkoordination.de, www.db.zs-intern.de/uploads/1411384735-glyphosat.pdf

## 03.–04.12., Tutzing (D)

**Zukunft(s)land – Ländliche Räume entwickeln, ordnen, gestalten.** Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/programm

## 07.12., Berlin (D)

**Skill-Sharing zwischen Alt und Jung.** Workshop

► Deutscher Naturschutzring, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 678177587, E-Mail: Theresa.Klostermeyer@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

## 11.12. Berlin (D)

**Jung und Alt für generationengerechte Quartiere und sozial-ökologisch innovative Wohn- und Lebensformen.** Workshop

► Deutscher Naturschutzring, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 678177587, E-Mail: Theresa.Klostermeyer@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

## 11.12., Bad Wildungen (D)

**10 Jahre Nationalpark Eifel.** Vortrag

► Nationalpark Kellerwald-Edersee, Tel. +49(0) 5621 / 752490, E-Mail: info@nationalpark-kellerwald-edersee.de, www.treffpunktwald.de/contentview.php?cid=35874

## 12.12., Sulzbach an der Murr (D)

**SDW: Weihnachts-Pressetermin.**

Informationsveranstaltung

► Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kreisverband Rems-Murr, Gerhard Strobel, Tel. +49 (0) 7192 / 7339, E-Mail: info@sdw-remm-murr.de,

www.treffpunktwald.de/contentview.php?cid=33450

## 12.–14.12., Rehberg-Loccum (D)

**Interkulturelles und interreligiöses Engagement für den Klima- und Umweltschutz.** Tagung

► Evangelische Akademie Loccum, Sonja Sinsch, Tel. +49 (0)5766 / 81123, E-Mail: sonja.sinsch@evlka.de, www.loccum.de/programm/p1476.html

## 15.–16.12. Bonn (D)

**11. Deutscher Naturschutzrechtstag: Naturschutz und Wasserwirtschaft.** Tagung

► Universität Bonn, Brigitte Flögel, Tel. +49 (0)228 / 739259, E-Mail: irwe@uni-bonn.de, www.irwe.de

## JANUAR

## 03.–06.01, Radolfzell (D)

**39. Naturschutztage am Bodensee.** Tagung

► BUND, NABU, Thomas Körner, Tel. +49 (0)7551 / 67315, E-Mail: service@nabu-bw.de, www.naturschutztage.de

## 17.01., Berlin (D)

**Wir haben es satt! Demonstration**

► Kampagne Meine Landwirtschaft, Tel. +49 (0)30 / 28482438, E-Mail: info@wir-haben-es-satt.de, www.wir-haben-es-satt.de

## 25.01., Duisburg (D)

**Flora und Fauna im Ruhrgebiet.** Tagung

► NABU Ruhr, Biologische Station Westliches Ruhrgebiet, Tel. +49 (0)208 / 4 686090, E-Mail: info@bswr.de, www.bswr.de

## 29.01., Bonn (D)

**Neustart – Bürgerinnen und Bürger für das Klima gewinnen.** Fachtagung

► Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, www.vz-nrw.de/neustart-tagung

## 27.–29.01., Leipzig (D)

**TerraTec – Nachhaltige Lösungen für die Umwelt.** Fachmesse

► TerraTec, Messe Leipzig, Tel. +49 (0)341 / 6788990, E-Mail: info@terratec-leipzig.de, www.terratec-leipzig.de/

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 44

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

## Impressum

umwelt aktuell Dezember 2014/

Januar 2015

ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hieh] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Markus Kutzker [mk], Stefanie Langkamp [sl], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggl [es]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Aylin Sprünken [as], Jurek Brzoska [jb], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

**Schlusskorrektur:** Gottind Blechschmidt, Augsburg.

**Fotos:** DLR (Titel), © Wolfgang Wynands (S. 31), **Grafik/DTP:** Marion Busch, Eric Janáček. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang

**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

**Anzeigen:** oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.





Die ganze Welt auf einem Acker

## Das 2000 m<sup>2</sup>-Projekt

Gut sieben Milliarden ErdenbürgerInnen teilen sich rund 1,4 Milliarden Hektar Ackerfläche auf diesem Planeten. Das macht pro Kopf etwa 2000 Quadratmeter. Dies ist der einfache Rahmen des 2014 gestarteten Projektes „2000m<sup>2</sup>“ der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und der europäischen Agrarinitiative ARC2020.

□ Auf 40 mal 50 Meter also muss alles wachsen, was ein Mensch an Ackerfrüchten verbraucht – von unserem täglichen Brot und Müsli über Obst und Gemüse und dem Futter für Eier- und Fleischlieferanten bis hin zu Zigaretten, Jeans und sogenanntem Biosprit. Natürlich muss darauf auch all das wachsen, was Käufer, der Supermarkt, die Kantine oder die Gurkenfabrik später wegwerfen. Lediglich Grünfütter für die Tiere wächst zusätzlich auf Weide- und Grünland unterschiedlicher Qualität, vom dem weltweit noch einmal etwas mehr als 4000 Quadratmeter pro Person zur Verfügung stehen.

Mit jedem Einkauf erteilen VerbraucherInnen einen Auftrag an die Landwirtschaft, sind also auch Koproduzenten. Das 2000 m<sup>2</sup>-Projekt macht diese Verbindung symbolisch erfahrbar und regt zur Suche nach besseren, gesünderen, wohlschmeckenderen Lösungen an. Die Teilnehmenden bekommen einen praktischen Zugang zur globalen Nutzung und Verteilung von Ackerland und den damit verbundenen Ressourcen wie Wasser, Energie, Biodiversität, Nährstoffen oder Saatgut. So wird es möglich, ohne viele Worte ökologische, soziale, wirtschaftliche, gesundheitliche und kulinarische Dimensionen des eigenen Verbrauchs von Lebensmitteln und Agrarrohstoffen zu erfassen.

### Das menschliche Maß

Gestartet hat die Zukunftsstiftung Landwirtschaft das 2000 m<sup>2</sup>-Projekt mit einer Webseite und einem Falblatt zum nachhaltigen Umgang mit dem Ackerboden und all seinen Bewohnern. Liebevoll gestaltete Zeichnungen von Annika Huskamp ersparen viele Worte und machen die Inhalte leicht verständlich. Mittler-

weile gibt es die Webseite auf Englisch, Französisch, Polnisch und Rumänisch. Übersetzungen auf Portugiesisch und Chinesisch sind in Arbeit.

### BNE, ERNÄHRUNG UND BIODIVERSITÄT

Im Frühjahr 2014 ging das Projekt in die nächste Phase: Der erste „Kleine Weltacker“ an der Havel wurde angelegt. Er zeigte proportional, womit die 1,4 Milliarden Hektar Ackerland global bestellt sind: über die Hälfte Getreide, nur zehn Prozent Gemüse und Obst. Dazwischen liegen Ölsaaten, Fasern, Erdfrüchte, Zucker, Gewürze und Drogen. Aussaat, Pflege und Ernte waren Anlass für öffentliche Veranstaltungen auf dem Acker. Auf der Webseite und in den sozialen Medien konnte der Fortgang im Lauf des Jahres verfolgt werden.

### Ein Mensch – ein Jahr – ein Acker

Dabei tauchte immer wieder die Frage auf: Wie viel Land verbrauche ich eigentlich für meine eigene Ernährung? 2015 startet die Zukunftsstiftung Landwirtschaft ihr zweites Berliner Experiment. Öffentlich wird sich ein Mensch ein Jahr lang von dem 2000 m<sup>2</sup>-Weltacker ernähren und dabei noch allerlei Gäste bewirten. Ein wenig Überschuss wird für den Tausch von wichtigen Lebensmitteln produziert, die in Berlin nicht wachsen können – Pfeffer und Kaffee zum Beispiel. Eine Arbeitsgruppe von ExpertInnen und Freiwilligen hat schon mit den Vorbereitungen begonnen; ein Koch und eine Gärtnerin betreuen das Projekt. Die Wintersaat ist bereits in der Erde.

Das Projekt hat im Laufe des ersten Testjahres viel Interesse geweckt bei Medien, Schulen, Initiativen und Bildungseinrichtungen. Das Umweltministerium hat das Projekt zur Eröffnung des UN-Jahres des Bodens 2015 eingeladen. In den nächsten Jahren sollen sich an möglichst vielen verschiedenen Orten weitere 2000 m<sup>2</sup>-Initiativen entwickeln.

Dafür möchten die Organisatoren gerne mit weiteren Schulen, Höfen, Gärten und Universitäten zusammenarbeiten. Auch jenseits der deutschen Grenzen: In Griechenland und Schweden gibt es schon Felder, auch in China soll bald ein Weltacker gedeihen. Auf der Webseite sollen alle Initiativen ihren Acker und verschiedenen Ansätze präsentieren können und darüber miteinander ins Gespräch kommen.

Denn für 2000 m<sup>2</sup> Verantwortung zu übernehmen ist machbar – das ganze Elend dieser Welt auf seine Schultern zu laden, nicht. Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft will entmutigend groß erscheinenden Problemen ein menschliches Maß geben, sie bearbeitbar machen.

Benedikt Haerlin und Luise Körner  
Zukunftsstiftung Landwirtschaft  
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 /  
27590309  
E-Mail: [Carla@2000m2.eu](mailto:Carla@2000m2.eu)

▷ [www.2000m2.eu](http://www.2000m2.eu)  
▷ [www.arc2020.eu](http://www.arc2020.eu)

## 2000 m<sup>2</sup> persönliche Fragen

Das 2000m<sup>2</sup>-Projekt will zu selbstständigen Recherchen anregen. Hier eine kleine Auswahl interessanter Fragen, die sich jeder zu seinem eigenen Acker stellen kann.

### 1. Wovon ernähren wir uns eigentlich?

Das bunte Allerlei der fertigen Gerichte, Endprodukte und Zutaten auf ihre pflanzlichen Grundlagen zu reduzieren, wirft neues Licht auf das, was wir verzehren und verbrauchen. Pro Tag, pro Woche, pro Monat, pro Jahr kommt dabei allerhand zusammen. Wie viel Fläche ist für den Anbau all dieser Lebensmittel erforderlich?

### 2. Wie viele Quadratmeter verbrauche ich und wovon ernähren sich andere?

In Europa verbraucht ein Mensch durchschnittlich etwa 2.700 m<sup>2</sup> Acker, in China sind es dagegen nur etwa 1.000 m<sup>2</sup>. Unterschiedliche Ernährungsweisen wie carnivor, vegetarisch oder vegan gibt es da wie dort, je nach Region sowie Kultur- und Einkommensgruppe.

### 3. Wo liegen meine 2000 m<sup>2</sup>?

Wer den eigenen Speiseplan zurückverfolgt, stellt fest, dass nur ein Teil der Lebens-

mittel in Deutschland angebaut wird. Vieles stammt aus anderen Regionen Europas. Und ein großer Teil ist direkt – wie Kaffee, Kakao, Tee und Früchte – oder indirekt als Rohstoff für Fleisch, Milch, Eier und Spirit in Amerika, Asien und Afrika gewachsen.

### 4. Wie viel Energie steckt in meinen 2000 m<sup>2</sup>? Und wie viel CO<sub>2</sub> speichern sie?

Unterschiedliche Bewirtschaftung führt zu unterschiedlichen Klimabilanzen. Es geht um bio oder konventionell, um Glashaus oder Freiland und natürlich um die weitere Verarbeitung, Transport, Erhitzung, Kühlung und Entsorgung.

### 5. Welche Artenvielfalt lebt auf meinen 2000 m<sup>2</sup>?

Millionen von Lebewesen, vom Wirbeltier bis zu Einzellern beleben die Ackerkrume, machen sie überhaupt erst fruchtbar und helfen so, den Menschen zu ernähren. Das macht die Qualität des Bodens aus.

## ZUM THEMA

### Multimediales Lernen

## Fleisch frisst Land

□ „Was hat mein Wurstbrot mit der Fußball-WM in Brasilien zu tun?“ ist der Titel eines unterhaltsamen Animationsfilms, der die verschiedenen Auswirkungen der Fleischproduktion für SchülerInnen ab der achten Jahrgangsstufe anschaulich darstellt.

Das Unterrichtsmaterial „Schwere Kost für Mutter Erde“ ergänzt den Film und hilft, in Gruppenarbeit das Gesehene zu vertiefen und zu diskutieren. Zusätzlich gibt es in einigen Regionen Deutschlands die Möglichkeit, jugendliche MitarbeiterInnen des WWF für die SchülerInnen als Diskussionspartner auf Augenhöhe in den Unterricht einzuladen.

▷ [www.kurzlink.de/fleischfrisstland](http://www.kurzlink.de/fleischfrisstland)

### Kochend Lernen

## Landschaft schmeckt!

□ Die Sarah Wiener Stiftung bringt mit dem Buch „Landschaft schmeckt. Nachhaltig kochen mit Kindern“ jungen Menschen die regionale und saisonale Küche näher und erklärt dabei, was nachhaltige Ernährung eigentlich bedeutet. Dazu gehören auch gut aufbereitete Informationen darüber, wie Lebensmittel angebaut, geerntet und transportiert werden. Durch Spiele, Experimente und nicht zuletzt das Kochen selbst können Kinder ihren Geschmack und ein Bewusstsein für die Qualität von Lebensmitteln entwickeln. Das Buch vermittelt Eltern, ErzieherInnen und Lehrenden Ideen, um Kindern spielerisch beizubringen, dass Ernährung nicht nur Auswirkungen auf den menschlichen Körper hat, sondern auch auf Boden, Wasser, Tiere und die Menschen in anderen Teilen der Welt.

▷ Sarah Wiener Stiftung (Hrsg): Landschaft schmeckt. Nachhaltig kochen mit Kindern. Beltz, Weinheim 2014, 213 S., 17,95 €, ISBN 978-3-407-75396-0

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

### ANU Bundesverband

## Erfolgreiches Dialogforum

□ Beim Dialogforum Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Oberursel standen Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung wie auch modellhafte Praxisprojekte im Mittelpunkt. Über 100 Expertinnen und Experten aus Bildung, Naturschutz, Politik und Sozialwissenschaften gingen der Frage nach: Wie und was müssen Menschen lernen, um ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und das weltweit? Das Dialogforum war Teil der Umsetzung der nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) und wurde mit finanzieller Förderung des Bundesamts für Naturschutz von der ANU durchgeführt.

Ein erster Bericht zur Tagung ist auf der Homepage der ANU zu lesen. Eine Dokumentation der Tagungsbeiträge folgt.

▷ [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)

**BLICKPUNKT****Die GemüseAckerdemie: Nachhaltig Erkenntnis ernten**

**Wer hat die Tomaten auf der Pizza je als Tomaten wahrgenommen? Oder einen persönlichen Bezug zu diesen Tomaten hergestellt? Das Bildungsprogramm GemüseAckerdemie ermöglicht es SchülerInnen selbst Gemüse anzubauen, das nach der Ernte zum Beispiel an die schuleigene Mensa verkauft werden kann.**

Ob Kartoffeln, Möhren oder Spinat, die meisten Kinder wissen heutzutage, wo unser Gemüse herkommt – aus dem Supermarkt natürlich! Aber wo das Gemüse tatsächlich herkommt und wie es wächst, bevor es in den Supermarktregalen landet, das wissen nur noch die wenigsten. Mit dem Ziel, das Bewusstsein in puncto Nahrungsmittelproduktion sowie gesunder und vor allem wertschätzender Ernährung zu stärken, bietet Ackerdemia als gemeinnütziger Verein das schulbegleitende Bildungsprogramm GemüseAckerdemie an.

Im Rahmen dieses Programms lernen SchülerInnen den Gemüseanbau und die Vermarktung der Ernte kennen. So lernen sie direkt vor ihrer Schultür ganzheitlich die Grundsätze der nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion kennen und wissen regionales Saison Gemüse zu schätzen.

**Kompetenzen pflanzen**

Die GemüseAckerdemie basiert auf vier grundlegenden Prinzipien. Getreu der Devise Learning by Doing steht die praktische Arbeit – graben, gießen, ernten – auf dem SchulAcker im Vordergrund. Soziale Kompetenzen fördert die GemüseAckerdemie mit Hilfe innovativer Lernmethoden und durch intergenerationelles Lernen mit den ehrenamtlichen Mentoren, die den Ackerteams mit Rat und Tat zur Seite stehen. Nicht zuletzt spielt Ganzheitlichkeit eine zentrale Rolle. Die SchülerInnen erleben durch die GemüseAckerdemie die gesamte Wertschöpfungskette der Gemüseproduktion. Am Ende denkt wirklich kein Kind mehr, der Spinat wachse in der Tiefkühltruhe und Kartoffeln gedeihen am Baum.

Um die SchülerInnen noch mehr für das Thema Landwirtschaft begeistern zu können, verbindet die GemüseAckerdemie das Arbeiten auf dem GemüseAcker mit einem interaktiven AckerBlog und AckerSpiel im Internet. Dadurch können die Teams regelmäßig und auf kreative Art und Weise, sei es in Text, Bild oder Film, über den Fortschritt auf ihrem SchulAcker berichten und lernen gleichzeitig den verantwortungsvollen Umgang mit modernen Medien

**Der Erfolg wächst**

In Brandenburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen nahmen in der vergangenen Acker-

saison bereits sechs Schulen mit Begeisterung an der GemüseAckerdemie teil. Sie werden auch im nächsten Jahr neben vielen neuen Schulen ihre schuleigene GemüseAckerdemie anbieten, denn das Konzept hat sich bewährt.

Alles Nötige wie Saat- und Pflanzgut, Anbauplanung, Fachwissen, Lehrmaterialien und koordinative Leistungen stellt die GemüseAckerdemie zur Verfügung und entlastet die LehrerInnen umfassend. Bewirtschaftet werden die Ackerflächen von SchülerInnen zusammen mit AckerMentoren, die für jeweils eine Gemüseparzelle Verantwortung übernehmen. In der Acker Saison von März bis Oktober werden so bis zu 30 verschiedene Gemüsesorten angebaut, die nach der Ernte zum Beispiel an die Schulmensa verkauft und dort weiterverarbeitet werden können. So begleiten die SchülerInnen den kompletten Prozess von der Aussaat über den Verkauf bis hin zu Verarbeitung und Verzehr. Sie wissen, wie viel Arbeit, Fleiß und Mühe sie in das Gemüse investiert haben, wie viel Zeit darin steckt und was man neben einem Samen noch braucht, damit am Ende eine Möhre daraus wird. Kurzum: Sie haben ein Jahr lang die Verantwortung für ihren eigenen SchulAcker übernommen. Mit dem Resultat, dass Genuss und Wertschätzung der Lebensmittel deutlich höher sind, wenn die SchülerInnen wissen, dass die Zutaten ihrer Mahlzeit aus eigenem Anbau stammen. Getreu dem Motto „Ackern schafft Wissen!“ ist es das Ziel der GemüseAckerdemie, der jungen Generation ein Gefühl für den Wert von Nahrungsmitteln zu vermitteln und das Bewusstsein für wertschätzende Ernährung nachhaltig zu stärken.

Blickt man auf die Auszeichnungen, die die GemüseAckerdemie in diesem Jahr erhalten hat, werden sowohl Notwendigkeit als auch Innovationskraft des Projekts sichtbar. Im Juni ehrte Angela Merkel das Programm mit dem startsocial Bundespreis, im Oktober folgte die Auszeichnung der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ zum „Ausgezeichneten Ort“. Für das kommende Jahr werden weiterhin neue Schulen in das Programm der GemüseAckerdemie aufgenommen. Interessierte Schulen, LehrerInnen oder Eltern können sich jederzeit gerne an das Projektteam wenden.

**Hannah Ohmer**  
Ackerdemia e.V.

▷ [info@ackerdemia.de](mailto:info@ackerdemia.de)  
▷ [www.ackerdemia.de](http://www.ackerdemia.de)

Wildnisschule Wildeshausen**Weiterbildung Natur- und Wildnispädagogik**

□ „Verwildern und Wachsen“ ist das Motto der an sieben Wochenenden stattfindenden Weiterbildung auf Basis des Coyote-Mentorings nach Jon Young. Inhalte der Fortbildung sind unter anderem Naturkunde, Fährten und Spuren heimischer

Tiere, Wildnis- und Survivaltechniken, essbare Wildpflanzen, Gruppenleitung und Gemeinschaftsbildung nach den acht Himmelsrichtungen, der natürliche Kreislauf des Lernens und rechtliche Grundlagen der Naturpädagogik. Ort der Weiterbildung ist das Gelände der Wildnisschule Wildeshausen, etwa 30 Kilometer südlich von Bremen gelegen.

▷ [www.wildnisschule.de](http://www.wildnisschule.de)

NaturGut Ophoven**Kooperation in Bewegung**

□ Auf dem Gelände des NaturGut Ophoven in Hamburg lädt ein neuer Bewegungsparcours zum Toben, Klettern und Spielen ein. Initiiert wurde der neue Bewegungsbaustein auf dem Gelände des NaturGuts durch den Förderverein NaturGut Ophoven in Kooperation mit dem Sportstudio FAMILY Fitness. Die beiden Partner

gründeten „OLEO-Fonds für gesunde Ernährung und Bewegung“. Aus den Fondsgeldern sollen unter anderem Präventionskurse für Schulklassen im Themenbereich „Gesunde Ernährung und Bewegung“ auf dem NaturGut Ophoven finanziert werden. Unter dem Motto „Fit und gesund in die Zukunft“ können die SchülerInnen ab jetzt Bewegungsformen wie Balancieren, Springen und Klettern gezielt im Freien an den neuen Geräten einüben. Der Bewegungsparcours besteht aus acht Stationen. Ihre naturnahe Gestaltung soll die Kinder anregen, die gesamte Natur als Spielraum zu betrachten. Die Geräte sind öffentlich zugänglich und können von allen BesucherInnen des Geländes genutzt werden.

▷ [www.naturgut-ophoven.de](http://www.naturgut-ophoven.de)

S.O.F. Save Our Future–Umweltstiftung

## Vorbereitung auf Kita21

□ Auf dieser Fortbildung dreht sich alles um die Realisierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im Kita-Bereich. Die Teilnehmenden erwerben theoretische und praktische Kenntnisse und werden befähigt, das BNE-Konzept im Rahmen ihrer eigenen Bildungsarbeit selbstständig umzusetzen. Es werden erste Ideen für die Gestaltung eigener Bildungsprojekte gesammelt und – ausgehend von Alltagssituationen in den Einrichtungen – Maßnahmen und Methoden für die Umsetzung in der Praxis entwickelt. Tipps zu Literatur und geeigneten Materialien sowie Informationen zur Zusammenarbeit mit Bildungspartnern runden das Programm ab.

▷ [www.save-our-future.de](http://www.save-our-future.de)

WISSENSWERT

Europäischer Gewässerschutz

## Big Jump Challenge

□ Die Jugendkampagne zum Europäischen Flussbadetag geht baden – und das aus gutem Grund: Mit dem europaweit

zeitgleichen Sprung in die heimischen Flüsse und Seen wollen die TeilnehmerInnen den Gewässerschutz in Europa vorantreiben. Wer sich als Team anmeldet, bekommt von den Organisatoren ein Partnerteam zugeteilt, mit dem zusammen der Sprung vorbereitet wird. Bereits online ist die RIVER ACTION TOOLBOX, die sowohl für MultiplikatorInnen als auch für Jugendliche Hintergrundinformationen, weiterführende Tipps zu Öffentlichkeitsarbeit oder Fundraising und Ideen zur Einbettung des Projekts in die schulische oder außerschulische Bildungsarbeit bereithält.

▷ [www.bigjumpchallenge.net](http://www.bigjumpchallenge.net)

Rezension

## Ein Koffer voller Ideen für draußen

□ Das Zusammensuchen von Vorlagen, Spielbeschreibungen und Texten für Naturerlebnisaktionen entfällt mit diesem neuen Handbuch. Zu jeder der vier Jahreszeiten sind hier rund zwölf Ideen gebündelt, mit denen Kinder an Naturphänomene herangeführt und beim Entdecken draußen begleitet werden können. Die Autorinnen Regina Dieck, Grit Jacobasch und Anke Schwanz haben dabei nützliche Vorschläge für Lehrende, Betreuer und Eltern geliefert, um wirklich einmal spontan ein bestimmtes Naturthema mit Grundschulkindern praktisch umsetzen zu können. Bastelanleitungen, zum Beispiel für das Herstellen von Wildkräutersalz, finden dabei ebenso Berücksichtigung, wie Hinweise zum Errichten sinnlicher Naturerlebnisse wie einem Fußfühlpfad.

Empfohlen von J. Plotzki, Mitglied im Vorstandsbeirat der ANU Hamburg.

▷ Dieck, R, Jacobasch, G, Schwanz, A: Naturentdecker unterwegs, 50 spontan umsetzbare Mitmachaktionen für 5-10-Jährige, Verlag an der Ruhr, Mülheim 2014. 120 S., 19,95 €, ISBN: 978-3-8346-2601-1

## UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

14.01.15, Bielefeld

**BNE-Fortbildung: Einfach ganz ANDERS.**

**Fortbildung**

Das Eine Welt Netz NRW und die BUNDjugend NRW stellen neue Methoden vor, mit denen Bildungsangebote in Schulen partizipativ gestaltet werden können. Ein Fokus liegt auf den BNE-Themen Klima/Konsum, Boden/Ernährung und Wasser. Die Fortbildung findet statt im Rahmen des Projekts Einfach ganz ANDERS – Ganztagschulen für mehr Nachhaltigkeit.

▷ <http://kurzlink.de/einfachganzanders>

02.–03.02. '14, Schneverdingen

**Projektmanagement im Umweltbereich. Seminar**

Die Arbeit im Rahmen eines Projektes birgt von der Kommunikation bis zur Evaluierung viele Fallstricke. Zur Lösung solcher Probleme wurde in der Industrie über Jahrzehnte ein systematisches Projektmanagement entwickelt. Die Alfred Töpfer-Akademie bietet speziell für MitarbeiterInnen von Umweltbildungseinrichtungen, Naturschutzverwaltungen und -verbänden, Schulen und weitere Interessierte eine praktische und theoretische Fortbildung speziell für den Umwelt(-schutz)bereich.

▷ [www.kurzlink.de/Umweltmanagement](http://www.kurzlink.de/Umweltmanagement)

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**  
Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantwortl.), [oeokopaednews@anu.de](mailto:oeokopaednews@anu.de);  
ANU-Bundesverband e.V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)